

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis für den Monat: 1,10 M., vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Preis-Veränderungen in die Post-Zeitungs-Preislage. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne, je Zeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Besondere-Anzeigen 50 Pf. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf. (zweiwöchige 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. (zweiwöchige und Geschäfts-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.). Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 14. November 1912.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Krieg dem Kriege!

Internationale Friedenskundgebung in Berlin.

Sonntag, den 17. November, mittags 12 Uhr:

Demonstration gegen den Krieg

in folgenden Lokalen:

- Neue Welt, Hofenheide 108-114.
- Kellers Festhalle, Koppenstr. 29
- Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16-23
- Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10
- Germaniahalle, Chausseest. 110
- Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestr. 24.

Nedner sind die Mitglieder der sozialdemokratischen Internationales:

- Macdonald - London, Jaurès - Paris,
- Karl Renner - Wien

sowie die deutschen Reichstagsabg. Otto Böhner, Mich. Fischer, Hugo Haase, Robert Schmidt, Artur Stadthagen, Fritz Zubeil. Sorgt, Männer und Frauen des arbeitenden Volkes, dafür, daß diese Versammlungen zu einer mächtigen Kundgebung eines unerschütterlichen Friedenswillens werden!

An die sozialistischen Frauen aller Länder!

Genossinnen! Das grenselose Völkerringen auf dem Balkan droht durch die Schrecken eines Weltkrieges überboten zu werden. Die Folgen solchen Geschehens für die Arbeiterklasse sind unabsehbar. Für die Arbeiterklasse, das befagt aber für den gewaltigen Kampf, der die kapitalistische Ordnung stürzen und Raum für den Sozialismus und die höhere Entwicklung der Kultur schaffen muß. Für das kämpfende Proletariat ist es die heiligste Verpflichtung dieser ersten Stunde, Schützer und Bewahrer des Friedens zu sein.

Die Sozialistische Internationale, vertreten durch das Internationale Sozialistische Bureau, hat daher die Arbeiterklasse aller Länder aufgerufen, ihren ehrlichen, unerschütterlichen Friedenswillen der verbrecherischen Kriegshehe von Rinderheiten entgegenzustellen, für die der Völkermord zum Geschäft gehört. Ein bedeutsames Glied in der Kette der Rassenkundgebungen gegen den Krieg wird der

Außerordentliche Internationale Sozialistische Kongress bilden, der für den 24., 25. und 26. November nach Basel einberufen worden ist.

Genossinnen! Die ungewöhnlichen, verantwortungsschweren Umstände schlossen eine längere Vorbereitungszeit für die Tagung aus. In der Folge ist es Euch nicht möglich, Euch an diesem Kongress in einer Stärke zu beteiligen, die Eurem Interesse an der Erhaltung des Friedens und der Bedeutung Eurer Betätigung im Kampf gegen Imperialismus und Kriegsgefahr entspricht. Um so dringlicher ist es, daß Ihr Euch sofort mit den Genossen über die Entsendung weiblicher Delegierten verständigt. Auf dem Kongress muß es zum Ausdruck kommen, daß in allen Ländern die sozialistischen Frauen mit der gesamten Sozialistischen Internationale zum Kampf gegen den Krieg zusammengeschlossen sind. Das Blut, das die Schlachtfelder tränken soll, ist den Proletarierinnen kostbarer als der eigene Lebenssaft: es ist das Blut der Jünger. Frauennähen, Frauentränen hängen an dem Gut, das Nüchternheit und Eroberungstollheit gewissenlos vergenden. Hoffnung auf künftiges Erbe, das der Sozialismus unserem Geschlecht ganz erschließt, ist uns die Kultur, die von eines Weltkrieges ehernem Tritt und bluttriefender Faust bedroht wird.

Genossinnen! Sorgt in fester Ideen- und Kampfgemeinschaft mit der Sozialistischen Internationale dafür, daß es niemals an dem Verständnis und der Opferfreudigkeit der arbeitenden Frauenmassen fehlt, wenn das kämpfende Proletariat seine breite Brust der Kriegshehe entgegenstemmt.

Unser Kampf gegen den Krieg gilt unserem Todfeind: dem Kapitalismus, der Frieden soll uns Wegbereiter des Sozialismus sein.

Mit sozialistischem Gruß

Klara Zetkin

Internationale Sekretarin der sozialistischen Frauen.

Die Friedensbitte der Türkei.

Die Türkei gibt sich selbst verloren. Sie hat das Vertrauen zu ihrer Kraft eingebüßt, die Hoffnung auf die Hilfe der Großmächte aufgegeben und sich direkt an Bulgarien mit der Bitte um Waffenstillstand gewandt. Das ist das Ende und von den Bedingungen der siegreichen Balkanstaaten wird es abhängen, ob die unglücklichen Türken nicht noch einen letzten Verzweiflungskampf an der Thataldhalme kämpfen müssen. Daß sie selbst über den Ausgang keinen Zweifel mehr haben, beweist ihre Friedensbitte.

Was die Balkanstaaten fordern werden, ist noch ungewiß. Sicher die Uebergabe von Adrianopel und Sütari, wo die türkische Besatzung noch immer den Angriffen der Montenegriner stand hält. Aber auch die Uebergabe von Konstantinopel? Wiederholt haben die Balkanstaaten erklärt, ihr Ziel sei die völlige Vertreibung der Türken aus Europa und damit die endgültige Liquidierung der Orientfrage. Aber die Besitzergreifung Konstantinopels stößt auf Widerspruch nicht nur in Russland, sondern auch in England. Werden die Bulgaren die Kraft haben, sich über diesen Widerspruch hinwegzusetzen? Die nächsten Tage müssen darauf Antwort geben.

Auch die österreichisch-serbische Spannung wird vielleicht die Balkanstaaten veranlassen, die Bedingungen des Waffenstillstandes für die Türkei so annehmbar als möglich zu gestalten. Denn stößt sie erst mit der Türkei fertig, dann wird wohl auch Oesterreich in seinen Ansprüchen etwas mäßiger werden müssen. In Wien hat man die Situation in den letzten Stunden sehr günstig ausgemalt und wenn man den schwarzgelben Offiziösen Glauben schenken dürfte, so würde die ganze Welt von der Berechtigung der österreichischen Wünsche überzeugt sein. In der Tat scheint man aber außerhalb Oesterreichs der Ansicht zu sein, daß ein Krieg nur zur Befriedigung habsburgischer Hausmachtspäne ein zu tolles Stück wäre, als daß ihn irgend eine Regierung wagen könnte. Zudem scheint die österreichische Regierung ihre „unerschütterliche“ Entschlossenheit, Serbien keinen Hafen an der Adria gewähren zu wollen, doch bereits etwas gemäßigt zu haben. Es heißt jetzt, daß die Serben einen solchen Hafen vielleicht doch bekommen dürften, wenn sie sich verpflichten, ihn nicht zu besetzen. Auch dürfte dieser Hafen kein Hinterland erhalten. Dafür verzichte Oesterreich auch auf eine wirtschaftliche Sonderstellung in Serbien, halte dagegen an der Autonomie Albaniens fest. Diese Vermutung über Oesterreichs Haltung findet eine gewisse Stütze in der Erklärung der russischen Regierung, sie wolle es wegen Serbien zu keiner Zuspitzung der österreichisch-russischen Beziehungen kommen lassen, sowie in einer offiziellen italienischen Auslassung, die gleichfalls dafür eintritt, daß Serbiens ein „kleines Fenster“ an der Adria erhalte. Diesen günstigeren Nachrichten sind aber wieder aus Wien ungünstigere auf dem Fuße gefolgt, die erklären, daß die Situation im wesentlichen unverändert sei, da Serbien auf seinem Standpunkte beharre. Dazu kommt, daß die militärischen Vorbereitungen in Oesterreich trotz aller Dementis ihren Fortgang nehmen. In Russland dauert die Kampagne der nationalistischen Organe gegen den Minister Sazonow, dem allzu große Schwächlichkeit vorgeworfen wird, mit unerminderter Heftigkeit an.

Die Türkei bittet um Frieden.

London, 13. November. Wie dem Reuterschen Bureau aus Konstantinopel gemeldet wird, hat sich die Pforte direkt an Bulgarien gewandt, um einen Waffenstillstand herbeizuführen.

Die Antwort an die Mächte.

Konstantinopel, 13. November. Wie versichert wird, soll der Ministerrat beschlossen haben, den Mächten zu antworten, daß nicht die Türkei, sondern die vier Balkanstaaten die Bedingungen für die Einstellung der Feindseligkeiten und den Friedensschluß zu formulieren hätten. Die Uebermittlung dieses Beschlusses an die Mächte wird heute durch die Botschafter der Türkei erfolgen.

Die Bulgaren und Konstantinopel.

Wien, 13. November. In einem Interview mit dem Sofioter Spezialkorrespondenten der „Neuen Freien Presse“ versicherte der frühere Minister Ratschowsch, die bulgarische Regierung habe sich bis jetzt mit der Idee eines Einmarsches in Konstantinopel nicht befreundet. Bulgarien wünsche, daß aus Konstantinopel und Saloniki Freistädte gemacht würden. Die Bulgaren würden vor Konstantinopel Halt machen und die Besätze dieser Stadt der Entscheidung Europas überlassen.

Serbien und Oesterreich.

Eine offiziöse russische Erklärung.

Petersburg, 13. November. Die „Rossija“ bezieht die Gerüchte über Konflikte zwischen verschiedenen Mächten wegen der Balkanfrage als törichtes Geschwätz und erklärt, sie seien ohne jede Begründung. Das Blatt schreibt die Gerüchte der Erfindungsgabe von Sensationsblättern und Börsenspekulanten zu, die ihren Vorteil suchten, indem sie das Publikum kopflos machten. Das Blatt ist besonders über die Blätter entrüstet, die glaubten, zur Lösung internationaler Probleme beizutragen und in Wirklichkeit doch nur die Werkzeuge oder Opfer der niedrigsten Spekulation seien.

Was die Wiener Offiziösen von Russland erwarten.

Wien, 13. November. Das „Neue Wiener Tagblatt“ meldet aus Petersburg vom 13. November, 1 Uhr morgens: Der Minister des Äußeren Sazonow hat den serbischen Gesandten verständigt, Russland werde zur Hafenfrage keine direkte Stellung nehmen, sondern die Austragung lediglich den österreichisch-serbischen Verhandlungen überlassen, wobei Russland bereitwillig freundschaftliche Unterstützung gewähren werde, jedoch unter Vermeidung jeglicher Zuspitzung der österreichisch-russischen Beziehungen.

Die Haltung Italiens.

Rom, 13. November. Der offiziöse „Popolo Romano“ schreibt, der Wunsch Serbiens nach einem Ausgang zum Meere sei durchaus verständlich. Obwohl gewisse Bedenken Oesterreich-Ungarns gerechtfertigt erschienen, könne man Serbien diese Genugtuung nicht versagen, das der einzige Balkanstaat sei, der keinen Zugang zum Meere besitze. Das Blatt ist der Ansicht, daß es der europäischen Diplomatie gelingen werde, die österreichischen und serbischen Ansprüche auszugleichen, indem sie Serbien ein kleines Fenster nach dem Meere zubillige, derart, daß dieses Fenster keine Gefahr für die Zukunft bilde.

Günstigere Auffassung.

Wien, 13. November. Budapester Berichte der Wiener Blätter melden, daß dort eine günstigere Auffassung der augenblicklichen Lage besteht, welche sich insbesondere auf Meldungen aus Belgrad stützt, wonach auch dort eine friedliche Lösung der strittigen Fragen mit Oesterreich-Ungarn angestrebt werde. Der Präsident der Sobranje, Danew, erklärte vor seiner Abreise aus Budapest, er sei mit dem Erfolg seiner Mission durchaus zufrieden.

Die Situation unverändert.

Wien, 13. November. Ueber die Auffassung der internationalen Lage in informierten Kreisen schreibt das „Neue Wiener Abendblatt“: Die Situation ist im großen und ganzen unverändert, Oesterreich-Ungarns Forderungen sind bekanntlich ein Minimum, von dem es auch beim besten Willen nichts abhandeln lassen kann. Andererseits sind keine Anzeichen eines Einklinkens seitens Serbiens vorhanden. Oesterreich-Ungarn will dem serbischen Export über die Adria keinerlei Hindernisse in den Weg legen und kann Serbien nur nicht gestatten, territorialen Besitz auf albanesischem Boden zu erwerben. Es ist vielfach davon die Rede gewesen, daß Serbien den ersehnten Hafen am Ägäischen Meer bekommen kann. Wir möchten Wert darauf legen, festzustellen, daß es sich da nicht um einen Vorschlag des Wiener Kabinetts handelt. Selbstverständlich hätte man bei uns gegen die Erwerbung eines ägäischen Hafens durch Serbien keinerlei Einwendung. Da dieser aber vornehmlich in einem Gebiete gelegen wäre, das jetzt von den Bulgaren oder Griechen in Anspruch genommen wird, so muß es ausschließlich einer Vereinbarung der Balkanstaaten untereinander überlassen bleiben, ob jene Idee zu verwirklichen ist. Oesterreich-Ungarn hat sich prinzipiell mit territorialen Erwerbungen der Balkanverbündeten einverstanden erklärt. Bei Aufstellung ihrer Forderungen hat die Monarchie von vornherein in klarer und bündiger Weise das Mindestmaß ihrer Ansprüche fixiert. Im Bewußtsein der Güte der von ihr vertretenen Sache sieht sie der weiteren Entwicklung der Dinge mit Ruhe und Festigkeit entgegen.

Eine sehr sonderbare Erklärung.

Wien, 13. November. Infolge der größeren Anzahl von Rekruten, welche mit dem Inkrafttreten des neuen Wehrgesetzes einrücken, sind die Ausbildungsverhältnisse schwieriger geworden. Die Heeresverwaltung sah sich daher veranlaßt, Rekruten für die im Bereiche von Bosnien, Herzegowina und Dalmatien detachierten Bataillone von nun an zuerst vier Wochen hindurch in ihren Abreistationen auszubilden zu lassen und sie dann erst zu ihren Truppenabteilungen zu senden. Diese vier Wochen sind nunmehr abgelaufen, und es beginnen morgen, am 14. d. M., die Abtransporte aus dem ganzen Gebiete der Monarchie. Bei dieser Gelegenheit wird es nicht überflüssig sein, die Öffentlichkeit angesichts dieser ungewohnten Truppenbewegungen darüber aufzuklären, daß es

Sich mit keinerlei außergewöhnliche Maßnahmen (?) handelt, sondern daß die Militärs, die man an manchen Orten sehen wird, nichts als Reserventruppen sind, welche die alljährliche Mannschaftsergänzung für die Truppen des 15. und 16. Korps nach dem Süden führen.

Ein Votum des italienischen Parteivorstandes.

Der Vorstand der italienischen Partei hat in seiner letzten Plenarsitzung nach längerer Diskussion einstimmig die folgende Resolution des Genossen Mussolini angenommen:

„Nach Entgegennahme des Berichtes der italienischen Vertreter im Internationalen Sozialistischen Bureau, das bei seiner jüngsten Nebereinkunft einen neuen Beweis für die Uebereinstimmung der Ideen und Ziele der Sozialistischen Internationale geliefert hat, und unter Berufung auf die Resolution, die die baltischen Sozialisten im Oktober 1911 in Belgrad angenommen haben, worin sie dem Wunsche der baldigen Verwirklichung einer republikanischen Konföderation der Balkanvölker Ausdruck gaben, tritt der Vorstand der italienischen Partei begeistert der Forderung der österreichischen Sozialisten: „der Balkan den Balkanvölkern“ bei, unter Einschließung Albanens und ohne Ausschluß der Türkei, als der Schutzwache der ethnischen und religiösen Rechte der türkischen und mohammedanischen Elemente der Bevölkerung.“

Der Parteivorstand gibt seiner energischen Opposition gegen jede militärische oder diplomatische Einmischung der Großmächte Ausdruck, soweit sie darauf abzielt, den wilden und reaktionären Statusquo, den der Krieg schnell und endgültig beseitigt hat, wiederherzustellen; er fordert die italienischen Sozialisten auf, angesichts der Lösung, die die Orientfrage durch die nationale Gruppierung der Balkanvölker erfährt, wodurch diese Frage als Grund der erdrückenden europäischen Rüstungen zu Wasser und zu Lande wegfällt, die antimilitaristische Agitation für die gleichzeitige Abkündigung zu verschärfen und zu vertiefen, und beauftragt schließlich seine Delegierten, auf dem bevorstehenden Internationalen Kongress von Basel die hier niedergelegten Ideen zu vertreten.“

Die Protestkundgebung in London.

London, 13. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In London findet am 17. November ein großes Friedensmeeting im Londoner Opera House statt. Sprechend werden die Genossen Barnes und Harry Duchs für England, Frank und Silberschmidt für Deutschland, Hervé für Frankreich und Kusele für das Internationale Bureau und Belgien.

Englische Wünsche.

London, 13. November. Die „Times“ schreibt: England wird seinen Freundschaften gemäß nur die Erhaltung des allgemeinen europäischen Friedens im Auge haben, der trotz aller alarmierenden Meldungen jetzt weniger Spannungen ausgesetzt sei als es vor einigen Tagen der Fall war. Das würde noch weniger der Fall sein, wenn die Bulgaren sich dazu verständigen, vor Konstantinopel Halt zu machen.

Bisio dem Balkanbund!

In der dalmatinischen, sogar stark italienischen Hafenstadt Spalato wurde am 10. d. Mts., abends, eine mächtige Sympathie-demonstration für den Balkanbund veranstaltet; an der Spitze des Zuges marschierten Abgeordnete und der Bürgermeister. Katalinich sprach als erster auf offenem Markt. Hochrufe auf die verbündeten Armeen, die Balkanvölker und die Vereinigung sämtlicher Balkanländer erklangen unangeführt!

Nach einem Fußballmatch in Agram demonstrierten fünf-tausend Menschen für den Balkanbund, trotz des Kubajschredens. Die Polizei hieß mit Säbeln drehen und hätte beinahe auch einen Staatsanwalt getroffen. Er mußte sich mit dem Stod schämen. (Widerstand gegen die Staatsgewalt.) Das sind die begeisterten Wirkungen des Kubajschredens. Und da sollte Habsburg Krieg führen??

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Der bulgarische Angriff auf die Tschataldschalinie. Wien, 13. November. Der Kriegsberichterstatter der „Reichspost“ meldet aus dem Hauptquartier der bulgarischen Ostarmee vom 12. November: Der Hauptangriff gegen das Zentrum der türkischen Stellung beiderseits von Tschataldscha sowie der Vorstoß im Norden sind im gänzlichen Vorwärtsschreiten. In den letzten Tagen wurden die Türken aus allen Vorpositionen geworfen. Der Beginn des Hauptangriffes verzögerte sich jedoch um zwei Tage. Die Ursache waren die infolge mehrstägigen Regenwetters eingetretenen Schwierigkeiten beim Munitionsnachschub und bei Heranziehung der Verstärkungen von Adrianopel und der schweren Artillerie. Der Kampf ist äußerst heftig.

Sicherheitsmaßnahmen in Konstantinopel.

Konstantinopel, 13. November. Gestern nachmittag fand eine Zusammenkunft zwischen dem französischen Admiral du Journal als Vertreter der Kommandanten der zwölf hier verankerten Kriegsschiffe, dem ersten Dragoman der österreichisch-ungarischen Vorkost als Vertreter der Vorkosten, dem Chef der Gendarmerie, General Rastik, und dem militärischen Kommandanten von Bora als Vertreter der türkischen Regierung statt zur Beratung der Sicherheitsmaßnahmen in der Stadt. Es wurde beschlossen, daß beide Teile in einer auf morgen angesetzten Versammlung Vorschläge über die als notwendig erachteten Maßregeln machen sollten.

Ueber 70 000 Flüchtlinge in Konstantinopel.

Konstantinopel, 13. November. Zahlreiche mohammedanische Familien aus den Dörfern in der Gegend von Tschorlu und Tschataldscha sind hier angekommen, im ganzen etwa 6000. Die Flüchtlinge werden nach Sinope geschickt. Die Zahl der noch hier bleibenden Flüchtlinge wird auf 70 000 geschätzt. Nach einer amtlichen Mitteilung sind in den letzten 24 Stunden 15 Cholerafälle aufgetreten, darunter drei unter der Bevölkerung der Stadt. Drei Fälle endeten tödlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Ein Triumph der griechischen Dynastie.

Athen, 13. November. Gestern vormittag kamen der König, Prinz Georg und Prinzessin Alice im Sonderzug in Saloniki an, und wurden am Sabuhof vom Thronfolger, den übrigen Prinzen und dem Metropoliten empfangen.

300 Gendarmen unter dem Gendarmerie-Oberstleutnant Danallisi sowie Zoll- und andere Zivilbeamte sind nach Saloniki abgereist zur Einrichtung der polizeilichen und anderen Behörden. Drei Transportschiffe sind zum Transport der türkischen Gefangenen nach Saloniki abgegangen.

Vom montenegrinischen Kriegsschauplatz.

Die Situation in und um Skutari.

Rijeka, 13. November. Eine gestern im Hauptquartier eingetroffene Meldung besagt: Beunruhigt durch die gestrige starke Beschließung, erhob die christliche und die mohammedanische Bevölkerung Skutari durch Abgesandte beim Kommandanten Gassan Risa Bey Vorstellungen, weil die Gebände beschädigt, der Verkehr gestört und die persönliche Sicherheit gefährdet werde. Entweder sollte die Uebergabe erfolgen oder die Offensive ergriffen werden, um weitere Nachteile für die Stadt zu verhüten. Risa Bey soll erklärt haben, es sei seine Pflicht, so lange als möglich auszuhalten; die Offensive sei jedoch unzulässig, weil sich die Türken in Verteidigungsstellung befänden. Von einer Uebergabe Skutari könne vorläufig keine Rede sein.

Seit Mitternacht herrschen Sturm und Regen, wodurch die Operationen der Montenegriner erheblich beeinträchtigt und die Mannschaften an der Erfüllung ihrer Aufgaben stark behindert werden.

Unruhen in Syrien.

Beirut, 13. November. (Meldung der „Agence Havas“.) Der Kreuzer „Henri Duquesne“ ist nach Tripolis in Syrien in See gegangen, von wo Unruhen gemeldet werden.

Der Bachemismus und die päpstliche Enzyklika.

Während die Zentrums- und sozialistische Presse mit ihr die von München-Glabbad inspirierte christliche Gewerkschafts- und sozialistische Bewegung in ihrer unzulässigen Freiheit keine Kritik an der päpstlichen Beurteilung der christlichen Gewerkschaften zu üben wagt, jubiliert natürlich die antibachemistische Presse über die schwere Niederlage, die der innerlich verlogene Bachemismus in letzter Zeit zweimal hintereinander, erst bei der Erzbischofswahl in Köln, dann durch die päpstliche Enzyklika, erlitten hat. So schreibt die mit dem Grafen von Oppersdorf am gleichen Strange ziehende „Kölnische Korrespondenz“:

„Wenn Pius X. die sogenannten christlichen Gewerkschaften in der Theorie verwirft und verwirft, wie jeder einsichtige Katholik sich von vornherein sagen konnte, so will er sie doch praktisch tolerieren, allerdings unter Bedingungen, deren Erfüllung einem Verzicht auf das M.-Glabbacher System gleichkommt. Vorab sei bemerkt, daß man das, was man toleriert, verabscheut; man nimmt es aber hin, weil es einestheils die eigenen fundamentalen Lebensprinzipien nicht berührt, sondern nur gegen die Konsequenzen aus diesen Prinzipien verstoßt, und andererseits ohne Verursachung eines noch größeren Übels nicht zu ändern ist. Die M.-Glabbacher Gewerkschaften sind also für die Kirche etwas Verwerfliches, aber sie berühren nicht die Fundamente der Kirche. Täten sie das, so würde der Papst sie unter keinen Umständen dulden, ebenso wie der Staat nichts dulden kann, was seinen wesentlichen Rechten oder seiner Existenz widerspricht. Dagegen kann die Kirche Mißstände hinnehmen, die sie grundsätzlich verabscheut, und sie ist oft genug gezwungen, es zu tun, ähnlich wie die preussische Staatsregierung die Sozialdemokratie, die ihr ein Grauel ist, toleriert, weil sie nicht die Macht besitzt, sich ihrer zu entledigen. Geht denn der Kirche die Macht, konfessionell-katholische Gewerkschaften in Deutschland durchzusetzen, wie sie es in romanischen Ländern vermochte? Könnte sie ihre Bischöfe und Priester nicht einfach zwingen, die katholische Arbeiterwelt in katholische Gewerkschaften zu sammeln, wie es ja auch ursprünglich katholische Weisliche waren, die an der Spitze der sogenannten christlichen Gewerkschaften standen? Das konnte sie in Italien. In Deutschland, wo nach einem Worte des Kardinals Fischer die besten Katholiken der ganzen Welt wohnen, konnte sie es, ohne größeren Schaden befürchten zu müssen, nicht. Hier liegen nämlich besondere Verhältnisse vor, die berühmten deutschen Verhältnisse, die in der Tat sehr sonderbarer Art sein müssen, da sie immer Ausnahmen heischen!

Also toleriert werden die sogenannten christlichen Gewerkschaften, während die so verhasste Berliner Richtung höchstes, uneingeschränktes Lob erfährt. Ist schon jede „Duldung“ ein starkes Mißtrauensvotum, so sind mit dieser Duldung Bedingungen verbunden, vor denen jedem Anhänger der „Tömerischen“ Gewerkschaften grauen muß!

Die „Kölnische Korrespondenz“ schildert dann, wie die christlichen Gewerkschaften durch die vom Papst gestellten Forderungen in völliger Abhängigkeit vom höheren Klerus geraten, so daß von irgend welcher Selbstständigkeit fürderhin nicht mehr die Rede sein kann. Dann heißt es zum Schluß:

„Das Fazit: Der Papst lobt die Berliner Richtung, er erkennt in ihr die grundsätzlich einzig richtige Organisationsform für katholische Arbeiter und wünscht, daß sie energisch gefördert werde. In den sogenannten christlichen Gewerkschaften erblickt er ein Übel, welches er in Anbetracht der deutschen Verhältnisse auf Widerruf toleriert, wenn diese Gewerkschaften sich in Weltanschauungsfragen auf katholischen Boden stellen und nichts tun, was vom katholischen Standpunkt aus nur „weniger zu billigen wäre“, wenn ihre katholischen Mitglieder gleichzeitig katholischen Vereinen angehören, und drittens, wenn sie sich auf diejenigen gemischten Gegenden beschränken, wo die katholischen Fachabteilungen verlagert würden. Wenn, wenn, wenn.“

Die Gewerkschafts-Enzyklika ist ein großer Sieg der Berliner Richtung, die voranschrittlich an Einfluß bedeutend wachsen wird. Sie ist ein schwerer Schlag gegen das M.-Glabbacher System. Was werden die Kölner und die M.-Glabbacher Herren dazu sagen? Sie werden einfach erklären, was der Papst von ihnen verlange, das hätten sie ja immer getan. Und so werden sie wie bisher weiterarbeiten, wenn — jetzt kommt das letzte Wort: wenn die Kirche sie gewähren läßt. Die Enzyklika ist auch ein neuer Sieg der Osterkonferenz, die in ihrer Grundidee überall im öffentlichen Leben den Einfluß mit den katholischen Grundsätzen gewahrt wissen will.“

Das Blatt hat recht. Die gewerkschaftlich organisierten katholischen Arbeiter werden durch die Enzyklika völlig entmündigt und unter geistliche Polizeiaufsicht gestellt. Allen schmählichen Verteidigungen der Rolle und Tüchtigkeit durch die christlichen Gewerkschaftsführer, all ihre Friederei vor dem Klerus und all ihr jämmerlicher Berrat an den Arbeiterintereessen hat nichts genützt, die päpstliche Enzyklika verurteilt sie trotzdem zur Selbstkastation.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. November 1912.

Die zweite Lesung des Wassergesetzentwurfs.

Das Abgeordnetenhaus begann am Mittwoch die zweite Lesung des Entwurfs eines Wassergesetzes, der umfangreichsten Vorlage, mit der sich der Landtag in dieser Session zu beschäftigen hat. Die Kommission, die auch während der Sommerpause getagt hat, hat den ursprünglichen Regierungsentwurf einer gründlichen Durcharbeit unterzogen und in wesentlichen Punkten abgeändert. Aber es ist ein Irrtum, zu glauben, daß nunmehr zwischen den Parteien und der Regierung ein völliges Einverständnis erzielt ist. Wie weit man noch davon entfernt ist, beweisen die zahlreichen Abänderungsanträge, die noch jetzt fort und fort einlaufen, nicht nur Anträge der bürgerlichen Parteien, die mit ihren Wünschen in der Kommission nicht durchgedrungen sind, sondern auch Anträge der sozialdemokratischen Fraktion, die in der Kommission nicht vertreten gewesen ist.

Von der sonst bei Beginn der zweiten Beratung üblichen Erörterung allgemeiner Gesichtspunkte nahm das Haus Abstand. Sachlich läßt sich dagegen kaum etwas einwenden, doch hätte man wohl erwarten dürfen, daß die bürgerlichen Parteien über diese Art der geschäftlichen Behandlung, auf die sie sich geeinigt hatten, auch die Sozialdemokraten verständigt hätten. Das war aber wieder einmal geschehen und geblieben.

Daß die sozialdemokratische Fraktion die Gelegenheit ergreifen würde, ihre Anschauungen, denen sie in der Kommission nicht hatte Ausdruck verleihen können, im Plenum vorzutragen, war eigentlich selbstverständlich, und es ist ein trauriges Zeichen mangelnder Erziehung, wenn einige Mitglieder des Hauses, besonders auf der Rechten, wieder in den bekannten unanständigen Ton verfielen und dem Genossen Liebknecht, dem Wortführer unserer Fraktion, durch mehr oder minder geistreiche Zwischenrufe zu verstehen gaben, daß sie ihn nicht gern hören wollten. Gerade die Konterpartien, die der Sozialdemokratie immer vorwerfen, daß sie eine rein negierende Haltung einnimmt, hätten sich der positiven Mitarbeit der Partei freuen müssen. Aber so sind die Herren. Stellt die Fraktion keine Anträge, dann macht man ihr das zum Vorwurf; stellt sie Anträge und begründet sie sie, dann ist es den Gegnern auch nicht recht. Es bedarf keiner besonderen Betonung, daß die Sozialdemokraten unbefürmert um Lob oder Tadel der Gegner das tun wird, was zu tun sie für ihre Pflicht hält.

Was die Haltung der Fraktion zu dem Gesetz betrifft, so hätte sie, wie Liebknecht eingehend darlegte, am liebsten eine reichsrechtliche Regelung der Materie gesehen. Aber auch der landesgesetzlichen Regelung steht sie keineswegs grundsätzlich ablehnend gegenüber, da auch sie eine Kodifikation des Wasserrechts für erforderlich hält. Im einzelnen bekämpfte Liebknecht eine Reihe von Kommissionsbeschlüssen, die nicht im Interesse des Gemeinwohls liegen. Scharf wandte er sich gegen jede privatrechtliche Auffassung des Rechts am Wasserlauf und wies auf die Konsequenzen hin, zu denen das führen muß. Vor allem aber verlangte er eine Durchführung des Gedankens des Gemeineigentums am Wasserlauf im weitesten Sinne. Die Mehrheit lehnte die sozialdemokratischen Anträge ab.

Die Beratung, die bis Ende der Woche dauern soll, wird am Donnerstag fortgesetzt.

Die Nationalliberalen Schleswig-Holsteins

haben am Sonntag in Segeberg ihren Provinzparteitag abgehalten. Die Frage, wie die Arbeiter für die nationalliberale Partei zu gewinnen seien und die Taktik für die bevorstehende Landtagswahl bildeten die Hauptberatungsgegenstände des Parteitages. Der Parteitag beschloß, daß es allen nationalliberalen Parteimitgliedern zur Pflicht gemacht werden soll, die nationalliberale Arbeiterbewegung nach Kräften zu fördern. Von der Bildung besonderer nationalliberaler Arbeitervereine soll jedoch abgesehen werden, die Interessen der Arbeiter würden vielmehr am wirksamsten gefördert durch Zusammenschluß zu nationalen und vaterländischen Arbeitervereinen. Das Ideal ist also der — allerdings einseitige — Nationale Arbeiterverein Kiel, der vollständig im Jahrgang des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie schwimmt. Der Begründer des Antrages, ein Kieler Gymnasialprofessor und eifriges Mitglied des Reichsverbandes, sprach die Hoffnung aus, daß es noch einmal gelingen werde, in Kiel bei der Reichstagswahl einen nationalen Arbeiterkandidaten durchzubringen. Der Herr scheint aus der Presse, die gerade der Reichsverband bei den letzten Reichstagswahlen erhalten hat, immer noch nicht gelernt zu haben. Seine Hoffnung zeigt auch, wie wenig er die Kieler Arbeiter kennt.

Für die bevorstehenden Landtagswahlen empfahl der Provinzialausschuß die Annahme eines Antrages, der den einzelnen Wahlkreisen in der Aufstellung der Kandidaten und dem tatsächlichen Zusammengehen mit anderen Parteien volle Selbstständigkeit gibt. Dieser Antrag wurde angenommen. Ferner wurde beschlossen, daß Abkommen oder Vereinbarungen irgend welcher Art mit der Sozialdemokratie nicht abgeschlossen werden dürfen. Die nationalliberalen Organisationen wurden verpflichtet, nur solche Kandidaten aufzustellen, die gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen, dagegen für die Einführung der geheimen und direkten Stimmabgabe sind. Außerdem müssen sie eintreten für eine „stetige, ruhige und kraftvolle Nordmarkpolitik“ im Sinne der bisherigen Haltung der nationalliberalen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses.

Der nationalliberalen Fraktion des Dreiklassenhauses ist bekanntlich die unheilvolle Zwangspolitik der preussischen Regierung in Nordschleswig gegen die dänischgestimmte Bevölkerung nicht scharf genug und die führenden Männer des Schleswig-Holsteinischen Nationalliberalismus können sich in Aufhebung der Regierung nicht genug tun.

Die Schleswig-Holsteinischen Fortschrittler müssen die bis heute genährte Hoffnung, mit den Nationalliberalen für die Landtagswahlen zu einem Wahlbündnis zu kommen, endgültig begraben. Die Debatte auf dem Segeberger Parteitag hat darüber keinen Zweifel gelassen, daß es die Nationalliberalen immer wieder zu den Freikonserativen hingieht, mit denen sie auch bei den Landtagswahlen 1908 zusammengewandert sind. Nur ein einziger Delegierter aus Kiel wagte für ein fortschrittlich-nationalliberales Bündnis einzutreten, die übrigen Redner sprachen alle mehr oder weniger scharf dagegen. Es liegt im Geiste der nationalliberalen Partei, die Freikonserativen nach sich zu ziehen, sagte ein Redner. Die freikonserervative Partei sei nicht mehr die alte, sie gehe jetzt fast ausschließlich mit der Sozialdemokratie, wenn man den Freisinn unterläßt, unterstrich man damit die Sozialdemokratie, erlangt es von allen Seiten. Und endlich ist der Freisinn den Nationalliberalen auch in der Nord- und Ostmarkenpolitik nicht zuverlässig genug, trotzdem die Fortschrittler in ihrem Wahlkompromißangebot sich verpflichtet wollten, in den nordschleswigschen Wahlkreisen gemeinsam mit den Nationalliberalen gegen die Dänen zu Felde zu ziehen.

Der nationalliberale Parteitag in Segeberg hat erneut den Beweis erbracht, daß die schleswig-holsteinischen Nationalliberalen an der Vorhut der rechtsnationalliberalen Reaktion marschieren.

Revolution!

Zu drei Monaten Gefängnis ist bekanntlich der Redakteur unseres Waldenburger Parteiblattes verurteilt worden, weil er — nicht einmal das Wort Revolution gebraucht, sondern nur Ausdrücke angewandt hat, durch welche nach Ansicht des Staatsanwalts und des Gerichts das revolutionäre Bewußtsein und der revolutionäre Wille des Proletariats gestärkt werden sollte. Staatsanwalt wie Gericht verstehen eben unter Revolution nur Gewalttätigkeiten. Angesichts dieser Tatsache darf wohl daran erinnert werden, daß es Zeiten gab, wo selbst hochkonservative Männer ganz anders über den Begriff des Wortes Revolution dachten. Kein Geringerer als Friedrich Julius Stahl, der Gründer der konservativen Partei, hat in seiner ersten Vorlesung über „Die gegenwärtigen Parteien in Staat und Kirche“ den Begriff der Revolution wie folgt angegeben:

„Revolution nehme ich in ihrem weltgeschichtlichen Begriffe, wonach sie nicht dieselbe ist mit Empörung, überhaupt nicht bloß eine Tat und ein Vorgang, sondern ein politisches System. Die Empörungen, an welchen die Geschichte alter und neuer Zeit so reich ist, die Vertreibungen von Dynastien, ja selbst die Umwandlung von Monarchien in Republiken, sind darum doch nicht Revolution, und umgekehrt kann die Revolution ohne Schwere in friedlich legaler Weise und mit Befreiung der Dynastie, ja von Fürsten selbst eingeleitet werden. Empörung ist Abwerfung einer bestimmten bestehenden Herrschaft, Revolution ist Umkehrung des Herrschaftsverhältnisses selbst, daß Obrigkeit und Gesetz grundsätzlich und dauernd unter den Menschen stehen, statt über ihnen. . . . Zu den Parteien der Revolution in diesem Sinne zähle ich denn ebenfalls die liberale und die liberal-konstitutionelle Partei, als die demokratische und die sozialistische Partei. Nicht daß ich jene gemäßigten und ordnungstrebenden Parteien der Empörung und des Umsturzes zeichne, sondern ihre politischen Prinzipien sind. . . . Prinzipien der Revolution.“

Es kann die Revolution ohne Schwere in friedlich legaler Weise erfolgen. Wie gut wäre es, wenn bei der neuerdings wieder erwachenden Angst vor dem Worte Revolution unsere Richter und Staatsanwälte etwas mehr an diesen Ausspruch des grünblättrigen Strophens denker wüßten, den die konservative Partei je gehabt hat! Dann müßten sie selbst sehen, wie verkehrt es ist, bei Revolutionen stets an Gewalttätigkeiten zu denken.

Der Aufruhrprozess wegen der Ragniter Vorfälle.

Ende Juli, anfangs August kam es in dem ostpreussischen Landstädtchen Ragnit bei einem Streik in der Rifenfabrik von Brüning u. Sohn zu Vorfällen, die in ganz Deutschland großes Aufsehen erregten. Ein Arbeiter wurde von einem Gendarmen erschossen; zwei Kompagnien Militär rückten in die Stadt, die nahezu unter Belagerungszustand gesetzt wurde.

Am Montag fand vor der Ragniter Strafkammer ein Nachspiel zu diesem Kriegszustande statt. Angeklagt waren elf Arbeiter und eine Frau aus Ragnit wegen Aufruhrs und Auffauhs (Vergehen gegen die §§ 115 und 116 des Strafgesetzbuches). In der Verhandlung wurde das Verhalten der Streikbrecher sowie die Tötung des Arbeiters Wirrolat aufgerollt. Dabei mußte das Gericht in der Urteilsbegründung ausdrücklich feststellen, daß durch das Verhalten der fremden Arbeiter, der Streikbrecher, die Erregung entstanden sei, die dann zu den Vorfällen geführt habe. Durch die umfangreiche Zeugenerhebung wurde folgendes ermittelt:

Am Sonnabend, den 27. Juli, benahmen sich abends einzelne Streikbrecher besonders provokatorisch gegen die Bevölkerung. Der eine Arbeitswillige nach sogar einem Streikenden mit dem Messer in den Arm. Die Polizei ordnete zunächst die Festnahme dieses Messerstechers an, später nahm sie aber von einer Verhaftung Abstand, weil der Polizeikommissar die Tat des Streikbrechers für einen Akt berechtigter Notwehr hielt. Der Kommissar hat sich dabei vor allem auf die Aussage eines fünfzehnjährigen Mädchens gestützt. Die Messerstecherei sowie die unerbittliche Festnahme des Streikbrechers verursachte eine große Erregung unter der Ragniter Bevölkerung, und nach zehn Uhr abends bildeten sich an einer Stelle der Stadt mehrere Menschenansammlungen; auf der einen Seite standen Streikbrecher, auf der anderen Ragniter Arbeiter. Es wurden Erregte Zwischenrufe gemacht. Zeit erschien der Polizeikommissar Loeper, der nach einem Restaurant gehen wollte, um Hilfe zu holen. Er nahm scheinlich davon Abstand, hertret in eine Menschenmenge, einzelne Personen seien über den Kommissar her und schlugen ihn. Dieser rief um Hilfe, worauf zwei Gendarmen herbeieilten, von denen der eine mit der scharfen Klinge auf die Personen einhieb, während der andere den Revolver zog und den Arbeiter Wirrolat niederstreckte. Es war kein Schreieschrei, auch kein blindes Hineinfeuern in die Menge, sondern ein wohlgezielter Revolvererschuss, der dem Leben des Arbeiters auf der Stelle ein Ende machte. Der Gendarm als Zeuge sagte aus, der Arbeiter hätte den Kommissar, der von vier bis fünf Personen umringt gewesen wäre, am Kragen gefaßt gehabt und hätte eben mit einem scharfen Gegenstand auf ihn einhauen wollen. Im den Kommissar vor diesem Schlag zu schützen, habe er auf den Arbeiter geschossen. Diese ganze Szene hat sich im Dunkeln abgespielt. Von denen, die auf den Kommissar eingehauen haben, ist keiner ermittelt worden. Den Angeklagten konnte nicht die geringste Gewissheit zur Last gelegt werden. Sie waren zum Teil nur in der Menschenmenge gewesen. Gegen den Gendarmen, der den Arbeiter erschossen hat, war ein Verbot einleitet worden; doch ist es bald eingestellt worden. Der Mann bleibt Sicherheitsbeamter. Ueberaus seltsam ist, daß am Montag aus nicht einer der Arbeitswilligen wegen Aufruhrs und Auffauhs angeklagt war. Dabei hatten sie sich an der Zusammenkunft gar nicht beteiligt, und selbst der Staatsanwalt mußte eingestehen, daß bei dem Vorgehen gegen den Polizeikommissar Loeper vielleicht auch ein Teil der Arbeitswilligen beteiligt gewesen seien! Und trotzdem war von einem Verfahren gegen sie nichts zu hören. Selbst der Messerstecher war nicht angeklagt, obwohl feststeht, daß von einem Notwehrakt keine Rede ist. Der geständige Arbeiter erklärte als Zeuge unter seinem Eide, daß ihn zwei Gendarmen festgehalten hätten, als ihm der Streikbrecher einen Messerschlag versetzt hätte. Den Streikbrechern wurde von Zeugen ein ungenügendes Zeugnis ausgestellt. So sagte ein Werkmeister, sie wären nicht einwandfreie Leute gewesen. Von den Ragniter Arbeitern sagte der Polizeikommissar Loeper, daß die Polizei bisher mit ihnen immer sehr gut ausgekommen wäre.

Nach der Tötung des Arbeiters Wirrolat hatte sich an einer Stelle noch eine Menge angesammelt, die naturgemäß sehr erregt war. Sie wurde von einem Polizeibeamten mehrfach aufgefordert, auseinanderzugehen. Sie kam der Aufforderung aber nicht gleich nach und alle Teilnehmer machten sich des Aufstaus schuldig. Das sind die Vorgänge, die zur Anklage gegen die zwölf Personen geführt haben.

Der Staatsanwalt mußte gegen vier Angeklagte die Anklage fallen lassen. Ingesamt beantragte er gegen acht Angeklagte wegen Aufruhrs und Auffauhs 40 Monate Gefängnis! Die Verteidiger wiesen nach, daß ein Aufruhr nicht vorliegt. Es sei nicht erwiesen, daß als Folge der Zusammenrottung ein Widerstand gegen die Staatsgewalt mit vereinten Kräften stattgefunden habe. Das Gericht sprach sechs Angeklagte frei. Die übrigen wurden zu Gefängnisstrafen von einer Woche bis sechs Monaten und zwei Wochen verurteilt. Insgesamt wurde auf 25 Monate und 1 Woche Gefängnis erkannt. Dabei hatte das Gericht wegen Aufruhrs nur die Mindeststrafe von sechs Monaten in Anrechnung gebracht. Das Gericht hielt Aufruhr für erwiesen, es sei der Plan gefaßt worden, gegen den Polizeikommissar gemeinsam vorzugehen. Alle diejenigen, die

sich in der Nähe des Kommissars befunden hätten, hätten sich des Aufruhrs schuldig gemacht!

Verjunkerter Freisinn?

Der Reichstagswahlkreis Minden-Lübbecke gehört zu jenen Gebieten, die 1912 zum ersten Male den Konservativen resp. der Reichspartei abgepflegt worden sind. Es ist klar, daß das nur mit den 7801 sozialdemokratischen Stimmen möglich war, die der Freisinn in der Stichwahl restlos erhielt. Es wurde so der Freisinnige Ziel gewählt.

Das Zentralorgan des deutschen Bauernbundes bringt in seiner jüngsten Nummer folgende Notiz, bei der unbedingt festzustellen werden muß, ob sie auf Wahrheit beruht:

„Im Kreise Minden-Lübbecke hat der Vertreter des Kreises im Reichstage, Herr Abgeordneter Kiel, der der Fortschrittlichen Volkspartei angehört, in zahlreichen öffentlichen Versammlungen die Erklärung abgegeben, daß er gegen die Einführung des argentinischen Gefrierfleisches stimmen werde, auch dann, wenn seine Partei eine andere Stellung einnehmen würde. Herr Kiel ist bekanntlich im Wahlkampf vom deutschen Bauernbunde unterstützt worden.“

Wir erwarten, daß einwandsfrei festgestellt wird, inwieweit der „Deutsche Bauernbund“ hier die Wahrheit gesagt hat.

Galatisten.

Der Gesamtausschuß des Galatistenbundes — Deutscher Osmarlenvereine — hat in Berlin eine Sitzung abgehalten, in der er zur Entnennungfrage Stellung nahm. Der Regierung bekundete man in herablassender Weise Vertrauen, weil sie endlich mit der Expropriation der Polen Ernst mache. Man sprach auch von den Zielen der Galatisten. Was hinter diesen Zielen steht, verriet man allerdings nicht. Fast könnte man glauben, die Herrschaften wollen die Polen vollständig ausrotten. Ganz ungeniert behauptet man, den Deutschen — soll heißen: Galatisten — sei der Kampf von den Polen aufgedrängt worden. Das Verbrechen der Polen besteht darin, daß sie ein zu hartes Heimatsgefühl haben, und sie sich, als Folge der sinnlosen und verbrecherischen Fehler der Altpolen, in ein chauvinistisch-nationalpolnisches Jagdwasser hineintreiben ließen.

Die Altpolen, die sonst den Nationalismus als höchste Staatsbürgerugend preisen, geraten über den Nationalismus der Polen in heilige Empörung. Was dahinter steht, offenbart eine Betrachtung der Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Unter den Großindustriellen hat der Galatismus einen breiten Resonanzboden. Unter ihnen sitzen die lautesten altpolnischen Schreier, die wütendsten Polenstrolcher. Aber die Polenfeindschaft ist für diese Galatisten kein Hindernisgrund, die Polen in großen Scharen aus den polnischen Bezirken nach Rheinland-Westfalen zu verschleppen und hier wirkliche polnische Niederlassungen entstehen zu lassen. Ueber die Stärke des polnischen Elements im Industriebezirk geben nachfolgende Angaben einigen Aufschluß. Aus der Statistik des allgemeinen Knappschaftsvereins, die die Belegschaften der Gruben im Oberbergamtsbezirk Dortmund und erzählt, ergibt sich diese Uebersicht:

Jahre	Gesamtbelegschaft	Davon aus Ost. Prob., Ungarn		Aus Holland, Belgien, Italien und sonstigen Ländern	
		Zahl	Prog.	Zahl	Prog.
1903	247 707	86 256	35,06	5191	2,08
1903	280 341	93 297	33,34	5959	2,06
1904	275 219	99 597	36,19	5988	2,16
1905	290 099	104 068	36,99	5408	2,00
1906	285 355	111 807	39,18	6198	2,17

Ueber die Stärke der Polen im Industriegebiet berichtet der „Wianus“ vom 26. Mai 1908 folgendes:

Im Regierungsbezirk Düsseldorf wohnen 85 000 Polen, davon im Kreis Essen allein 30 000, im Landkreis Ruhrort 21 000. Weit größer ist die Zahl in Westfalen. Im Jahre 1906 wurden gezählt 229 697, davon in den Kreisen Bochum 33 293, Dortmund 40 515, Gelsenkirchen 72 011, Mettinghausen 63 901. In einigen dieser Gemeinden zählen die Polen mehr als ein Drittel der Bevölkerung. Im Jahre 1906 wurden gezählt in

Ort	Polen	Deutsche und andere
Dantau	4 800	6 200
Dabinghorst	2 446	3 494
Warne	8 454	24 585
Höfinghausen	4 731	7 002
Deben	4 907	11 032
Quer	14 112	18 506
Dorst	5 439	10 297
Doitrop	13 791	22 889

Mit der Anhäufung von Menschenmassen, aus aller Herren Länder zusammengeholt, verfolgt das Unternehmertum den Zweck, der einheimischen Bevölkerung Lohnbräcker entgegenzustellen. Man begnügt sich nicht damit, bedürfnislosere Elemente heranzulocken, man sucht sie auch planmäßig von einer Verführung mit den deutschen Arbeitern fernzuhalten, damit sie nicht aufgellert, nicht sozial und gewerkschaftlich „verleudert“ werden. Zu diesem Behufe schließt man die Nichtdeutschen durch Einquartierung in Werkkolonien von der übrigen Bevölkerung ab. So entstanden im Ruhrrevier direkte polnische Niederlassungen. Hier, im Kreise der Landbesitzer, haben die großpolnischen Agitatoren verhältnismäßig leichtes Spiel. Von einer Assimilation des polnischen durch das deutsche Element kann unter solchen Umständen naturgemäß gar keine Rede sein. In der Nähe der polnischen Werkkolonien siedeln sich polnische Handwerker und Kaufleute an, wodurch die Abgeschlossenheit der Polen noch gefördert wird.

Den Industriellen paßt das in den Kram! Ihre Haupt Sorge ist die, den Polen in wirtschaftlicher Bedürfnislosigkeit zu erhalten. Wenn er nur keine Gemeinschaft mit den bösen freien Gewerkschaften eingeht, dann kann er ruhig als Spielball nationalpolnischer Demagogen in das großpolnische Jagdwasser hineintreiben. Dafür erweisen sich dann die Galatisten mit der Osmarlenpolitik als begünstigte Altpolnische, glühende Nationalisten und unersättliche Polenstrolcher.

Die Motive der galatistischen Germanisierungspolitik stecken im Portemonnaie unserer Patrioten!

Zur Landtagswahl in Lippe.

Die Genossen im Fürstentum Lippe eröffneten am Sonntag offiziell den Landtagswahlkampf. In Lippe herrschen die Konservativen und die Liberalen; sie haben je 10 Abgeordnete. Das Land ist in sieben Wahlkreise eingeteilt, jeder Kreis wieder in drei Klassen, wovon jede einen Abgeordneten wählt. Dieses Dreiklassenwahlrecht gibt 3500 Wählern der ersten und zweiten Klasse doppelt so viel Recht als 27 000 Wählern der dritten Klasse.

Das Volksquartieren liegt in den kleinsten Staaten sehr im argen. Es kommen auf rund 25 000 Schulkinder 300 Lehrer, also auf einen Lehrer über 80 Kinder, in vielen ländlichen Schulen 100—120 Kinder. Nach dem Gesetz darf die Höchstzahl 120 betragen; aber selbst diese Zahl wird nicht eingehalten. Trotzdem sind die Lehrer die besten Stützen des Liberalismus im Lande, der sich zu einer auch nur bescheidenen Schulreform mit Rücksicht auf den Landesherren, den Besizer des Domaniums, das dann allerdings finanziell stärker herangezogen werden müßte, nicht aufzuschwingen

vermag. Die mangelhafte Ausdehnung des Einkommensteuergesetzes wurde durch eine Sonderbesteuerung der Konsumvereine getönt. Eine famose Vermögenssteuer läßt für Wohnungsbau und Schmutzgegenstände die Summe bis zu 15 000 Mark frei. An Stelle der Zehnprozentabgabe wurde durch Gesetz ein bestimmter Beitrag des Domaniums zu dem Landkassenrat festgelegt, der Hauptanteil der Dominialeinkünfte aber verbleibt noch wie vor dem Fürsten. Eine dauernde finanzielle Gesundung der Landesfinanzen könnte erreicht werden durch eine vernünftige Vermögenssteuer und höhere Besteuerung der großen Einkommen sowie dadurch, daß der Dominialtaxi — der ein Fünftel der gesamten Landesfläche einnimmt — dem Lande wieder zurückgegeben wird.

Das sind eine Reihe von Fragen, die unseren Genossen reichlichen Agitationsstoff für die Wahl bieten.

Interpellation zugunsten des Koalitionsrechts.

Die Freisinnigen brachten im sächsischen Landtage am Mittwoch folgende Interpellation ein:

„Gibt die sächsische Staatsregierung den Erlaß des sächsischen Kriegsministeriums vom 23. August 1912, welcher sich gegen die im Deutschen Militärarbeiterverband organisierten sächsischen Militärarbeiter richtet, für vereinbar mit dem Koalitionsrecht, und was gedenkt die kgl. Staatsregierung zum Schutze dieses durch Reichsgesetz gewährleisteten Rechtes zu tun?“

Unterstützt wird die Resolution von den Liberalen Gammert und Merkel.

Vater Cohausz und die Arbeit.

In Köln hat dieser Tage der Jesuit Cohausz vor 3000 Mitgliedern der katholischen Arbeitervereine von Köln und Umgegend einen Vortrag gehalten über die „Weise der Arbeit“. Nach dem Bericht des Wahenschen „Köln-Anzeiger“ soll der Redner gesagt haben:

Der katholische Arbeiter arbeitet für den unendlichen Gott, das ist seine Größe und Würde. Der Arbeiter arbeitet nicht nur für sich, sondern für die Gesamtheit und ist somit ein tatkräftiger Prophet der wahren Menschenliebe. Wie wir selbst Wohlstand empfangen durch die Arbeit anderer, spenden wir sie durch unsere eigene Arbeit. So muß der Gedanke den Arbeiter auch besitzeln: Ich arbeite für Entfaltung der gesamten Menschheit. Aber die Arbeit verschafft auch dem einzelnen seine wahre Größe. Was ist es, was den Mann groß macht? Sind es seine Tugenden, Gruben, Plantagen, Äcker, Autos? Jammt es dieser Dinge kann einer weilen, der ein moralisches Ungeheuer ist. Es gibt Leute, die die Arbeit schmähen. Nur der Mann ist groß, der selbst etwas leistet. In der Arbeit entfaltet der Mann seine Kräfte, Weisheit, Intelligenz, wieviel Kraft, Pünktlichkeit, Geduld, Ordnungssinn. Nur wird das entfaltet? Hat der Arbeiter am Ende seines Lebens auch nicht Millionen erworben, er ist doch eins geworden, ein wahrer Edelmann! Der wahrhaft christliche Arbeiter, von der Gnade durchweht, sammelt Gnade. Jede Stunde, jedes Werk wird eine neue Stufe seiner Himmelsleiter.

Die katholischen Arbeiter haben dem großen Schwach nicht nur geduldig zugehört, sondern dem Vater auch, wie die Zentrumspresse schreibt, „begeisterten Beifall“, „stürmischen Beifall“ und „minutenaugen Beifall“ gesendet. Arme gedankenlose Schafe.

Was der Mann über die „Himmelsleiter“ redete, ist eigentlich ein Argument gegen die — Verkürzung der Arbeitszeit: Wenn „jede Stunde Arbeit“ eine „neue Stufe der Himmelsleiter“ des Arbeiters ist, dann würde etwa bei Einführung des Achttagentages der Arbeiter Tag für Tag mehrerer „Stufen“ verlustig gehen! —

Oesterreich-Ungarn.

Wie in Ungarn Abgeordnete gewählt werden.

Ungarn wählt seine Abgeordneten für das Parlament für die Dauer von fünf Jahren. Die letzten Wahlen fanden im Juni 1910 statt, die Hälfte der Legislaturperiode ist vorüber. Trotzdem sind noch nicht alle Wahlen „geordnet“, die Prozesse wegen Wahlbestechung nicht alle erledigt.

Wohl hat das kaiserliche Gericht schon alle Wahlproteste verworfen, bei den Gerichtshöfen liegen aber noch die Bestechungsprozesse haufenweise.

Nur zu zeigen, wie in Ungarn Wahlen gemacht werden, genügt es, auf eine einzige Wahl hinzuweisen, die nicht schlechter als die anderen ist, bei der nur die Wahlpraxis nicht genug verheimlicht werden konnte. Es ist die Wahl des größten Regierungsministers Paul Farkas in Szaszvaros. Zwei Jahre dauerte es, bis die königliche Kurie all den Schmutz dieser Wahl durchstudiert. Trotzdem es bei der Untersuchung offen zutage trat, daß die Wahlbestechungen und die brutale Gewalt den Sieg dem Regierungskandidaten brachte, wurde die Wahl für gültig erklärt, weil es nicht nachgewiesen werden konnte, daß der Kandidat direkt die Wähler bestochen habe.

Die durch solches Urteil abgewiesenen Wahlprotestler strengten nun den Prozeß wegen Wahlbestechung an und der Gerichtshof in Debau wird die Angeklagten wahrscheinlich verurteilen. Die Wahl der Abgeordneten bleibt jedoch laut dem ungarischen Wahlgesetz weiter gültig. Die Verhandlung dürfte auch die Behörden des Wahlbezirks arg bloßstellen, da den Akten einige interessante Briefe beiliegen.

Ein Brief, den der Polizeihauptmann von Szaszvaros an den nun im Parlament sitzenden Abgeordneten richtete, hat folgenden Wortlaut:

„Lieber Freund! Oskan und Herka, die für Dich stimmten, haben bis heute noch nicht die versprochenen Schanklizenzen erhalten. Dieselben laufen mir das Haus ein. Ich war schon beim Herrn Obergespan, der auch in der Angelegenheit an das Finanzministerium geschrieben hat. Auch in der Entziehung der Schanklizenzen muß Du etwas tun. Den Werten, die nicht für Dich stimmten, muß die Lizenz entzogen werden. Die Namen derselben hat der Obergespan bereits mitgeteilt. Der Referent in dieser Angelegenheit ist der königliche Finanzrat Gustav Schäffer, Aktennummer 85 640/1910.“

Verständliche Dich ferner, daß unter Aktennummer 45 251/1910 der Debarer Finanzdirektion sich die Appellation des Szaszvaros Einwohner Georg Bogdanowicz wegen der Entziehung der Schanklizenzen befindet. Die Appellation ist abschließend zu beschneiden und die Entziehung der Schanklizenzen zu bestätigen, da dieselbe gegen und noch dazu ein wider Klumäne ist. Die anderen werden sich da ein Beispiel nehmen.“

Auch die Gerichte sind in die Schmutzgeschäfte verwickelt, was ein zweiter Brief, der ebenfalls den Akten beiliegt, beweist.

Aus diesem Briefe, den der Oberstuzrichter des Wahlbezirks an den gewählten Abgeordneten nach Budapest geschrieben, entnehmen wir folgende Stelle:

„Lieber Freund! . . . Woca hat während der Wahl ein aufreizendes Flugblatt herausgegeben und wurde auch deshalb von mir zu einer Geldstrafe von 40 Kronen verurteilt. Auch habe ich die Staatsanwaltschaft aufmerksam gemacht, daß sie wegen Richtminderung des Pflichterfüllungs das Strafverfahren einleiten solle. Dies ist auch geschehen. Da das Gesetz wegen eines solchen Vergehens als Maximalstrafe sechs Monate Gefängnis diktiert, habe ich bereits mit dem Bezirksrichter Eltase gesprochen, damit er den Angeklagten zur höchsten Strafe

berurteilt. Schreibs auch Tu dem Bezirksrichter, damit wir dem Mosa „Notes“ lernen. . .

So werden in Ungarn die Wähler überzeugt. So sehen die Wahlen im allgemeinen aus. Und die auf solche Art gewählten Abgeordneten präsentieren sich dann als die Vertreter des Volkes und schaffen Gesetze zur Anbetung des Volkes.

Das unter solchen Verhältnissen die elendesten Zustände im Lande herrschen, ist nur natürlich. Das arbeitende Volk kennt diese Zustände am besten, es ist überzeugt, daß nur ein demokratisches Wahlrecht all dem Uebel steuern kann, und deshalb opfert es Zeit, Geld und Blut für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht in Ungarn.

Frankreich.

Ein Gelbbuch über Marokko.

Paris, 13. November. (Meldung der „Agence Havas“.) In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer gelangte das Gelbbuch über Marokko zur Verteilung. Es enthält die Schriftstücke, die sich auf die Ereignisse vom September 1910 bis zum November 1911 beziehen, gibt eine Zusammenstellung der Zwischenfälle, die sich in Marokko während dieser Zeit ereigneten, ferner der Besprechungen, die mit der spanischen Regierung aus Anlaß der Intervention Spaniens in der Gegend von Larraoch und Elkar eingeleitet wurden, sowie endlich der Verhandlungen, die mit dem Deutschen Reich infolge der Entsendung des „Panther“ nach Agadir geführt wurden, die bekanntlich mit dem deutsch-französischen Marokko- und Kongo-Abkommen vom 4. November abschlossen.

Italien.

Das libysche Kriegsjahr . . . nur ein Vorspiel!

Rom, 11. November. (Eig. Ber.) Das militärische Fachblatt, die „Preparazione“, das sich im allgemeinen durch Sachlichkeit auszeichnet, behauptet in einem langen Artikel die heutige militärische Lage in Libyen und beklagt den Optimismus des größten Teils der Presse. Man hätte sogar von einer Entlassung der Reservisten und von der Ernennung eines Zivilgouverneurs gesprochen, zwei Dinge, von denen heute noch gar nicht die Rede sein könnte. Die öffentliche Meinung würde in Illusionen gewiegt, während es richtig sei, sie davon zu überzeugen, daß die Eroberung Libyens kaum begonnen hat. Das erste Kriegsjahr hätte lediglich die Türken ausgeschaltet: jetzt bleiben die Araber zu unterwerfen und dann das Innere der neuen Provinzen zu erobern. Der Artikel schließt damit, daß man noch „auf einen langen und schmerzlichen Krieg gefaßt sein muß“. So sieht sich also der berühmte Militärpazifist in der Wirklichkeit an!

England.

Die Vertrauensfrage.

London, 13. November. (Unterhaus.) Das Haus war zu Beginn der Sitzung nicht besetzt. Ehe Ministerpräsident Asquith seinen Antrag auf Wiedererwägung des vorgestern gefassten Beschlusses einbrachte, erklärte der Sprecher in einer Erweiterung auf eine Bemerkung Bonar Law's, es sei zwar kein Präzedenzfall dafür vorhanden, daß das Haus im Verlauf der Verhandlungen einer Bill einen Beschluß zurücknehme. (Zustimmung bei der Opposition.) Asquiths Antrag sei aber ordnungsgemäß. (Beifall bei den Ministerialen.) Asquith, der von den Ministerialen mit lauten Zurufen begrüßt wurde, hob die Bedeutung des Amendements Bonar Law's hervor, meinte aber, daß die Annahme dieses Amendements nicht die wirkliche Ansicht des Hauses darstelle, da die Regierung in den letzten 15 Tagen während der Debatte über die Bill Majoritäten von durchschnittlich 106 Stimmen gehabt habe und die Finanzresolution vergangene Woche in einem früheren Stadium der Bill mit einer Majorität von 121 Stimmen ohne Zusatzantrag angenommen worden sei. Unter diesen Umständen glaube die Regierung, das Haus müsse Selbstenhaltung erhalten, sich zu entscheiden, ob es bei der Annahme von Bonar Law's Amendement bleiben wolle oder nicht. Asquith schloß: Die Lage ist ernst; wenn das Haus seinen Beschluß nicht rückgängig macht, kann die Regierung nicht weiter bleiben (Beifall bei der Opposition), da das Amendement den finanziellen Bestimmungen der Bill einen tödlichen Streich versetzt hat.

Ueber die Frage des Rücktritts erklärte Asquith: Die Regierungsmajoritäten im Hause sind während der letzten sechs Wochen immer größer geworden. Unter diesen Umständen, ganz abgesehen von einigen anderen Gründen, über die ich nicht weiter sprechen will, die aber einen Wechsel in der Regierung in diesem Augenblick im öffentlichen Interesse möglicherweise zu einer Quelle von Wirris und Verlegenheit machen könnten, denke ich, wenn die Regierung jetzt zurücktritt, so würde sie gegen die besten Traditionen der englischen Politik und gegen ihre Verantwortlichkeit verstoßen. (Beifall bei den Ministerialen.)

Im Laufe der erhabenen Debatte, die auf Asquiths Rede folgte, nannte der Unionist Sir William Bull den Premierminister einen Verräter. Er wurde zur Ordnung gerufen, und als er sich weigerte, den Ausdruck zurückzunehmen, von dem Sprecher aus dem Hause gewiesen. Bull leistete der Aufforderung Folge und verließ das Haus.

Bonar Law führte aus: Nur zwei ehrenvolle Möglichkeiten bleiben der Regierung offen, nämlich Rücktritt oder Auflösung. Ich mache jedoch eine Einschränkung. Asquith bezog sich auf die auswärtige Lage. Ich gebe durchaus zu, daß dies vital ist, und ich möchte nicht wünschen, daß die Regierung unter den gegenwärtigen Umständen zurücktritt oder auflöst. Die Regierung könnte auf die hochherzige Unterstützung der Opposition rechnen, bis die Krise vorüber ist. Aber dann müßte die Regierung natürlich nach Wende der Krise an das Land appellieren. Mit ihrem jetzigen Verfahren hat die Regierung das Recht für sich in Anspruch genommen, zu tun, was ihr beliebt, ohne Rücksicht auf das Volk, das zu vertreten sie vorgibt.

London, 13. November. Im Unterhause kam es neuerlich zu erregten Zwischenfällen, als die Opposition den Generalstaatsanwalt dadurch, daß sie ihn niederschrie, das Sprechen unmöglich machte. Nachdem der Lärm eine Weile gedauert hatte, vertagte der Sprecher mit Rücksicht auf die schwere Unordnung unter lautem Beifall der Opposition die Sitzung um eine Stunde.

Rußland.

Die Arbeiter gegen die Blutjustiz.

Man schreibt uns aus Petersburg: Die Petersburger Arbeiter, die erst vor wenigen Wochen wegen des Attentates der Regierung auf ihr Wahlrecht eine umfassende Protestbewegung in Form von Streiks, Demonstrationen, Meetings usw. durchgeführt haben, sind jetzt wieder in einen neuen Proteststreik eingetreten. Den Anlaß hierzu bot das ungeheuerliche Urteil des Kriegsgeschichtes in Sebastopol, das 17 Matrosen der Schwarzmeerflotte zum Tode und 106 zur Zwangsarbeit auf 4 bis 8 Jahre verurteilt hat. Hinsichtlich des Matrosen Machotin beschloß das Gericht, „in Anbetracht seiner Reue und der Aufdeckung einiger Einzelheiten des Prozesses“ um die Aufhebung der Todesstrafe nachzusuchen — ein untrügliches Zeichen, daß die politische Polizei auch bei diesen Kontiprozessen ihre Hände mit im Spiele gehabt hat. Das Urteil ist dem Oberbefehlshaber der Schwarzmeerflotte zur Bestätigung zugegangen und dürfte wohl schon in den nächsten Tagen vollstreckt werden — wenn nicht der Protest der

Petersburger Arbeiter der Generalarbeit im letzten Augenblick Einhalt gebieten wird.

Der Protest der Petersburger Arbeiter ist mehr als eine vorübergehende Gefühlswallung über die Greuel des Blutregiments. Tausende von Galgen hat die russische Arbeiterklasse in den letzten Jahren im ganzen Reiche aufzurichten sehen, ohne die Kraft und die Entschlossenheit zu finden, der regierenden Mörderbande ihren revolutionären Protest ins Gesicht zu schleudern. Daß sie sich nun — nach den opferreichen Kampfen des letzten Jahres — zu diesem Protest aufgerafft hat, ist ein untrügliches Zeichen des Wiedererwachens der revolutionären Massenbewegung in Rußland. Gerade in dem Augenblick, wo amtliche und nichtamtliche Kriegsbekehrer, von der profitlüsternen Bourgeoisie sekundiert, an der Arbeit sind, um aus dem blutigen Ringen am Balkan „Kompensationen“ für Rußland herauszuholen, in dem Augenblick, wo neue russische Kolonien im mittleren und fernen Osten vorbereitet werden, die die Gefahr neuer kriegerischer Verwicklungen heraufbeschwören, zeigt der Proteststreik der Petersburger Arbeiter, daß das Proletariat sich einig fühlt mit seinen Brüdern in der Armee und der Marine, die das Joch der Sklaverei nicht stillschweigend zu ertragen vermögen. Die Regierung des Zaren weiß sehr wohl, auf welchem Vulkan sie sitzt, und aus dieser Situation heraus erklärt sich sowohl ihre notgedrungene „Friedensliebe“, wie die ohnmächtige Wut der Regierungspresse, die anknüpfend an den Prozeß der Matrosen in Sebastopol, nicht nur für die „aktiven Teilnehmer der Militärrevolten“, sondern auch für die Agitatoren und die nicht genügend energischen „Unterdrücker“ unterschiedslos die Todesstrafe fordert („Kossija“, 10. Nov.).

Ueber die Einzelheiten des Prozesses in Sebastopol ist nichts in die Presse gedrungen. Abweichend von der bisherigen Praxis, ist nicht einmal die Anklageakte veröffentlicht worden. Soviel ist nur bekannt, daß der Prozeß zurückzuführen ist auf die Septemberrückzüge auf einigen Schiffen der Schwarzmeerflotte, die in einem Marinebefehl zur allgemeinen Kenntnis gebracht wurden. Die Untersuchung wie die Prozeßverhandlungen sind hinter verschlossenen Türen geführt worden, wo die in Verbrechen ergrauten Richter das zweifellos von der „Ochran“ eingefädelte und geförderte Unternehmen ohne jede Kontrolle der Öffentlichkeit zu Ende geführt haben. . .

Hus der Partei.

Sur neuen Friedenslandgebung.

Wie uns aus Wien telegraphiert wird, ist Genosse Bernerstorfer leider verhindert, am 17. d. M. nach Berlin zu kommen. An seiner Stelle kommt Reichsratsabgeordneter Genosse Renner.

Kommunalwählerfolge.

Der erste Tag der diesjährigen Stadtverordnetenwahlen in Magdeburg brachte der Sozialdemokratie einen erfreulichen Erfolg. In den am 1. April 1910 eingemeindeten Vororten Ferneseleben, Salbke, Westerbüßen, Leimbörs, Rothensee, Cracau und Prester, die zu zwei Wahlbezirken zusammengelegt und zum ersten Male an die Stadtverordnetenwahlen beteiligt waren — bis dahin vertraten auf Grund der Eingemeindungsverträge von den ehemaligen Gemeindevertretungen gewählte Vertreter bürgerlicher Richtung die Vororte im Stadtparlament —, wurden von der dritten Abteilung drei Sozialdemokraten, die Genossen Heuneberg, Gerike und Peng gewählt und zwar mit großer Majorität.

In Ruskau (Schlesien) wurden in der dritten Klasse die beiden Kandidaten der Sozialdemokratie gewählt, trotz der Gegenagitation des Sekretärs des reichstreuen vaterländischen Arbeitervereins.

In Westerland auf der Nordseeinsel Sylt wurde der erste Sozialdemokrat in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Noch im letzten Augenblick gelang es den Bürgerlichen durch Schwenken mit dem roten Lappen, ein geschlossenes Eintreten für ihre Kandidaten herbeizuführen, wodurch sie ein Mandat retteten.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Altona siegte die Sozialdemokratie über die vereinigten Bürgerlichen mit 8114 gegen 7028 Stimmen. Gewählt sind die Genossen Bischoff, Kirch und Lund. Am zweiten Wahltage siegte der Genosse Haehnel mit 8000 Stimmen gegen den bürgerlichen Kandidaten, der 7644 Stimmen erhielt. — Die sozialdemokratische Fraktion hat nunmehr von 38 Sitzen elf besetzt.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Hohenlimburg i. W. siegten die Kandidaten der sozialdemokratisch-demokratischen Kompromisses über ein solches von Zentrumslenten und Liberalen. Durch diesen Sieg gelangte der zweite Sozialdemokrat in das dortige Stadtparlament.

In Breslau wurden bei der am Mittwoch stattgefundenen Stadtverordnetenwahl gewählt: 8 Sozialdemokraten und 4 Blauschwarze. In Stidowitz stehen 4 Sozialdemokraten gegen Konservativen. Es gewannen die Sozialdemokraten drei Sitze, während die Liberalen ein und die Konservativen zwei Mandate verloren. Der Stimmengewinn der Sozialdemokratie ist erheblich.

In Liegnitz wurden bei der Stadtverordnetenwahl am Mittwoch zum erstenmal drei Sozialdemokraten gewählt; der vierte unterlag mit nur zwei Stimmen. Es fand hier zum erstenmal die Bezirkswahl statt, die von der freisinnigen Stadtverordnetenmehrheit eingeführt wurde. Der Stimmengewinn betrug rund 800. Wäre nach dem alten System gewählt worden, so gehörte jetzt die ganze dritte Abteilung der Sozialdemokratie.

Aus der italienischen Partei.

Rom, 11. November. (Eig. Ber.) Seit dem letzten Parteitage von Reggio Emilia hat die italienische Partei einen recht erfreulichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Wie der Parteisekretär Bella bei der Vorstandssitzung mitteilte, hat die Partei in den letzten Monaten ihren Mitgliederbestand um 109 Sektionen mit mehr als 2000 Personen vermehrt. Diese Vermehrung ist um so beachtenswerter, als in der Regel der Mitgliederzuwachs vor und nicht nach den Parteitag einzutreten pflegt. Die Rückkehr zur intransigenten Taktik hat schon jetzt die Parteiorganisation numerisch gestärkt, trotz des Austritts der Reformisten, der insgesamt nicht 2000 Organisierte unseren Reihen entfremdet hat.

Der Parteivorstand hat sich weiter am 10. d. Mts. mit der Frage eines Beschlusses in der Chefredaktion des „Avanti“ beschäftigt. Genosse Vaccì, der in Reggio die Leitung des Organs provisorisch übernommen hatte, gab seinen festen Entschluß kund, sein Amt niederzulegen. Der Vorstand beschloß daher, den Genossen Venio Rusolini, den Unterzeichner der Resolution, durch die in Reggio der Ausschluss der vier Reformisten beschlossen wurde, mit der Leitung des „Avanti“ zu betrauen. Rusolini, der Gymnasiallehrer ist, war bisher in Forlì als Redakteur des dortigen Parteiblattes tätig.

Jugendbewegung.

Jugendlicher Schießsüßig.

Aus Rortheim bei Braunschweig wird gemeldet: Bei einem großen, vom Jugendbund und veranstalteten Schießsüßig schloß am Sonntag einer der Teilnehmer mit einem schatzgeladenen Revolver. Das Geschöß drang einem jungen Mann in den Oberschenkel!

Ein Kongreß der sozialistischen Jugend Spaniens

hat unter starker Beteiligung in Madrid gelagt. Unter den Beschlüssen sind zu nennen: Festlegung der Altersgrenze auf 30 Jahre. Ein Antrag, die Zugehörigkeit vom Bekenntnis zum Atheismus abhängig zu machen, wurde abgelehnt. Besonderes Gewicht soll auf die Veranstaltung wissenschaftlicher Vorträge und Vortragskurse gelegt werden. Die Friedenspropaganda soll mit größter Energie fortgesetzt werden. Zum Vorsitzenden wurde der jetzt im Gefängnis sitzende Sr. Sabert gewählt. Die Geschäfte des Sekretärs übernahm der Sekretär der von Ferrer begründeten Modernen Schule, Sr. Martinez.

Versammlungen.

Deutscher Solzarbeiterverband. In der am Dienstag abgehaltenen Generalversammlung der Zahlstelle Berlin erhaltete der Vorsitzende Glöckle den Geschäftsbericht für das dritte Quartal. Der Redner konstatierte, daß die Konjunktur im dritten Quartal etwas besser war als im zweiten. Es ist das eine Erscheinung, die in jedem Jahre zu verzeichnen ist. Die Zahl der Arbeitslosen ist aber auch im dritten Quartal größer gewesen als in derselben Zeit des Vorjahres. Infolge der besseren Konjunktur konnten im dritten Quartal mehrere Streiks geführt werden in Betrieben, die nicht unter den Vertrag fallen. In 31 Betrieben legten 630 Kollegen die Arbeit nieder. Erfolge hatten 22 Streiks mit 514 Beteiligten. Drei Streiks mit 83 Beteiligten endeten mit einem Vergleich. Verloren gingen sechs Streiks mit 42 Beteiligten. Zwölf von diesen Streiks mit 295 Beteiligten waren Angriffstreiks, von denen einer mit sechs Beteiligten verloren ging, während die übrigen Erfolge hatten. 19 Streiks mit 34 Beteiligten dienten der Abwehr. Davon waren elf mit 225 Beteiligten erfolgreich, drei mit 83 Beteiligten endeten mit einem Vergleich und fünf mit 36 Beteiligten gingen verloren. — Die Schlichtungskommission wurde 136mal angerufen, ihre Beauftragten verhandelten in 146 Fällen. — Die Betriebsarbeiter haben in einigen Betrieben die achtstündige Arbeitszeit durchgesetzt. — Die Geschäfte des Verbandes wurden erledigt in zwei General-, einer Gesamtvertrauensmänner-, 100 Vertrauensmänner-, 108 Mitgliederversammlungen, zwölf Sitzungen der Ortsverwaltung, zwei Sitzungen der engeren Verwaltung. 30 Kollegen wurde Rechtschutz bewilligt, und zwar 18 in gewerblichen und sechs in Strafprozessen. Die Beschwerdebekanntmachung hatte in acht Sitzungen 131 Fälle zu behandeln, von denen hiebzehn am Schluß des Quartals noch nicht erledigt waren. Die Jugendkommission hat sich vorerst darauf beschränkt, die Lehrlinge den Jugendheimen zuzuführen. Im Laufe des Winters soll eine intensive Agitation unter den Jugendlichen betrieben werden. Die Kontroll- und Agitationskommission hielt 279 geschäftliche und 2159 Versammlungen ab. Zu diesen wurden 2886 Werkstätten eingeladen, in denen 44 840 Kollegen, darunter 33 942 Verbandsmitglieder, beschäftigt waren. 28 618, darunter 23 886 organisierte Kollegen aus 2400 Werkstätten, teilnahmen der Einladung Folge. — Die Mitgliederzahl hat zugenommen, die Entwicklung des Verbandes kann als befriedigend bezeichnet werden.

Der Kassierer Rieße bemerkte zum Kostenbericht, daß nach den eingelaufenen Beiträgen die Mitgliederzahl gegen das zweite Quartal um 1500 bis 1600 gestiegen ist. Verzeichnet waren am Schluß des zweiten Quartals 29 120 Mitglieder, am Schluß des dritten Quartals dagegen 30 750 Mitglieder, und zwar 29 850 männliche, 805 weibliche und 95 jugendliche. Nach den Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung zu urteilen, hat sich die Konjunktur nicht verbessert. Augenblicklich steigert sich die Arbeitslosigkeit wieder von Tag zu Tag. Die Einnahme der Lokalfasse betrug 244 467,35 M., die Ausgabe 120 477,52 M., es bleibt ein Ueberschuß von 123 989 M., wodurch sich der Bestand auf 364 283 M. erhöht. Für Unterhaltungen wurden ausgegeben an Arbeitslose 98 912 M., an Kranke 54 822 M., an Streikende 12 815 M., an Gemahrgelte 8328 M., andere Unterhaltungen 5382 M.

Den Berichten der Arbeitsvermittler ist folgendes zu entnehmen: Auf dem paritätischen Arbeitsnachweis meldeten sich 14 337 Arbeitslose. 13 051 Stellen wurden gemeldet und 11 251 besetzt. Von den Arbeitssuchenden konnten in Arbeit gebracht werden bei den Bauhilfs- und Einsehern 49 Proz., bei den Metallhilfs- 87 Proz., bei den übrigen Branchen der Tischler 93 Proz., bei den Modellhilfs- 89 Proz., bei den Modellpolierern 89 Proz., bei den Maschinenarbeitern 78 Proz., bei den Riffenmachern 92 Proz. Der Durchschnitt aller Branchen beträgt 77,7 Proz. Gegenwärtig sind 2681 Arbeitslose eingetragenen.

Im Arbeitsnachweis des Verbandes waren 963 Arbeitssuchende eingetragen. Von 703 offenen Stellen wurden 559 besetzt. Am Schluß des Quartals waren 130 Arbeitslose eingetragen.

Glöckle gab einen allgemeinen Ueberblick über das Tarifverhältnis. Der Berliner Tarifvertrag kann am 15. November gekündigt werden. Die Arbeitgeber haben sich bereits für die Kündigung ausgesprochen. Auch die Arbeiter würden gut tun, den Tarif zu kündigen, denn es seien einige Forderungen im Interesse der Arbeiter notwendig. Wenn auch der Arbeitgeberverband seit der vorigen Tarifbewegung härter geworden sei und ein Widerstand von seiner Seite zu erwarten sei, so brauchten die Arbeiter deswegen nicht bangen zu sein, denn sie seien ja auch stark genug, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Die Versammlung faßte folgenden Beschluß: Die Generalversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Glöckle einverstanden und beauftragt die am Donnerstag, den 14. November, stattfindende Gesamtvertrauensmännerversammlung, endgültig zu beschließen, ob der Vertrag gekündigt werden soll.

Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.

Letzte Nachrichten.

Die Lage in China wird ernst.

Mukden, 13. November. Hier hat ein Kriegsstaat stattgefunden, in welchem beschlossen wurde, infolge der Ereignisse in Chalka die Truppen in der Mandchurie um zwei Divisionen zu vermehren, die Schutztruppen zu reformieren und die Miliz zu verstärken.

Folgeschwerer Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge.

Jüterbog, 13. November. (Amtliche Meldung.) Von dem auf Bahnhof Jüterbog haltenden Güterzug 9808 liefen heute nachmittags 8,25 Uhr etwa 30 Wägen ab und stießen mit dem Personenzug 286 in Kilometer 61 zwischen Grüna und Jüterbog zusammen. Der Schlusschaffner vom Güterzug wurde getötet, drei Reisende leicht verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

Furchtbares Schiffsunglück.

Wien, 13. November. (W. T. B.) Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Bukarest: Auf der Donau ereignete sich heute nachmittags ein schweres Schiffsunglück. Eine Schaluppe wollte im Hafen von Cifro 50 Mann der Grenzwahe nach der Stadt bringen. Bei einer Wendung kenterte die Schaluppe und sämtliche Insassen stürzten in die Fluten. 44 Grenzwachter, 1 Korporal, sowie von der Besatzung 3 Matrosen und der Mechaniker ertranken. Die anderen konnten gerettet werden.

Die Pest in Afghanistan.

Petersburg, 13. November. (W. T. B.) Der nordwestliche Teil Afghanistans an der persischen Grenze im Umkreise von Mervissal ist für pestgefährlich erklärt worden.

Fortschrittler in Worten und Taten.

In der Kommunalpolitik hat der Freisinn überall versagt. Berlin, Breslau, Königsberg, Danzig, Nürnberg, welche Stadt mit freisinnigem Regiment man auch nennen mag: überall ein Manko an positiven Leistungen, überall Befangenheit in Besitzerinteressen...

Aber eine Stadt wurde gepriesen, ihr rühmt man im Freisinnslager nach, sie übe weisshauende Kommunalpolitik, sei vorbildlich in der Förderung des Bildungswesens und entfalte eine muster-gültige Sozialpolitik. Frankfurt a. M. ist gemeint.

Vor der „liberalen Einigung“ redeten die Demokraten den Brüdern vom Freisinn dieses Märchen so lange vor, bis beide Teile es glaubten. Ein Märchen ist es trotzdem. Als Märchen wird es jetzt im Wahlkampf — die Stadtverordnetenwahlen sind auf den kommenden Donnerstag angelegt — von unseren Genossen erneut nachgewiesen.

Frankfurt a. M. hatte aus der Zeit seiner staalichen Selbstständigkeit ein steuerkräftiges Bürgertum; seine staaliche Magime war, kein Industrieproletariat auskommen zu lassen; dieser Grund-satz wirkte lange nach. Wenig Proletariat, sehr reiche Stiftungen, eine steuerkräftige Einwohnerschaft — da war es eine Kleinigkeit, wenigstens den Schein tiefgreifender sozialer Fürsorge vor-zuführen. Aber wirklich sorgten die regierenden Familien für Ferkhaltung der Massen vom Stadtrecht; auch unter preu-ßischer Herrschaft blieb das Wahlrecht an den 1200 Marx-Jenus geknüpft. Und sehr bezeichnend für die herrschende Demokratie: in einem Handrädig bis zum preußischen Oberverwaltungsgericht geführten Prozeß muhten unsere Genossen erkämpfen, daß nicht nur wer 1200 M. versteuert, sondern auch jeder Preuze, der 1200 M. Einkommen nachweist, in die Wählerliste einzu-tragen ist. Reaktionsär als die preußische Reaktion hatte sich die Demokratie der Sonnemannschen Erben gezeigt. Wiederholt war zu verspüren, daß dieser Demokratie sicher gelegen läme, wenn „entsprechend der Verringerung des Geldwertes“ der Jenus noch höher gesetzt würde. Denn dank dieser Verringerung und dank des Wirkens der Gewerkschaften und der Ersparlung der Industrie stieg die Zahl der proletarischen Wähler so stark, daß bereits vor Jahren Genosse Quard als erster Sozialdemokrat in das Haus Limpurg — die alte Geschlechterstube, die als Stadtverordneten-saal dient — ein-drang, ihm folgten noch und noch weitere 21 Genossen. Dem Magistrat gehört kein Sozialdemokrat an! Sonst schämt die Frei-sinn-demokratie gegen die Staatsbureautratie wegen Nichtbeschäftigung sozialdemokratischer Magistratsräte, aber in ihres Herzens innerstem Schrein ist ihr das gerade recht. Denn in Frankfurt existiert kraft Sonderrechts keine Beschäftigungsklausel, und da zieht die Freisinn-demokratie der Stadtverordneten-versam-lung vor, gar nicht erst einen Sozialdemokraten in den Magistrat zu wählen. Als im Vorjahre eine Magistrats-balanz die Stadt-verordnetenmehrheit in eine sehr unangenehme Zwidmühle brachte, stellten die Freisinn-demokraten eine Reihe Bedingungen, schlimmer wie jene der Nationalliberalen bei Scheidemanns Präsidentschaftskandidatur, und wählten auch dann erst einen Sozialdemokraten in den Magistrat, nachdem sie sich versichert hatten, der Magistrat werde diese Ergänzung ablehnen. In beschaulicher Genügsamkeit und Selbstzufriedenheit nahm die Mehrheit dann die Ablehnung hin. Obgleich die Sozialdemokratie ein Drittel der Stadtverordneten-

sitze einnimmt und die zweitstärkste Fraktion ist, wurde ihr lediglich ein Schriftführer-, kein Präsidentsen-posten eingeräumt.

Dem Magistrat (wohl-gemerkt: nur der Oberbürgermeister unterliegt königlicher Bestätigung, alle anderen Posten kann das Stadtverordnetenkollegium frei besetzen!) gaben die Freisinn-demokraten von jeher eine Zusammensetzung, daß sie unter allen Um-ständen als Preuze wirken kann. Dem Schein nach tritt das Kollegium für freies Koalitionsrecht ein und schmunzelnd nimmt es zur Kenntnis, daß im Magistrat als Aufsichtorgan der Innungen der greulichste Innungsterrorimus unbeanstandet bleibt und sogar Strafen erduldet werden gegen Wehgermeister, weil sie dem Innungsbeschuß zuwider mit dem Verband einen Tarifvertrag vereinbarten! Der Magistrat, das Geschöpf der Freisinn-demokraten, konnte besonders unter dem jetzt zurückge-tretenen Abdes nach dem Herzen der Konservativen regieren, ohne daß die Stadtverordnetenmehrheit anders als höchstens mit schwäch-lichen Worten dagegen auftrat. So konnte es passieren, daß grund-sätzlich kein von den Stadtverordneten gewählter Sozialdemokrat vom Magistrat als Armenpfleger bestätigt wurde! Die „Frankf. Zeitung“ hätte jedenfalls reichlich Gelegenheit gehabt, ihre Kritik der preußischen Bureautratie auch der städtischen Bureautratie in der Mainmetropole zuzumenden! Wie z. B. gegen die Berufs-feuerwehrlente vorgegangen wird, das bleibt nicht weit hinter Jagomirs Schnauzbärtigkeit zurück, und die Freisinn-demokratie best dieses Tun, indem sie gleichzeitig einzelne Kritiker in den eigenen Reihen höhnisch abtut. Selbst die Mittel scharfmacherischer Werk-verwaltungen wendet die Freisinn-demokratie an: sie läßt gelbe Vereine gründen, um städtische Angestellte und Arbeiter einzufangen. Der Renommierarbeiter Walzer der freisinn-demokratischen Stadtverordnetenfraktion hat offiziell den Auftrag, die Gelben zu pouffieren, und er vollzieht ihn so gut, daß die meiste-reuen Wädgergesellen unter dem bekannten Seldensanker Dremitz und die gelben Wehgergesellen ihre Freude daran fanden. Wie Walzer die Gelben, so führten Marx und Jung, beide freisinn-demokratische Stadtverordnete und Obermeister der Wehgerinnung, die Junksfratner der Freisinn-demokratie zu, und als Lohn gibt die Stadtverordnetenmehrheit die Interessen der Konsum-menten dem Wehgerpreis preis. Trotz energischen Treibens besonders durch unseren Genossen Quard hat die Stadt gegen die Fleischsteuerung so gut wie nichts unternommen; sie über-ließ auch hier, wie auf vielen Gebieten, fast alles der Vereins-tätigkeit.

Am schlimmsten rächte sich der Einfluß des Grundbesitzes an der Bevölkerung. Frankfurt hat von allen deutschen Städten das größte Stadtgebiet, das sich topographisch reizvoll gliedert und breite Waldzonen aufweist. Aber aufgeschlossen wird das Gelände nach dem Profitbedürfnis der Spekulanten, nirgends ist ein Stück aufgespart worden für kleine Arbeiterwohnhäuser, geschweige denn, daß die Stadt selbst Arbeiterwohnungen baute.

Standalds ist das Steuersystem, das nach außen durch die Depression der Einkommensteuer einen sozialen Anstrich hat. Aber neben den direkten Steuern besteht ein ganzes System von Gebüh-ren, das nach dem Mietwert der Wohnung gestaffelt ist: Gebüh-ren für Wasser, Kanalbenutzung, Schrottschlafuhr usw., sogar die Berliner Mietssteuer wird in Frankfurt noch erhoben. Der Haus-wirt muß sie abführen und erhebt sie vom Mieter als Beitrag zur Haussteuer. Die Gebühren (reichlich 8 Proz. der Mietsbeträge) heben die soziale Wirkung der Einkommensteuer-Depression nicht nur auf, sondern schaffen eine weit ungünstigere Lastenverteilung wie sonst in preußischen Gemeinden. Dabei sind die Mietspreise, wesentlich als Folge der städtischen Wohnungs- und Gebäudepolitik, unge-fähr die höchsten in Deutschland. Jahrzehnt-lang ist als Grund-satz befolgt worden, die Arbeiterbevölkerung möglichst aus dem Weichbilde der Stadt abzuschieben.

Deffentliche Werke, wie Gas- und Elektrizitätswerke, Tram-bahn, überließ die Stadt dem Privatkapital, das reiche Profite

macht und bei der Gasversorgung noch vor reichlich Jahresfrist die Konzession verlängert bekam. Die Trambahn ist, nachdem alles Material zerfahren, gegen hohe Entschädigung in Stadtbefitz über-gegangen.

Auf allen Gebieten der moralische und intellektuelle Bankrott der Freisinn-demokratie. Weil die soziale Entwicklung Frankfurts ihre Herrschaft Stück um Stück abbrach, deswegen mußte schließ-lich der politische Bankrott dazu kommen. Bei früheren Wahlen hat die Freisinn-demokratie aus Angst vor der andrängenden Sozial-demokratie sich bereits bei den Nationalliberalen, dann bei den Mittelständlern angebettert, diesmal wird auch der Anfang zu einer Freundschaft mit dem Zentrum gemacht. Um die Unter-stützung des Zentrums zu erlangen, nahm die Freisinn-demokratie im Stadteil Bodenheim einen der schlimmsten Schulreaktionäre, den in der Walle gefärbten Zentrumsführer Thormann auf die Kandidatenliste. Der Jörn besonders gegen Genossen Quard, der dort kandidiert, läßt die Freisinn-demokraten ihre Fortschrittsscene dem Schwarzen verschreiben.

So sehen wir in Frankfurt, der Hauptstadt der einstigen Demo-kratie, wo die große „Frankfurter Zeitung“ alle Tage die Reaktion aufspießt und die Kulturmission des freiheitlichen Bürgertums preis, dieses selbe Bürgertum politisch in den Sumpf geraten. Der scharfe soziale Gegensatz bricht die festesten „Freiheitsprinzipien“ wie dürrer Mohr. Frankfurt kann vielen als ein Merkzeichen künftiger bürgerlicher Entwicklung dienen. Die Arbeiter werden überall den Liberalismus, auch die „demokratische“ Spielart, gegen sich haben, sobald der Herrschaft des Liberalis-mus Gefahr droht.

Abgeordnetenhaus.

94. Sitzung, Mittwoch, den 13. November 1912, vormittags 10 Uhr.

Am Ministertische: v. Breitenbach, Sydow. Ein Antrag der Geschäftsordnungskommission, die Vernehmung des Abg. Weiskermel als Zeuge in einer Straf-sache, wird ohne Debatte angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Wassergesetzes.

Auf Antrag des Abg. v. Brandenstein (L.) wird von der sonst üblichen allgemeinen Besprechung bei § 1 abgesehen, die zweite Beratung vielmehr geschäftsordnungsmäßig paragrafenweise vorgenommen. Die ersten sechs Paragraphen werden debattelos ange-nommen.

Nach § 7 steht an den Wasserläufen erster Ordnung dem Staate das Eigentum zu.

Abg. Bäumemann (Sp.) begründet einen Antrag, wonach an den Flußbetten der Wasserläufe erster Ordnung dem Staate das ge-meine Eigentum zustehen soll. Die Vorlage steht für den Staat das römisch-rechtliche Privateigentum vor. Wie aber sind der Meinung, daß das jetzt geltende Recht beibehalten werden muß, denn die Wasserläufe erster Ordnung sind ihrem Wesen nach zum öffent-lichen Gebrauch bestimmt. Das römisch-rechtliche Eigentum erlaubt dem Staat ohne weiteres jeden Eingriff, auch wenn er gar nichts schadet, zu verbieten. Bei den Forsten hat der Staat bereits dies Eigentum; daher finden wir auch in den Staatsforsten so oft die Tafel: Dieser Weg ist verboten. So wird es auch bei den Flußläufen werden, wenn dem Staate auch hier dies römisch-rechtliche Privateigentum gewährt wird. Für die Allgemeinheit können diese Wasserläufe besser ausgenutzt werden, wenn das gemeine Eigentum besteht.

Ein Ministerialdirektor wendet sich gegen den Antrag. Der Begriff des „Gemeinrecht“ findet sich nur im Allgemeinen Preußischen Landrecht und seine Auslegung ist durchaus nicht ein-heitlich.

Abg. Eder-Winsen (nall.) spricht ebenfalls gegen den Antrag Bäumemann.

Inzwischen ist ein Antrag Vorhard (Soz.) eingelaufen, wo-nach dem Staate das gemeine Eigentum an allen in natürlichen und künstlichen Wasserbetten stehenden Gewässern zustehen soll.

Milieu, in dem sie sich bewegen, ihrem seelischen Bildungszustand nicht stimmen. Leonbards exemplarische Niedertracht, des Sekretärs sich überlagende Hige schmedt nach gemachter, von der Absicht möglichst greller Gegenüberstellung geleiteter Konstruktion. Und dennoch! In den Wähnenrahmen eingepannt, vergegenständlicht durch ein vom Geiste und den Intentionen des Poeten inspiriertes Spiel verschwinden diese Hemmungen. Im Feuer der lebendigen Rede streift sich der Schein der Fremdbild von dem Dialoge, ent-faltet sich die wunderbar tiefinnige Bildtheit des Ausdrucks so leicht und frei, daß einem der Gedanke, diese Menschen könnten auch anders sprechen, gar nicht aufsteigt. Jedes Gleichnis, in das der Dichter ihre Lebensansicht, ihre Leidenschaft und Stimmung kleidet, scheint aus den Tiefen ihres Selbst zu quellen, wärmt und leuchtet. Sogar das Schattenpaar des Schuffes und des Entschuffens hebt sich ins farbige Reich des Individuellen. Es gibt wenige Werke, die, alle Konzessionen an das im schlechten Sinne Theatralische vermahend, so sehr der Wähne bedürfen, um ihre Kraft zu offenbaren, die so im künstlerischen Vorgefühle des Wähne-bildes geschaffen worden sind.

Den mächtigen Eindruck, den das Stück vor Jahren im Deutschen Theater mit der Trieb- und Mittern in den Hauptrollen machte, konnte die Aufführung der Kammerspiele, so Gutes sie bot, freilich nicht erreichen. Wasser-mann war für mein Empfinden am stärksten im ersten Akt. Da konnte man zeitweilig länder der Gestalt den Darsteller vergessen. Später drängten sich gewisse Manieren seiner schauspielerischen Eigenart, stereotypische Modu-lationen des Organs — vor allem in den Ausdrücken leidenschaft-licher Festigkeit — störend hervor. Die Illusion war um so schwerer zu bewahren, da sein hoher schlanker Wuchs so gar nicht zum Handwerkerstypus des Debbelischen Meister Anton paßte. Lucie Höfflich, die nach langer Unterbrechung zum ersten Male wieder auftrat, hat noch immer jene Blodsenstimme, deren leiser reiner Klang so warm zum Herzen spricht. Das Publikum lauschte ihrer Magdalene ergötten. Doch auch hier wurde die Wirkung durch den Gegen-satz der früheren Erscheinung, die fraulich war, zum Bild, das sich die Phantasie von der Gestalt entwirft, abgeschwächt. Sehr fein war Rosa Bertens als Mutter, Abels Leonhard und Karl Ebert in der Rolle des jugendlich schwärmerischen Sekretärs. Auch Herr Romber, der den aus der Art geschlagenen Sohn des Alten gab, hatte in seinem Spiele eindringlich überzeugende Momente.

Notizen.

— Musikchronik. Das Deutsche Opernhaus bringt Sonnabend „Figaros Hochzeit“ von Mozart mit neuen Deko-rationen, die den Hofotofist festhalten. Statt des gesprochenen Dialoges werden die Rezitative in der neuen Bearbeitung von Georg Hartmann eingesetzt. — Das Opernhaus teilt mit, daß in Parkett und in den Logen eine genügende Anzahl Plätze in allen Logen für den Tagesverkauf frei gehalten werden und das Haus keineswegs nur den Abonnenten gehört.

— Rein Wagner-Ronopol — in Budapest. Das Budapest Appellationsgericht hat im Prozesse der königlichen Oper gegen die Volksoper wegen des Verbots der Aufführung von Wagner-opern entschieden, daß auch die Volksoper die Wagnerischen Opern aufführen darf.

Kleines Feuilleton.

Die Einpeitscher des englischen Parlaments. Die parlamen-tarische Niederlage, die das Kabinett Asquith im englischen Unter-hause erlitten hat, wird nur erklärlich durch ein Verlegen der liber-ralen Einpeitscher, denn ohne das wäre die Ueberrumpelung nie möglich gewesen. Der englische Parlamentarier Henry Norman hat vor kurzem im „Century Magazine“ allerlei Interessantes von den Obliegenheiten der Einpeitscher berichtet. Die zur Ab-stimmung nötigen Mitglieder der Regierungsmehrheit sind ver-schündigt, zu einer bestimmten Stunde im Parlament zu erscheinen, um die Opposition niederzujstimmen; beginnt aber die Abstimmung früher, dann droht der Regierung eine Niederlage. In solchen Augenblicken beginnt dann eine fieberhafte Tätigkeit, man steht in den Wandelgängen der Kammer die Einpeitscher einherlassen, zwis-schen dem Oberpeitscher und dem Minister gibt es heftige Unter-redungen, und schließlich wird dann irgendein Mitglied der Re-gierungspartei beauftragt, zu sprechen, bis genügend Mitglieder eingetroffen sind. Und während dieses Opferlamms sich nun er-hebt und zum lebhaften Mißbehagen der Opposition endlos zu reden beginnt, herrscht hinter den Kulissen fieberhafte Tätigkeit. Voten folgen in die Wohnungen künftiger Mitglieder, Automobile kaufen mit eiligen Aufforderungen vom Parlamentsgebäude fort, das Telefon rasselt, und bald beginnen von allen Seiten die alarmierten Scharen der Parteimitglieder herbeizueilen. Sind genügend Abgeordnete eingetroffen, dann wird dem Sprechenden Mitglieder ein Wink gegeben, und die Abstimmung beginnt. Vor-aussetzung bei alledem ist natürlich, daß der Einpeitscher und seine Gehilfen stets genau über die Anzahl der anwesenden Mitglieder der eigenen Partei und der Oppositionspartei orientiert sind. Dazu sind sie da, das ist ihr Amt, und damit es richtig erfüllt werden kann, haben die Parteien auch ein alterprobtes System eingeführt.

Das Haus besitzt zwar viele Ausgänge, aber ein ungeschriebenes Gesetz verpflichtet jedes Mitglied, das Parlamentsgebäude nur durch einen bestimmten Korridor zu verlassen. Dabei kommt er an den Glotüren des Zimmers vorbei, in dem die Einpeitscher ihr Haupt-quartier aufschlagen haben; zu beiden Seiten der Mastür sitzen stets zwei „Whips“ und bewachen die Tür, weshalb sie auch einfach die „Türhüter“ genannt werden. Ihr Amt ist es, keinem Mitgliede ihrer Partei das Verlassen des Parlaments zu erlauben, so lange dieser nicht mit einem Mitgliede der Opposition eine Verabredung getroffen hat, nach der beide bis zu einer gewissen Stunde keine Stimme abzugeben sich verpflichten. Diese Verabredung, diese „Pact“ werden notiert; es ist Ehrensache, das Abkommen einzu-halten, und es wird auch stets respektiert. Die „Whips“ haben durch diese Methode stets einen genauen Ueberblick über die Stärke der Majorität. Eine Ueberrumpelung der Regierungsmajorität ist nur möglich, wenn die Einpeitscher in der Ausübung ihres sehr aufreibenden Amtes erschaffen und sich vertrauensvoll dem Gefühl überlassen: es wird schon nichts passieren.

Der Odesaer Universitätsstandal. Wie aus Petersburg gemeldet wird, hat die russische Regierung beschlossen, eine eingehende Revision der Universität Odesa vornehmen zu lassen. Die Zustände an dieser

merkwürdigen Bildungsjätte waren nämlich mit der Zeit derartige geworden, daß selbst das Ministerium der Volksaufklärung sich jetzt zu einem Einmischen veranlaßt sieht. Man hatte in Odesa einen reaktionären Studentenklub der sogenannten „Ademisten“ gegründet, der die Gunst der Behörden in geradezu tollster Weise mißbrauchte. Besonders tat sich in dieser Hinsicht der Unversitätssekretär Geritsch hervor, der in Odesa den Mittelpunkt der reaktionären Ver-strebungen auf der Universität bildete. Ein früherer Beamter der Hochschule hat jetzt diesem Herrn die folgenden Anlagen öffentlich vorgehalten: 1. Daß Geritsch ihn und andere Unversitätsbeamte veranlaßt habe, alle Rechnungen für Amtsfahrten höher auszufüllen, als die wirklichen Ausgaben waren, wobei er die Wehrgelder in die Tasche steckte; 2. daß Geritsch durch seine Politzisten reiche Leute wegen der Teilnahme an Unruhen anlagten ließ; wurden sie dann aus der Universität ausgeschlossen, so sorgte Geritsch für ein ziemlich hohes Honorar dafür, daß sie wieder aufgenommen wurden; 3. daß Geritsch auf seinen und anderer Verwaltungsbeamten Namen Droh-briefe schreiben ließ, worauf er dann erklärte, die Schulpolizei müsse erweitert werden. Er vergrößerte so seine Einnahmen; 4. daß Geritsch die Verpflügung der Medatoure, die seine Tätigkeit enthielten, veranstaltete; 5. daß Studenten, die ihm nicht ihre Hoch-achtung bezeugten, als politisch unzuverlässig ausgeschlossen wurden; 6. daß Geritsch im Ademistenklub mit Studenten und Dirnen Orgien zu veranstalten pflegte. Geritsch hat auch der Krone ge-hörende Kohlen gestohlen. Geritsch war weiter der Organisator der Spionage unter den Studenten und Professoren; seine Kreaturen bedachte er mit Stipendien und Unterstügungen. Er verstand es, ein doppeltes Gehalt zu beziehen und sich recht oft Gratifikationen zu-kommen zu lassen. Es muß ferner hervorgehoben werden, daß gegenwärtig in der Odesaer Universität zwanzig Katheder leer stehen, daß infolge der unverantwortlichen Wirtschaft alle Klassen vollkommen erschöpft sind, daß die Institute keine Apparate und keine Lehrmittel besitzen, daß die Kliniken infolge des absoluten Geldmangels keine Kranken empfangen und die Studenten der Medizin daher keine Er-sahrungen mehr sammeln können, daß die Zahl der Studenten jähr-lich abnimmt, daß die offiziellen Berichte feststellen, die Universität liege vor dem Abgrunde, und daß endlich die Vorlesungen lediglich unter den „Areaturen“ Geritschs verteilt werden.

Theater.

Kammerspiele: „Maria Magdalene“. Bürgerliches Trauerspiel von Gebbel. Die Wähne hat ihre eigene besondere Persönlichkeit, mag bei der außerordentlichen Komplexität der im Wähneindruck zusammenwirkenden Faktoren, das Vermischen, die Gewebe dieser Persönlichkeit aufzuheben, auch auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen. Wer aus der Schule des neueren Natura-lismus kommend, an die bei aller Fülle psychologischer Quantierung doch so schlichte Ausdruckweise Ibsenscher und Hauptmannischer Familien-dramen gewöhnt, Debbels sieben Jahrzehnte altes bürger-liches Trauerspiel zur Hand nimmt, wird da in Sprache und Szenen-führung vieles (von der unvergleichlichen Charakteristik des Meißler Anton abgesehen), vielleicht das meiste als geschnäubt und un-natürlich empfinden. Die Redeweise der Personen scheint dem Leser überfrachtet mit Jutaten, in denen des Dichters Reflexion und Phantasie seinen Geschöpfen ins Wort fällt, sie Dinge sagen läßt, die zu der Enge des

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Wenn wir sehen, wie sich die Regierung in den Motiven zu dem Entwurf verhält, auseinanderzusetzen, daß schließlich doch das Privateigentum gegenüber dem öffentlichen Eigentum vorzuziehen sei, wie sie darlegt, daß es bei dem Schlussergebnis bei beiden Konstitutionen auf dasselbe hinauskommt, weil man auf der einen Seite das Privateigentum einschränkt und auf der anderen Seite wiederum das öffentliche Eigentum noch der privatrechtlichen Seite einschränken könne, so erkennt man schon daraus, daß wir es hier offenbar mit einem Gebiet zu tun haben, das sich in das Prokrustesbett unterer dem Privatrecht entnommenen rechtlichen Konstitutionen gar nicht einfügen läßt. Es handelt sich darum, der Eigentümer der Bedürfnisse in Bezug auf das Wasserrecht dadurch zu entsprechen, daß man ein Gemeineigentum schafft und auf diese Weise freie Hand behält, durch eine positive Regelung den einzelnen Bedürfnissen gerecht zu werden, ohne durch den Urbegriff des Privateigentums gebunden zu sein. Jede privatrechtliche Auffassung des Rechts am Wasserlauf muß zu bedenklichen Konsequenzen führen. Deshalb ist auch die Vorlage genötigt, dem Eigentümer am Wasserlauf bestimmte rechtliche Grenzen zu ziehen und den Gemeingebrauch für die Allgemeinheit vorzubehalten. Aber dieser Begriff „Gemeingebrauch“ ist nirgends klar und fest definiert. Schafft man aber den „Gemeingebrauch“ als Rechtsinstitution, so ist nicht einzusehen, warum man nicht auch die Institution des Gemeineigentums anwenden soll. Dieser Antrag, der nicht nur wie der fortgeschrittene das Gemeineigentum an den Wasserläufen erster Ordnung, sondern an allen fließenden Gewässern fordert, ist in der Kommission als in gewissem Sinne sozialistisch perhorresziert worden. Sein Wortlaut aber ist nicht etwa dem Programm der sozialdemokratischen Partei entnommen, sondern dem Württembergischen Gesetz. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dort und in Preußen und Elsaß-Lothringen ist der Gedanke des Gemeineigentums an den Wasserläufen im weitesten Sinne durchgeföhrt. Der Entwurf geht vom Gesichtspunkt des Privateigentums und von dem Gedanken aus, das Wasser nach Möglichkeit nutzbar zu machen, indem er sich allerdings bemüht, die Interessen der Allgemeinheit dabei in einem gewissen Umfange zu schützen. Statt dessen sollte er vom Begriff des Gemeineigentums ausgehen und danach das Recht an den Wasserläufen in einzelnen regeln. Dies Gesetz, das das Wasserrecht kodifiziert, sollte nicht über's Knie gebrochen werden. Wenn Sie auch unseren Antrag wie den der freisinnigen Vorbesitzlich ablehnen werden, so wollen wir damit doch den Gesichtspunkt, der uns leitet, von vornherein deutlich machen. Wir gehen bei unserer Kritik in einzelnen von dem Gedanken aus, daß das Gesetz einen dem Gemeinwohl durchaus nicht förderlichen Charakter besitzt. Wir bedauern schließlich auch, daß Sie uns von Ihrer Absicht, den Entwurf in der jetzt beschlossenen Weise geschäftlich zu behandeln, vorher nichts mitgeteilt haben, so daß wir vollkommen überumpelt worden sind. Ein solches Verfahren ist nicht zu billigen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

§ 7 wird hierauf unbedändert angenommen.
Beim § 9 kommt es zum Hammerpragm über einen konservativen Antrag, der mit 122 gegen 109 Stimmen der Rechte abgelehnt wird.
Nach § 20 ist es verboten Erde, Sand, Steine, Holz, Schlacken, feste und schmelzbare Stoffe sowie Aerieiden in einen Wasserlauf einzubringen. Ausnahmen kann die Wasserpolizeibehörde zulassen. Ferner kann nach dem Paragraphen die Entnahme von Pflanzen, Schlamm, Erde, Sand, Kies und Steinen aus einem Wasserlauf, wenn es das öffentliche Interesse erfordert, durch Anordnung der Wasserpolizeibehörde geregelt oder beschränkt werden.
Die Abgg. Vorchardt (Soz.) und Genossen beantragen hinzuzufügen:

Die Zulassung oder Anordnung ist jedoch ohne Einfluß auf die Haftung für den entstehenden Schaden.
Abg. Dr. Lippmann (Sp.): Der Abschnitt Benutzung der Wasserläufe ist einer der wichtigsten. Material ist allerdings an dem bisherigen Zustand nichts geändert, denn verboten war es auch bisher schon die Flüsse zu verunreinigen. Aber die Polizei, die jetzt immer erst abwartet, ob Schädigungen der Flüsse eintreten, wird jetzt dazu angehalten prophylaktisch zu wirken, indem die Anzeigepflicht denen auferlegt wird, die beabsichtigen, Abwässer in die Wasserläufe zu leiten. Die neue Bestimmung des Gesetzes wird aber solange unwirksam bleiben, als in den anderen Bundesstaaten, wo sich die Oberläufe preussischer Flüsse befinden, nicht ähnliche Bestimmungen bestehen. Es müßte daher ein Reichswassergesetz geschaffen werden. (Bravo! links.)

Abg. Winkler (L.) wendet sich gegen den von der Kommission neu eingeschlagenen § 24, wonach für den Schaden, der durch die unerlaubte Verunreinigung eines Wasserlaufs entsteht, der Unternehmer der Anlage haftet, von der die Verunreinigung herrührt. In dem dankenswerten Vortrage, der die Verunreinigung zuhalten, ist die Kommission hier doch über die im Interesse der Industrie gebotenen Grenzen hinausgegangen.
Ein Regierungskommissar aus dem Handelsministerium hält die Bedenken des Vortraged nicht für berechtigt.
Abg. Färbringer (natl.) glaubt doch, daß die Kommission mit ihren Vorschlägen im § 24 zu weit gegangen ist. Reichrecht müsse vor Landesrecht gehen.
Ein Vertreter des Justizministeriums betont, daß die Regelung des Wasserrechts ausdrücklich dem Landesrecht vorbehalten sei.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):
Die Debatte beweist, wie notwendig die reichsrechtliche Regelung der ganzen Materie wäre. Die Zustände, die sich in Bezug auf die Verunreinigung der Flüsse herausgebildet haben, spotten jeder Beschreibung. Ich verweise nur auf die Schädigungen des bergischen Landes durch die Verunreinigung der Wupper. Es gilt ja für die Wupper das charakteristische Wort, daß wenn ein Nationalliberaler hineinsteige, er als schwarzer Jentzmann wieder herauskomme. (Heiterkeit.) Die Großindustriellen haben sich aber im Interesse ihres Profits seit Jahrzehnten um die öffentlichen Interessen nicht gekümmert. Es liegt hier eine unauflösbare Schuld der herrschenden Klassen vor. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In England ist man so weit, daß man die Abwässer direkt durch Kanäle in das Meer leitet. Die Rücksichtslosigkeit, mit der man bei uns in der Ableitung von Abwässern in die Flüsse vorgeht, ist geradezu erschauend. Wären die Behörden auf dem Posten gewesen, so hätte es zu diesen Mißständen gar nicht kommen können. Aber die Regierung ist nicht eingegriffen, sie hat ihre Schuldigkeit gegenüber den herrschenden Klassen nicht getan. Ein Teil der Mißstände stammt allerdings auch von kommunalen Anlagen. Eine derartige Verschmutzung der Flüsse, wie in einzelnen deutschen Gegenden habe ich selbst in Amerika, wo unter der gheillosen Herrschaft des Privatkapitals manche Flüsse fast ganz abgeleitet worden sind, nicht gefunden. — Ausnahmen von den Bestimmungen des § 20 sollten eigentlich überhaupt nicht gewährt werden. Wir haben es nicht nötig, irgend eine Verschmutzung der Wasserläufe als unabänderlich hinzunehmen, müssen vielmehr fordern, daß von Inkrafttreten dieses Gesetzes an die Flüsse reingehalten werden. Die Bestimmung, daß es für die Einleitung bestimmter Arten oder Mengen von Flüssigkeiten keiner Anzeige bedarf, wenn sie „gemeinlich“ sind, ist viel zu lauschartig. Diese Bestimmungen beantragen ich zu streichen.
Es sollten alle Verunreinigungen verboten werden, die dem Gemeinwohl schädlich sind. Die Umkehrung der Beweislast im § 24 ist durchaus erstreblich. Die Klagen des Abg. Winkler sind sehr charakteristisch. Er läßt Sturm gegen eine Bestimmung, die auch nur geringe soziale Verpflichtungen den Unternehmern auferlegen will. Man müßte bei diesem Schadenerlay mindestens so weit gehen, wie man beim Reichsstaatspflichtgesetz gegangen ist und wie das auch die Kommission in ihrer ersten Lesung beschlossen hat. Nach der jetzigen Fassung des § 24 wird es den Unternehmern sehr leicht sein, den Beweis der erforderlichen Sorgfalt dadurch zu erbringen, daß sie die Verantwortung auf irgend welche An- gestellte abgeben. Dadurch, daß die Regierung die Beschlüsse der Kommission erster Lesung für unannehmbar erklärt hat,

trägt sie die Verantwortung gegenüber dem Lande, daß die frühere bessere Fassung hat fallen gelassen werden müssen. Allerdings ist es der Kommission infolge der Energie, mit welcher die Vertreter der Großindustrie dort deren Interessen vertreten haben wohl nicht besonders schwer geworden, diesem Veto der Regierung gegenüber unzufallen. Wenn Vertreter der Industrie gesagt haben, sie müßten, wenn solche Bestimmungen im Gesetz blieben, gegen das ganze Gesetz stimmen, (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) so ist das kennzeichnend dafür, in welcher ungeheuren Nähe sich der rücksichtslose Egoismus unserer Industrie und Bergwerksunternehmer den öffentlichen Interessen gegenüber geltend macht. Der Hauptwiderstand gegen den § 24 geht von denen aus, die privatkapitalistische Interessen zum Schaden des Gemeinwohls verfolgen. Hoffentlich gelingt es noch, Verbesserungen im Sinne der Kommissionsbeschlüsse erster Lesung durchzubringen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Malsbahn (L.): Daß die Sozialdemokraten die reichsrechtliche Regelung der Materie lieber sehen würden, verstehe ich; sie hoffen dann einen größeren Einfluß auf die Gestaltung des Gesetzes zu erhalten. Im übrigen bestreite ich, daß irgendwelche großkapitalistische Interessen in der Kommission zur Geltung gekommen sind, man hat sich vielmehr lediglich von der Rücksicht auf öffentliche Interessen leiten lassen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Der Antrag Vorchardt ist überflüssig. Was er will, ist ohnehin durch das Gesetz festgelegt. — Im Gegenwärtigen zu den Ausführungen des Abg. Winkler ist die große Mehrheit meiner Freunde für den § 24.

Abg. Frhr. v. Gnapstein (Z.): Ich habe selten eine so einseitige Rede im Interesse der Industrie gehört wie die des Abg. Winkler. Wenn man auch noch die Umkehrung der Beweislast aus dem § 24 beseitigen will, bleibt gar nichts übrig. Wir könnten dem Gesetz nicht zustimmen, wenn § 24 noch irgendwie eingeschränkt wird.

Abg. Lippmann (Sp.): Die Rollen sind hier eigentümlich vertauscht: Herr Winkler tritt für die Industrie ein und Herr Liebknecht verlangt ein Ausnahmerecht gegen die Privatkapitalisten. Dazu haben wir uns in der Kommission nicht verstehen wollen. Liebknecht ist in der Kommission nicht ein einziger Industrieller gewesen. (Lachen des Abg. Liebknecht.) Ich bin nicht blind, aber ich bin auch nicht so phantastisch wie Sie.
Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird ein Schlusstrat angenommen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Ich bedauere, daß mir durch den Schlusstrat das Wort zur Erwiderung auf einige sachliche Angriffe abgeschnitten worden ist. Auf die vollkommen unmotivierten persönlichen Angriffe des Abg. Lippmann einzugehen, beabsichtigte ich nicht.

Der Antrag Vorchardt zu § 20 wird abgelehnt. Die §§ 20—24 werden unbedändert angenommen.

Zum § 25, der die natürlichen Wasserläufe zum Gemeingebrauch freigibt (zum Baden, Waschen, Eislaufen usw.) beantragen die Abgg. Vorchardt (Soz.) und Genossen hinzuzufügen:

Zum Gemeingebrauch gehören auch solche Einwirkungen der Gewässer auf Luft und sonstige klimatische Verhältnisse, deren Erhaltung im Interesse des öffentlichen Wohls liegt.

Abg. Schmiedding (Z.) befürwortet einen Antrag, im Interesse des Rudersports die Wasserläufe auch zum Rahnfahren freizugeben.

Abg. v. Kries (L.): Die Zulassung des Rahnfahrens überhaupt kann zu Belästigungen des Eigentümers führen. Wir beantragen aber das Rahnfahren insoweit zu gestatten, als es bisher gemeinlich war. — Der Antrag Vorchardt scheint mir, soweit ich seinen Sinn ohne, nicht durchführbar.

Abg. Meyer-Diepholz (natl.) spricht für den Antrag Schmiedding.
Abg. Lippmann (Sp.): Der Gemeingebrauch ist das Wenige, was vom Gemeineigentum übrig geblieben ist. Wir treten daher dafür ein, diesen Gemeingebrauch möglichst auszuweiten. Deshalb stimmen wir für die Freilassung des Rahnfahrens. Wenn Mißstände beim Rahnfahren vorkommen, kann es ohnehin verboten werden. — Den Antrag Vorchardt verwerfe ich dank meiner lieblichen Auffassung dahin, daß, soweit das Wasser zur Schönheit, Annehmlichkeit oder Gesundheit der Gegend beiträgt und unentbehrlich ist, ein Recht sämtlicher Anwohner der Gegend darauf besteht, daß die Wasserverhältnisse nicht so geändert werden dürfen, daß die Gesundheit und Schönheit der Gegend gefährdet wird. Das ist aber unüberführbar, wenn man nicht sagen will, daß an Wasserläufen in schönen Gegenden überhaupt nichts geändert werden darf.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):
Der Begriff des Gemeingebrauchs ist sehr schwer zu fassen. Uns kommt es darauf an, den Gemeingebrauch aus einem tatsächlichen Zustand zu einem wirklichen Recht zu machen, während er bisher lediglich dem behördlichen Wohlwollen in die Hände gegeben ist. Wir haben, um eine solche Regelung herbeizuführen, einige Anträge zu späteren Paragraphen gestellt. Dem Antrag, das Vorkommen in diesen Paragraphen aufzunehmen, stimmen wir zu, wir hatten selbst die Absicht, einen solchen Antrag zu stellen. Die konservative Einschränkung lehnen wir ab. — Nun komme ich zu der Spinn (Heiterkeit), zu unserem Antrag, den Herr Lippmann so wohlwollend ausgelegt hat. Er hat damit zugleich sein christliches Gemüt bewiesen, indem er nicht Böses mit Bösem vergolten hat. (Heiterkeit.) Seine Auslegung traf unglücklich zu. Es war auch uns vollkommen klar, daß es unangenehm schwer ist, das auszudrücken, was wir treffen wollten. Wo aber ein wirkliches Bedürfnis zu einer gesetzlichen Regelung vorhanden ist, muß sich auch eine Fassung finden lassen. Und dieses Bedürfnis liegt gegenüber der Verpestung der Luft durch die Flüßläufe, wie ich sie aus meiner Erfahrung im bergischen Land kennen gelernt habe, allerdings sehr dringend vor. Vielleicht läßt sich durch eine geringfügige Aenderung unseres Antrages eine Form finden, in diesem Bedürfnis zu genügen.
Abg. Frhr. v. Gnapstein (Z.) betont, daß er dem Antrag Schmiedding nur zustimmen könne, wenn der Wasserpolizei das Recht bewahrt bleibe, den Gemeingebrauch zu beschränken.
Nach einer weiteren kurzen Bemerkung des Abg. Liebknecht schließt die Debatte.

Abg. Schmiedding ändert seinen Antrag im Sinne des Antrages v. Kries ab.

In dieser Fassung wird der Antrag in Bezug auf das Rahnfahren angenommen. Der Antrag Vorchardt wird abgelehnt. § 30 bestimmt, daß für den Schaden, der durch das Baden, Waschen usw. von Schiffen und Flößen entsteht, der Schiffseigner oder Eigentümer des Flößes verantwortlich ist.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):
Ich will nur dem Bedenken Ausdruck geben, daß man hier den Schiffseigner oder Flößer unbedingt verantwortlich machen will, auch wenn ihn gar kein Verschulden trifft, während doch dies Verschulden im § 24, wo es sich um Großindustrielle usw. handelt, zugrunde gelegt wurde. Beweisen Sie bei dieser Gelegenheit einmal Ihre immer betonte Schiffer- und Mittelstandsfreundlichkeit. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)
§ 30 wird angenommen.
Die Weiterberatung wird auf Donnerstag 10 Uhr vertagt.
Schluß 6 1/2 Uhr.

Die Teuerung.

Interpellation gegen die Fleischnot.
Im sächsischen Landtag ist außer der sozialdemokratischen auch eine freisinnige Interpellation über die Fleischteuerung eingegangen. Sie enthält fast dieselben Forderungen wie die sozialdemokratische.

Weitere Verteuerung der Lebensmittel.
Nun scheinen auch die Herren Vätermeister ihre Zeit für gekommen zu erachten, um eine kleine Schröpfung der Konsumenten vorzunehmen. Die Innungsmeister des Kreises Colmar

Mappolsweiler im Elsaß fahien am 26. Oktober den Beschluß, vom 1. November ab den Preis des 5-Pfund-Laibes um 4 Pf. zu erhöhen. Ein Vätermeister ließ nun in den Tageszeitungen Anzeigen erscheinen, daß er trotz des teuren Mehles, aber angesichts der teuren Zeiten aus „sozialem Mitleid“ (?) nicht aufschlage. Aber seine Kollegen liehen nicht mit sich spahen. Sofort erging seitens der Innung an sämtliche Mitglieder folgendes Zirkular:

„Väterinnung im Kreise Colmar und Mappolsweiler.
Gehreter Herr Kollege! Wie Sie aus der heutigen Nummer des „Elsaßer Courier“ ersehen haben werden, ersehen in derselben eine Annonce des Vätermeisters . . . in welcher derselbe der Bevölkerung mitteilt, daß er trotz des Mehlaufschlages sämtliche Brotsorten zum früheren niederen Preis weiterverkauft. Wir bitten Sie in Ihrem eigenen Interesse dringend, dieser Annonce halber nicht anständig zu werden, sondern die eingekaufte Brotpreise ruhig weiter einzubalten. Zu Ihrer Bezahlung teilen wir Ihnen mit, daß wir gegen . . . bereits die nötigen Schritte unternommen haben.
Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.“

Die Strafe, die die Herren Vätermeister ihrem renitenten Kollegen zugedacht haben, ist nicht ausgeblieben. Sie zieht zwar nach Terrorisimus in höchster Potenz, aber da er von den Herren Unternehmern ausgeübt wird, ist es eben kein Terror, sondern Notwehr. Wie wir nämlich erfahren haben, hat tatsächlich das Syndikat der Müller und Mehlhändler schon den Beschluß gefaßt, über den betreffenden Vätermeister den Boykott zu verhängen. Außer dem Vätermeister verkauft nur die Konsumgenossenschaft die Brotwaren zum alten niederen Preis.

Die Fleischermeister gegen billiges Fleisch!

In Eberswalde setzte sich der Magistrat mit den Fleischermeistern in Verbindung, um die Beschaffung billigen Fleisches in die Wege zu leiten. Ueber das Resultat der Verhandlungen berichtet ein der Stadtverordnetenversammlung vorgelegtes Protokoll. Danach erklärte der Fleischermeister Jahre, Stadtverordneter erster Klasse, auf Befragen: „Er sei von der Fleischerinnung beauftragt, zu erklären, die Innung werde keinerlei Schritte unternehmen, um billiges Fleisch zu beschaffen und daß sie eventuell dahingehende Anfragen des Magistrats unbeantwortet lassen werde.“ Wie der Vertreter des Magistrats, Stadtrat Ulrich, dazu ausführte, hat Fleischermeister Jahre noch erklärt, daß sich die Fleischermeister von ganz Deutschland in dieser Haltung einig seien. Um so umsichtiger und energischer werden die Städte die dauernde Fleischversorgung in die Wege leiten müssen.

Schweizerischer Sozialdemokratischer Parteitag.

Neuenburg, 10. November.
Vierte Sitzung.

Die Verhandlungen werden eröffnet mit der Berichterstattung der Genossin Walter über die Arbeiten der Kommission betr. die Vereinheitlichung der Resolutionen zur Frauenfrage.

Die recht lang gehaltene Resolution konstatiert einleitend die von der jeweiligen Produktionsform bedingte Stellung der Frau in der Gesellschaft und die Wirkungen des Kapitalismus auf die Familie. Die Mitarbeit der Frau im ganzen Wirtschaftsgebiete erheischt deren Gleichberechtigung mit dem Manne, die aber keine bürgerliche, sondern nur die sozialdemokratische Partei vertritt, welche auch für die wirtschaftliche und soziale Befreiung des arbeitenden Volkes und somit für die Aufhebung jeder Klassenherrschaft kämpft. Sodann wird der grundsätzliche Unterschied der bürgerlichen Frauenbewegung von dieser Befreiung gezeit und festgestellt, daß ihr Endzweck die Aufrechterhaltung des bestehenden Wirtschaftssystems ist. Ein zeitweises Zusammenwirken mit jener zur Erreichung des Frauenstimmrechts wird als zulässig, die Zugehörigkeit zu einer bürgerlichen Frauenorganisation als unzulässig erklärt. Mit allen Kräften soll für die Stärkung der sozialdemokratischen Frauenbewegung gewirkt werden. Ebenso soll die Partei in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart von 1907 bei jeder Gelegenheit für die Einführung des Frauenstimmrechts wirken. Das Frauenstimmrecht wird als eine Forderung der Gerechtigkeit, darüber hinaus als ein wichtiges Mittel des Klassenkampfes bezeichnet und schließlich erklärt, daß erst mit dem Eintritt der Proletarin in die vollen Bürgerrechte der Klassenkampf eine solche Bedeutung gewinnt, die ihm zum Siege verhilft über die bestehende kapitalistische Klassenherrschaft.

Die Resolution fand nun ohne weitere Debatte einstimmige Annahme.
Nun wird die Debatte über den Generalfreist

wieder aufgenommen. Der erste Redner ist Schilling-Neuchâtel, der u. a. auch die Frage erörtert, wie sich die in der Schweiz lebenden ausländischen Wehrpflichtigen, insbesondere die verheirateten, beim Ausbruch eines Krieges, zu dem sie einberufen werden, verhalten sollen. Daneben betont er die Schwierigkeiten des Generalfreist.

Graber-Chaug-de-Ronds erörtert die Kriegsgelüste der Großhaften bzw. der herrschenden Klassen zur Befriedigung ihres Landhanges, wobei sie zugleich in einem Kriege die Sozialdemokratie schwächen möchten. Wir in der Republik können leichter als die Arbeiter in monarchischen Staaten in den Generalfreist einreten, der die beste Form des Protestes gegen den Krieg ist.

Greulich rät von jeder Beschlußfassung ab und zeigt sodann die Stellung der Schweiz zu kriegerischen Verwicklungen, wobei es sich für sie nur darum handeln kann, ihre Neutralität aufrechtzuerhalten. Der Generalfreist könnte für uns in der Schweiz dadurch überflüssig werden, daß das gesamte schweizerische Wirtschaftsleben durch die Einberufung der vielen Tausende ausländischer Arbeiter in der Schweiz in ihre Heimat vollständig gestört und viele arbeitslos werden würden.

Platten betont die Schwierigkeiten des Generalfreist gegenüber einem Kriege. Gegenüber Greulich lehnt er die feste Betonung des Patriotismus ab, da in der schweizerischen Demokratie die Arbeitererschaft genau so ausgebildet wird, wie in den monarchischen Ländern.

Sigg-Jürich führt aus, daß in einem Kriege zwischen zweien unserer Nachbarländer wir an die Grenze marschieren müßten, um den Krieg von unserem Lande fernzubehalten und unsere demokratischen Rechte zu sichern. Wir erwarten vom deutschen und österreichischen Proletariat entscheidende Stellungnahme gegen Krieg in dem Sinne: Bis hierher und nicht weiter. Das Schweizervolk hat schon einmal, Ende des 18. Jahrhunderts, sich geweigert, dem Rufe der Herrschenden zum Krieg Folge zu leisten und vielmehr die eindringenden Franzosen als Befreier begrüßt. Der Fall kann sich wiederholen und darum dürfen wir uns nicht festlegen. Würden die Schweizer in anderen Ländern aufgehen, so würden sie im Lande der Eroberer das ferment bilden zur Demokratisierung desselben. Er beantragt schließlich eine kurze Resolution, die erklärt, daß das schweizerische Proletariat seine Pflichten der Internationalen gegenüber erfüllen werde.

Graber polemisiert gegen Greulich, indem er feststellt, daß die deutsche Sozialdemokratie immer erklärt hat, mit allen Mitteln gegen den Krieg zu wirken, aber allerdings und begriffslosweise sie nicht näher nannte, was wir in der Schweiz tun können. Wir sind erst Arbeiter und in zweiter Linie erst Patrioten. Unsere Neutralität ist unser schönes Gemälde, das man sich gelegentlich ansehen mag, das aber auf einmal von den herrschenden Klassen als wertlos bezeichnet werde, wenn es sich für sie um Militärfragen

handelt. Unter keinen Umständen dürfen wir das Spiel der Großen mitmachen.

Kaine wendet sich gegen Leute in unseren Reihen, die die nationalen über die Arbeiterinteressen stellen. Wenn man der Arbeiterkraft die Waffen in die Hand gibt, dann sollen sie dieselben gegen ihre Feinde und nicht gegen ihre Arbeitsbrüder gebrauchen. Die Injurierung würde er dem Generalstreik vorziehen.

Müller-Bern weist darauf hin, daß die Vertreter der ausländischen Arbeiterparteien immer ihre Vorbehalte machen, z. B. mit einem Angriffskrieg seitens einer anderen Macht, wogegen sie das eigene Land mitverteidigen würden. Er beruft sich für die Verteidigung der Schweiz durch die Arbeiterkraft auch auf eine Ausrufung des Weibels, nach der er die militärische Verteidigung der schweizerischen Neutralität als selbstverständlich erachtet.

Nationalrat Graber wendet sich gegen den Gedanken der Injurierung und empfiehlt den Generalstreik als Mittel zur Verhinderung von Kriegen.

Grimm zeigt in kräftigen Zügen die Wandlung in den Anschauungen der Massen in den letzten Jahren im Sinne des Antimilitarismus, und zwar gegen die Stellung der Führer. Für die Erhaltung der Demokratie treten wir ein, gewiß. Aber sie erscheint den Arbeitern in anderem Licht als manchem Genossen in gebodener Stellung. Unsere nationale Selbständigkeit werden wir am besten durch die internationale Aktion wahren können. Wenn man auf dem Standpunkte des Militarismus steht, muß man logischerweise auch alle Konsequenzen tragen und alle militärischen Forderungen bewilligen. Weil er das nicht will, lehnt er auch jenen Standpunkt ab. Ebenso lehnt er die Festlegung des Generalstreiks wie des Reichstags an die Grenze ab bei kriegerischen Verwicklungen. Heutzutage braucht das Ausland gar nicht mit den Waffen gegen die Schweiz aufzumarschieren, es braucht nur die Grenze abzurufen. Auch sind wir der Bourgeoisie keine Nechenschaft darüber schuldig, was wir in einem Kriegsfall tun würden, sondern nur der Arbeiterkraft, deren fortschreitende organisatorische Erfahrung und Ausdauer sie befähigt, selbst zu entscheiden, wie sie sich verhalten soll. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Seidel empfiehlt ebenfalls Organisation und Aufführung der Arbeiterkraft als beste Mittel für die Vorbereitung zu Aktionen.

Brandler-Zürich führt aus, daß vom Patriotismus mehr als genug die Bourgeoisie der Arbeiterkraft predigt, so daß nicht auch noch wir es tun müssen. Er sucht dann aus den wirtschaftlichen Veränderungen den Gegenstand der alten Parteiführer zu den jüngeren und der Arbeitermasse zu erklären, das Vergehen des Kleinbürgers und Kleinbäuerntums, die fortschreitende Klassenfremdung und die Verschärfung des Klassenkampfes. Kritisch untersucht er den Wert der freihändlerischen Einrichtungen der Schweiz für die Arbeiterkraft, die nicht ausreichen für die Verwirklichung der sozialdemokratischen Forderungen und ein Vorkriegsleben nur der ferneren Aufrechterhaltung dienen würde. Er erinnert an die Worte Brantings auf dem Stuttgarter internationalen Sozialistenkongress, daß die Militärausgaben Schwedens, Dänemarks und der Schweiz rein hinausgeworfen sind.

Inzwischenhinein werden die Thesen Greulichs zur Bildungsfrage ohne Diskussion einstimmig angenommen, die planmäßige und energische Förderung des Bildungswesens für das ganze Land durch Bildungstaxe, Vorträge, Verbreitung belehrender Literatur, Förderung zweckmäßiger Bibliothekwesens und Vermittlung künstlerischer Darbietungen verlangen. Alle Parteigenossen werden verpflichtet, diese Bestrebungen moralisch und materiell zu unterstützen.

Trösch-Bern hält es für selbstverständlich, daß auch wir an die Grenze marschieren würden, wenn z. B. Italien die Schweiz in gleicher Weise überfallen würde, wie es das mit Tripolis getan hat.

Präsident Dr. Studer teilt hier mit, daß nach einem soeben eingetroffenen Telegramm der internationale sozialistische Kongress in Basel auf den 24. November einberufen ist.

Greulich verteidigt sich gegen die von verschiedenen Rednern an ihm geübte Kritik und weist die Vorwürfe zurück, dabei feststellend, daß die schweizerische Sozialdemokratie sehr wohl den Vergleich mit den Arbeiterparteien anderer Länder aushalten kann. Er beantragt schließlich Überlegung zur Tagesordnung.

Flügel-Zürich würde sich sofort für den Generalstreik erklären, wenn dadurch ein blutiger Krieg zu verhindern wäre. Das hält er aber nicht für möglich, wenigstens nicht für die Schweiz. Etwas anderes wäre es mit einem Generalstreik in den großen Staaten. Ein schweizerischer Generalstreik würde in einem Kriege von Nachbarn diesen sehr willkommen sein, denn sie können dann ohne Hindernis die Schweizergrenze überschreiten und die schweizerische Neutralität aus der Welt schaffen. Sodann wendet er sich gegen die im Laufe der Diskussion beiläufig gestreifte Diktatur des Proletariats.

Duggan-Bern wendet sich gegen die einseitige Behandlung der Frage von der einen wie der anderen Richtung, wobei er namentlich die Argumentation mit Patriotismus und Demokratie zurückweist, die für das Proletariat in der Luft steht. Es würde sich daher begeben, wenn die Arbeiter die Waffen gegen ihre kapitalistischen Feinde und nicht gegen ihre proletarischen Arbeitsbrüder wenden würden.

Sigg-Zürich als letzter Redner lehnt die Anwendung von Schablonen in der schweizerischen Arbeiterbewegung ab. Würde in Deutschland die Demokratie mit Initiative und Referendum eingeführt werden, so würde die deutsche Sozialdemokratie sich auch mit der Taktik beschäftigen müssen, die die schweizerische Sozialdemokratie befolgt und die so oft angegriffen wird. Die Veranschaulichung der schweizerischen Demokratie rührt wohl von der Rechtlosigkeit der Ausländer in der Schweiz her, die wir ja beseitigen wollen.

Es wird nun beschlossen, die Generalstreikfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen, so daß die heutigen mehrstündigen Auseinandersetzungen nur ein Vorgespräch waren.

Zum außerordentlichen Kongress in Basel wird die Schweiz 80 Delegierte entsenden, je 30 die Partei und die Gewerkschaften.

Die Sitzung wird mit einem begeisterten dreifachen Hoch auf die schweizerische und internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Preuße? Däne? oder Weltfremder?

Wie unsicher die Frage der Staatszugehörigkeit von Schleswig-Holsteinern ist, zeigt wieder ein am Dienstag vor dem Oberverwaltungsgericht verhandelter Streitfall.

Nach den Vorschriften des Wiener Friedensvertrages konnten die durch die Einverleibung dänischer Landesteile in Preußen (1864) in Rilleidenschaft gezogenen bisherigen Dänen dadurch, daß sie sich bis zu einem gewissen Zeitpunkt für Dänemark erklärten und sich dann nach Dänemark „zurückzogen“ (Option), Dänen bleiben. In anderen Fällen wurden sie Preußen, beziehungsweise blieben Preußen, was sie durch die Einverleibung ihres Heimatgebietes in das Königreich Preußen geworden waren.

In einem Falle Jörgen Koller (Scherebeck) hat nun lechzig das Oberverwaltungsgericht Kiel ein Urteil des Landgerichts endgültig gebilligt, wodurch J. Koller freigesprochen worden war von der Anklage, trotz Ausweisung aus Preußen (als „lästiger Ausländer“) nach Preußen zurückkehren zu sein. Die Strafgerichte gingen davon aus, daß J. Koller durch Abstammung Preuße sei. Entscheidend war dabei, daß angenommen wurde, daß der Vater Philipp Hansen Koller 1870 zwar eine Optionserklärung für Dänemark abgegeben habe, daß die Option aber nicht rechtswirksam sei, weil der Vater in Dänemark, wo er sich vorübergehend aufhielt, seinen Wohnsitz begründet habe und auch nicht habe begründen wollen. Das Oberlandesgericht in Kiel hielt den bloßen vorübergehenden Aufenthalt in Dänemark nicht für ausreichend,

um die Option rechtswirksam werden zu lassen, und nahm an, daß der Vater somit Preuße sei, so daß auch der Sohn anzuziehen sei als Preuße durch Abstammung. Das Oberlandesgericht sprach aus: „Nach dem Wiener Friedensvertrag soll der Optant sich „zurückziehen“ nach Dänemark. Das bedeutet, daß er seinen bisherigen Wohnsitz aufgeben und mit seiner Habe und seiner Familie nach Dänemark gehen müsse, um sich dort niederzulassen und einen neuen Wohnsitz zu begründen.“ Diese Voraussetzung war nach den strafrechtlichen Feststellungen nicht erfüllt.

Dagegen hat das preussische Oberverwaltungsgericht im Jahre 1909 die von J. Koller gegen seine bereits erwähnte Ausweisung gerichtete Klage abgewiesen, weil er Ausländer sei. Es nahm eine rechtswirksame Option des Vaters Philipp Hansen Koller für Dänemark an. Es nahm an, daß nur notwendig sei, daß die Lebenswanderung des Optanten nach Dänemark in der Absicht erfolge, die Option rechtswirksam zu machen. Eine solche Lebenswanderung, wenn sie auch nur vorübergehend gewesen sei, wäre erfolgt. Die Begründung eines Wohnsitzes oder die Absicht, einen solchen zu begründen, wären nicht erforderlich.

Demnach war nach der Entscheidung des preussischen Oberverwaltungsgerichts Jörgen Koller kein Preuße, nach der des Oberlandesgerichts Kiel aber nicht bestraft werden konnte, weil er Preuße sei und der Ausweisung nicht zu folgen brauche.

Vor das Oberverwaltungsgericht kam die Frage jetzt wieder dadurch, daß J. Koller auf Ansetzung eines Dritten durch Urteil des Kreisaußenrichters aus der Gemeindegüterliste für Scherebeck gestrichen ist, ebenso sein Bruder Niels, weil sie keine Preußen seien. Der Bezirksausschuß erkannte ebenso, wogegen die Brüder Revision beim Oberverwaltungsgericht einlegten. Ueber diese hatte am 12. November das Oberverwaltungsgericht zu befinden.

Rechtsanwalt Wolfgang Heine vertrat die Revision. Er verwies auf den Gegensatz zwischen dem Standpunkt des Oberverwaltungsgerichts und dem des Oberlandesgerichts Kiel. In eingehenden staatsrechtlichen Ausführungen legte er insbesondere dar, daß angenommen werden müsse, eine Option werde erst rechtswirksam, wenn der Optant dauernd nach dem Auslande auswandere und dort ein Domizil (Wohnsitz) begründe. Auf diesem Standpunkt habe auch 1866 die preussische Regierung in Schleswig gestanden und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ habe die preussische Regierung diesen Standpunkt im Jahre 1888 noch wiederholt.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte jedoch das Urteil des Bezirksausschusses mit folgender Begründung: Im vorigen Jahrhundert sei man dazu übergegangen, in Kriegs- (Friedens-) Verträgen die sogenannte Optantenklausel aufzunehmen, kraft deren den Untertanen des unterliegenden Staates, die von Gebietsabtretungen berührt werden, die Möglichkeit gegeben wurde, die frühere Staatszugehörigkeit zu behalten durch eine Erklärung. Dagegen wurde in den Verträgen, daß ein tatsächlicher Akt folgen müsse. Der Ausdruck dafür sei in verschiedenen Verträgen ein verschiedener. Im Züricher Frieden heiße es Niederlassung, im Frankfurter Frieden „Wohnungnahme“ und im hier in Betracht kommenden Wiener Frieden heiße das Wort „sich zurückziehen“ in das dänische Königreich. Das „sich zurückziehen“ bedeute nun nach Auffassung des Oberverwaltungsgerichts weiter nichts, als daß der Optant eine tatsächliche Folge gegeben werden müsse in dem Sinne, dieselbe in Vollzug zu setzen, nämlich in das andere Land zu gehen. Wie lange der Aufenthalt dort dauere und wie sich alles gestalte, darauf komme es nicht an. Entscheidend sei nur die Tatsache, daß der Aufenthalt genommen werde in der Absicht, die Option zu vollziehen. Hier sei die Sache die gewesen: Der Vater habe 1870 nicht unter den preussischen Fahnen dienen wollen, und so habe er im letzten Moment von seinem Optionsrecht Gebrauch gemacht und sich nach Dänemark begeben, also die Option vollzogen. Der beste Beweis, daß der Uebertritt in der Absicht gemacht war, die Option zu vollziehen, finde sich darin, daß er sich drüben zur dänischen Stammrolle anmeldete, um seine Pflicht wirklich zu erfüllen, die aus dem wiedergewonnenen Vaterland erwuchs. Damit lasse sich auch vereinigen die Absicht, später den väterlichen Hof zu übernehmen. Denn der Artikel 19 des Wiener Friedens garantierte, daß das Grundeigentum den Optanten erhalten bleiben sollte. Darum sei das Oberverwaltungsgericht nicht in der Lage, seinen Standpunkt zu ändern. Es bleibe dabei: Es sei nicht notwendig, daß ein Wohnsitz in Dänemark begründet werde; es sei auch nicht notwendig die Absicht, einen Wohnsitz dort zu begründen. Es sei nur notwendig, daß die Lebenswanderung in der Absicht erfolge, der Optionserklärung Wirksamkeit zu verleihen.

Entscheiden nun die dänischen Behörden, der Standpunkt des Oberlandesgerichts und nicht der des Oberverwaltungsgerichts sei der zutreffende, so ist Jörgen Koller weder Preuße, noch Däne, sondern sogenannter Weltfremder. Es ist höchste Zeit, daß in einem Gesetzentwurf über die Staatszugehörigkeit dem himmelstreichenden Unrecht, das mit der Anwendung der ungeheuerlichen Ausweisungspraxis verbunden ist, ein Ende gemacht wird.

Gerichts-Zeitung.

Die die Polizei einen Einbrecher wiederholt laufen ließ.

Weil über die lächerliche Operettenphantasie von einer Untätigkeit der Polizei auf sicherheitspolizeilichem Gebiete hinaus geht das Stück polizeiliches „Sicherheitsdienste“, das gestern vor der 1. Strafkammer des Landgerichts III entrollt wurde.

Wegen wiederholter schwerer Einbrüche in Charlottenburg angeklagt war der mit 1½ Jahren Gefängnis vorbestrafte Techniker Bruno Raabe.

In der Nacht vom 21. zum 22. August hatte die in der Gerwinstraße 10 in Charlottenburg im Gartenhause wohnende Schauspielerin Frau Simon ein aufregendes Abenteuer. Sie erwachte gegen 3¼ Uhr aus dem Schlafe und sah zu ihrem Schreck einen baumlangen, feingekleideten Mann vor sich stehen, der eine Blendlaterne auf sie richtete. Auf ihre laute Frage: „Wer ist denn da?“ erklärte der Fremde nur: „Hi! Ich bin es!“ Darauf griff er in die Taschen der Zeugin, die auf dem Stuhle vor dem Bett lagen, ergriff die dort liegende Handtasche und verschwand eilig durch die Wohnungstür. In der Tasche befand sich außer Heinem Geld ein Hundertmarkschein.

Ein ähnliches Abenteuer hatte in der Nacht zum 8. September ein in dem Hause Wilmsdorfer Straße, Ecke der Giesebrechtstraße bei dem Jahrgang Dr. Blum wohnendes Fräulein Kuppin. Sie erwachte in der Nacht durch ein schmerzhaftes Gefühl am Halse und sah einen sehr langen Menschen vor sich stehen, der einen grauen Mitter und an den Füßen Lackstiefel trug, den Hut tief in das Gesicht gedrückt hatte und mit einer Taschenlampe operierte. Der Eindringling erklärte der völlig Sprachlosen: „Schreien Sie nicht, sonst passiert etwas; wenn Sie nicht schreien, geschieht Ihnen nichts!“ Dabei eignete er sich die auf dem Nachtschilde liegenden Ringe und Wertgegenstände an und forderte Geld. Auf die Bemerkung der Ueberfallenen, daß sie kein Geld habe, verlangte der Verbrecher den Schlüssel zum Schreißbisch und zerrte Frä. Kuppin aus dem Bett heraus nach dem Schreißbisch hin. In diesem Augenblick hielt ein Auto vor der Tür. Der Einbrecher hörte dies und machte schleunigst, daß er aus der Wohnung herauskam. Als er die Treppe hinabließ, kam gerade ein Dienstmädchen herauf, die der Verbrecher grüßte und dann zum Hause hinausstürzte. Als später Herr Dr. Blum nach Hause kam, hörte er mit Erstaunen, was in der Zwischenzeit in seiner Wohnung passiert war.

Am nächsten Sonntag meldete Frä. Kuppin dem Dr. Blum, daß der nächtliche Einbrecher mit einer Dame des Café Aurfürken-

baum betreten habe. Dr. B. eilte dorthin, ließ zunächst feststellen, daß der betreffende Herr ebensolchen Mitter und Hut, wie ihn der Einbrecher getragen, bei der Garderobefrau abgegeben habe und telefonierte an die Kriminalpolizei, daß der Einbrecher sich im Café befinde. Darauf soll ihm geantwortet worden sein:

„Der Beamte, der die Sache bearbeitet, ist heute, am Sonntag, nicht hier; verfolgen Sie doch den Mann selbst!“

Dies tat denn auch der Dr. B., als sich der Mann entfernte; er folgte dessen Spuren durch die verschiedensten Straßen bis zur Behrenstraße. Dort hat er einen an der Ecke postierten Schumann unter schneller Angabe des Tatbestandes um Feststellung der Persönlichkeit des Verdächtigen, will aber die Antwort erhalten haben:

„Ich kann hier nicht von meinem Fleck weg, sagen Sie es meinem Kollegen an der nächsten Ecke!“

Dr. B. hatte das Bedenken, daß der Fremde, der offenbar schon gemerkt hatte, daß er verfolgt werde, vielleicht in einem Auto entkommen könnte. Diese Befürchtung erfüllte sich sofort: der Angeklagte sprang mit seiner Begleiterin in ein Auto und war bald verschwunden. Durch einen günstigen Zufall erhielt Dr. B. dann durch einen Kollegen den Hinweis, daß der Angeklagte wohl der Verbrecher sein müsse. Die Polizei wurde wieder benachrichtigt, aber — so sagte der Zeuge Dr. Blum — „es dauerte eine Woche, bis wir die Kriminalpolizei dazu hatten, den Mann im Café Artsthera zu verhaften.“

Der Angeklagte stritt Stein und Bein, mit der Sache etwas zu tun zu haben. Aber sowohl die beiden überfallenen Damen, als auch das Dienstmädchen, das den Verbrecher beim Verlassen des Hauses gesehen, glaubten mit einer an volle Gewißheit grenzenden Bestimmtheit den Angeklagten als den Verbrecher wieder zu erkennen. Dazu kam noch, daß eine bei diesen Einbrüchen gestohlene Uhr von dem Angeklagten verfehrt worden ist und auch ein bei der „Frau“ des Angeklagten vorgefundenes Portemonnaie demjenigen völlig gleicht, welches dem Verbrecher in der Wohnung der Frau Simon in die Hände gefallen war. — Der Angeklagte blieb bis zum letzten Augenblick dabei, seine Unschuld zu beteuern und machte allerlei Winkelzüge. Er hoffte sich auch dadurch zu retten, daß eines schönen Tages ein offenbar zu diesem Zwecke fabrizierter Brief beim Gericht einging, in welchem ein nicht auffindbarer Mann namens Bernhardt versicherte, daß er selbst der Täter und der Angeklagte unschuldig sei. Es half ihm nichts: der Staatsanwalt hielt ihn für überführt und beantragte 3 Jahre Zuchthaus. Das Gericht hielt das Treiben des Angeklagten für so gemeingefährlich, daß es ihn zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilte.

Wäre die Polizei auch so untätig geblieben, wenn der Zahnarzt gemeldet hätte, ein anständiger Arbeiter habe einen Arbeitswilligen schief angesehen?

Konkurs des Geigenbauers Bejer.

Die „Millionenpleite“ eines der bekanntesten Geigenbauer Deutschlands, welche seinerzeit in der Geschäft- und Musikwelt großes Aufsehen verursacht hatte, hatte gestern vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I ein gerichtliches Nachspiel. Angeklagt wegen schwerer Urkundenfälschung und Konkursvergehens war der Geigenbauer Robert Bejer, der früher unter den Linden eine in der ganzen Musikwelt bekannte Geigenhandlung betrieben hatte. — Der aus einfachen Verhältnissen hervorgegangene Angeklagte, der allgemein als ein sehr ingenieuser Kopf geschildert wird, hat sich durch ein von ihm erfundenes Verfahren beim Geigenbau einen wirklichen Welt Ruf erworben. Wie ihm von Sarasate, Jsay, Marcan, Vecchi u. a. attestiert wurde, sollen die von ihm gebauten Geigen den Stradivarius- und Amateigen zum mindesten ebenbürtig sein. Dieser seinen in verhältnismäßig kurzer Zeit gewonnenen Ruf als Geigenbauer wurde er bald in die Lage versetzt, sein bisher in der Rührberger Straße gelegenes Geschäft zu vergrößern und sich unter den Linden zu etablieren. Das Geschäft nahm auch hier in kurzer Zeit einen derartigen Aufschwung, daß er allein 20—25 000 M. Arbeitslöhne und circa 18 000 M. Gehälter zu zahlen hatte. Sein Umsatz selbst ging in die Millionen, so daß er in einem Jahre allein eine Einnahme von circa 300 000 M. hatte. Wie sich in der Beweisaufnahme ergab, ließ sich der Angeklagte aber in allerlei Geschäfte ein, denen er nicht gemachten war. In höchster Geldklemme fälschte er einen Vertrag. Die Bücher waren so unordentlich geführt, daß sie keine Uebersicht über die Vermögenslage gestatteten. Der Geh. Medizinrat Prof. Dr. Guleburg bekundete als psychiatrischer Sachverständiger, daß der Angeklagte als ein männlicher Hysteriker zu bezeichnen und in gewissem Grade als geistig minderwertig anzusehen sei. Das Gericht erkannte wegen der Urkundenfälschung auf 1 Monat Gefängnis und wegen des Konkursvergehens auf 200 Mark Geldstrafe.

Wer den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches zugewilligt erhält.

Der Amtsgerichtsrat Hansen in Jena hatte sich dieser Tage vor dem Schöffengericht zu verantworten, weil er in einer vom 17. Juni 1907 an das Landgericht in Eisenach abgegebenen dienstlichen Ausrufung den Baunternehmer G. Raab aus Jena aus dem freisten, verlogenen und händelwütigen Ganner von Jena bezeichnet und noch hinzugefügt hatte, daß „solcher Mensch doch wohl keinen Anspruch auf Glaubwürdigkeit mehr habe“. Als der Baunternehmer von dem Inhalt dieses gewiß nicht schmeichelhaften Gutachtens über seine Person Kenntnis erhielt, strengte er gegen den Herrn Amtsgerichtsrat Hansen Privatbeleidigungsklage an mit dem Erfolge, daß er mit seiner Klage abgewiesen wurde. In der Urteilsbegründung hob der Vorsitzende hervor, daß die Ausrufungen des Herrn Amtsgerichtsrates zwar hart an der Grenze der Beleidigung hinführen, daß aber eine Bestrafung nicht angehängt sei, weil dem Angeklagten die Absicht der Beleidigung nicht nachgewiesen werden könne und weil er weiter in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe.

Die weimarische Justiz ist sonst nicht so zimperlich, vor allem nicht, wenn es sich um sozialdemokratische Redakteure handelt. Um nur einen Fall herauszugreifen, hat sie den früheren Verantwortlichen der „Weimarer Volkszeitung“, Genossen Pfeuffer seinerzeit mit einem Monat Gefängnis bestraft wegen des einzigen Wortes „Byzantinerebe“, das man nach langem Suchen aus einem spaltenlangen Artikel herausgefunden hatte. Obwohl dieses Wort lange nicht die formell beleidigende Schärfe der Hansenschen Verbalinjurien hatte und Genosse Pfeuffer energisch die Absicht der Beleidigung bestritt und für sich den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches reklamirte, wurde ihm dieser Schutz nicht nur glatt abgesprochen, sondern auch die Beleidigungsabsicht aus dem satirisch gehaltenen Artikel und der republikanischen Gesinnung des Verfassers konstruiert.

Der gefährliche, erfahrene Richter, der eine Häufung von Gegenständen zu Hofnamen, beliebt, wird freigesprochen, der sozialdemokratische Redakteur, der nur gesagt hatte, der Oberlandesgerichtsrat Wörner in Jena habe eine Byzantinerebe gehalten, wird zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Aber Massenjustiz oder Massengefängnis gibt es in Deutschland? Keilsche nicht.

Leser- und Diskussionsklub „Paul Singer“. Sitzung jeden 1. und 3. Freitag im Monat, abends 8½ Uhr, im Lokal des Genossen Karl Beck, Samarkiterstraße 17. Nächste Sitzung: Freitag, den 15. November, Vortrag: Gäste willkommen.

Wahlverein Torgau-Liebenwerda-Bittendorf-Schweinitz. Donnerstag, den 14. November, abends 8 Uhr: Agitationsversammlung im Lehmanns Hof, Schweinitz, Hauptstr. 5. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Frä. Jabel über: „Weltpolitik — Radikalität“, 2. Vereinsangelegenheiten.

Alle Parteigenossen in den Kreisen und den Parteien werden ersucht, die in den betreffenden Wahlkreisen wohnenden und in Groß-Berlin arbeitenden Parteigenossen auf diese Versammlung hinzuweisen und für regen Besuch zu wirken. Der Vorstand.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein Mariendorf.
Am Sonnabend, den 9. Novbr., verschied nach kurzem Leiden im 45. Lebensjahre durch einen Unfall ein Mitglied, der Restaurateur **Ludwig Schröder**
Schöneberger Str. 97.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 15. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Mariendorfer Kirchhofes, Friedenstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
293/9 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Köpenick.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 11. d. Mts. unsere Genossin **Auguste Gerecke**
im Alter von 41 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 15. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle aus statt.
293/8 **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Bruder und Schwager, der Tischler **Adam Hartmann**
am 11. d. Mts., abends 11^{1/2} Uhr, nach kurzem schweren Leiden sanft entschlafen ist.
Dies zeigt tiefbetrübt an **Familie Ernst Hartmann.**
Die Beerdigung findet am Freitag, den 15. d. Mts., nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Halle des Rummelsburger Friedhofes, Lützstraße, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein Niederharnim.
Bezirk Lichtenberg.
Am Montag, den 11. November, verschied unser Genosse Tischler **Adam Hartmann**
Grünberger Str. 6, Bezirk 85.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag, den 15. November, nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Rummelsburger Friedhofes, Lützstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
19/1 **Die Bezirksleitung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Adam Hartmann**
Lichtenberg, Grünberger Str. 6, im Alter von 31 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 15. November, nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Halle des Rummelsburger Friedhofes, Lützstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Geschäftsführer **Gustav Krug**
am 10. November im Alter von 60 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. November, nachmittags 2^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des neuen Lüder-Kirchhofes, Landwehr, Mariensfelder Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
68/15 **Die Bezirksverwaltung.**

Danksagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben unvergesslichen Sohnes und Bruders sagen wir hiermit allen Beteiligten unseren tiefgefühlten Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen **Paul Hoffmann.**

Heute früh 8 Uhr verschied nach kurzem aber schweren Krankenlager mein lieber Mann, unser guter Vater und Schwiegervater, der Tischler **Heinrich Lau**
im 61. Lebensjahre.
Berlin-Lichtenberg, 12. Nov. 1912
Muppertschtr. 7a.
Im Namen der Hinterbliebenen **Antonie Lau**
geb. Pantrat.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 15. November, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Friedhofes in Marzahn (an der Ostbahn) aus statt.
Zahlverbindung: 2.32 ab Schlesischer Bahnhof, 2.42 ab Lichtenberg-Friedhofstraße.

Zentralkranken- und Sterbekasse der Tischler.
Zahlstelle Friedrichsfelde.
Am Dienstag verstarb nach kurzem Leiden der Tischler **Heinrich Lau**
im 61. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 15. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle in Marzahn aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
184/5 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Buchhändler-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Wir legen hierdurch die Mitglieder in Kenntnis, daß unser Mitglied, der Kollege **Friedrich Wollni**
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag, den 15. November, nachmittags 2^{1/2} Uhr, auf dem Rummelsburger Friedhof in Reinickendorf-West statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Rauchklub Veitchenblau.
(M. d. A.-R.-B.)
Am Montag verschied nach langem, schwerem Leiden unser langjähriger Pfeifenbruder und Freund **Hermann Jünemann**
im Alter von 40 Jahren.
Wir verlieren in ihm ein opferwilliges und reges Mitglied unseres Klubs.
Die Beerdigung findet Freitag, den 15. November, nachm. 4 Uhr, von der Halle des Hedwigskirchhofes in Weihensee, Bärtsstr. 17, aus statt.
Der Vorstand.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und Schwiegervaters sagen hiermit allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Personal der Firma Daimler und den Hausarztvereinen Groß-Berlin und Neukölln sowie dem Buchverein Neukölln und dem Gesangsverein unseren besten Dank.
124 Frau Malkowitz nebst Kindern.

Orts-Krankenkasse Berlin-Weißensee.
General-Versammlung der Vertreter
am Montag, den 25. November 1912, abends 8 Uhr, im Restaurant „Prälaten“ hier, Ledderstr. 122.
Tagesordnung:
1. Bericht über den Stand der Kasse.
2. Wahl der Rechnungsprüfungskommission (2 Arbeitnehmer, 1 Arbeitgeber).
3. Ergänzungswahl des Vorstandes (2 Arbeitnehmer, 1 Arbeitgeber).
4. Antrag auf Zulassung der Kasse gemäß §§ 15, 17 und 18 des Einberufungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung.
5. Bericht über den Kölner Krankenlastentag.
6. Verschiedenes.
292/9
Besprochen werden die Geschäftsführung werden in der Versammlung nur beantwortet, wenn dieselben mindestens 8 Tage vorher im Geschäftszimmer der Kasse schriftlich abgegeben worden sind.
Zum Eintritt sind nur die mit Legitimation versehenen Vertreter berechtigt.
Berlin-Weißensee, 11. November 1912.
Der Vorstand.
J. H.: Fuhrmann, Vorsitzender.

Danksagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben unvergesslichen Sohnes und Bruders sagen wir hiermit allen Beteiligten unseren tiefgefühlten Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen **Paul Hoffmann.**

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.
Morgen Freitag, den 15. November, abends präzis 8^{1/2} Uhr:
Außerordentliche Vertrauensmänner-Versammlung
im Marinehaus, Brandenburger Ufer 1.
Tagesordnung:
Maßnahmen zu unserem fünfzigjährigen Stiftungsfest!
Die Vertrauensleute und Druckereifacharbeiter sowie die Vorstände der Fachvereine eruchen wir um vollzählige Beteiligung.
Der Gauvorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.
Heute Donnerstag, den 14. November, abends 8^{1/2} Uhr, in Kellers Festsälen, Kopenstr. 29:
Gemeinsame Vertrauensmänner-Versammlung
für sämtliche Bezirke und Branchen.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zum Ablauf des Vertrages. 2. Verhandlungsangelegenheiten.
Vertrauensmännerkarte nebst Mitgliedsbuch legitimiert.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Die Ortsverwaltung.

Hausarzt-Verein Neukölln.
Freitag, 15. Novbr., abends 8^{1/2} Uhr, bei Bartsch, Hermannstr. 49:
Oeffentlicher Frauen-Vortrag.
Thema: **Allzureicher Kindersegen in der Arbeiterfamilie.** Referent: **Dr. Moses.**
Eintritt 10 Pf. Mitglieder frei. Wer Mitglied wird, erhält das Eintrittsgeld zurück.
Was ist der Hausarzt-Verein? Der Hausarzt-Verein Neukölln (Mitglied des Verbandes der Hausarzt-Vereine) ist kein geschäftliches Privatunternehmen, sondern eine proletarische Vereinigung zu gegenseitiger Hilfe bei Erkrankungen der Familienangehörigen.
Selbstverwaltung durch die Mitglieder. Für den geringen Beitrag von 25 Pfennig pro Woche sind die Frau und sämtliche Kinder versichert. Der Beitrag wird monatlich aus der Wohnung abgeholt.
Wir gewähren:
nach 1 Monat **freien Hausarzt**, nach 6 Monaten **freie Medizin** bei akuten Erkrankungen
Mitgliedschaft
Viel Geld sparen unsere Mitglieder durch die vom Verein betriebene Vermittlung von Nährpräparaten, Stärkungsmitteln und sonstigen Bedarfsartikeln für Kinder und Kranke zu Engrospreisen. Verleihung von Badewannen 10 und 20 Pf. pro Woche. Außerdem verschiedene andere Vergünstigungen: **Kostenlose Atteste, wissenschaftliche Vorträge, Monats-Zeitung mit ärztlichen Ratschlägen.** Arbeitslosen weitgehendstes Entgegenkommen. Die gewissenhafteste Behandlung wird den Erkrankten zuteil, auch durch Spezialärzte.
1. Vorsitzender: **A. Kuhnert**, Stuttgarter Str. 54. (Tel.: 1031.)
Auskunft erteilt: **Otto Höse**, Wissmannstr. 26, II. **Max Israel**, Emser Str. 111 und 4. Laden. (Tel.: 721.)
298/14*

Arbeiter-Bildungsschule.
Sonntag, den 17. November, abends 7 Uhr,
in Fritz Wilkes Festsälen, Sebastianstr. 39:
Vortrag des Schriftstellers **Emil Eichhorn**
über: „Ludwig Uhland“.
Nachdem: **Gemütliches Beisammensein und Tanz.**
Eintritt 20 Pf. 6/15* Garderobe frei.

Steinarbeiter!
In Anbetracht der Friedenskundgebung findet die **Allgemeine Bücherkontrolle**
erst am Sonntag, den 24. November, an den bekannten Stellen statt.
Zentralverband der Steinarbeiter
Ortsverwaltung Berlin.

In Freien Stunden Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Die Wochenschrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf. 32 verschiedene Hefte à 20 Pf.

Tanz-Schule Richard Heinrich
jetzt Restaur. Fürstenhof, Köpenicker Str. 137.
Unterrichtsstunden: Jeden Sonntag von 3-6 Uhr. Jed. Donnerstag v. 8-11 Uhr. Jed. Sonntag v. 6-11 Uhr. Nachbungszeit. Aufnahme neuer Schüler jederzeit. Hochachtungsvoll **Richard Heinrich** Weichselstr. 8.
Telephon: Neukölln 406.

Sophien-Säle
Inhaber **Joseph Heidrich**, Sophienstr. 17-18
12 Säle in allen Größen mit Bühne
zu allen Gelegenheiten passend.
An Sonnabenden und Sonntagen noch frei!
Kleine Voreinzimmer und 5 Kegelbahnen noch zu vergeben!

Orts-Krankenkasse der Klemptner.
Freitag, den 22. November 1912, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal 4:
Versammlung der großjährigen Mitglieder
unserer Kasse behufs Wahl von 200 Vertretern für das Jahr 1913.
Das Mitgliedsbuch legitimiert.
Donnerstag, den 21. November, abends 8^{1/2} Uhr, Köpenicker Str. 100:
Versammlung der Arbeitgeber,
welche Beiträge für angemeldete Mitglieder unserer Kasse leisten, behufs Wahl von 100 Vertretern für das Jahr 1913.
Die Arbeitgeber können sich auch durch ihre Geschäftsführer oder Betriebsbeamte vertreten lassen. 12436
Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse Boxhagen-Rummelsburg.
Am 22. November 1912, abends 8 Uhr, im Café Bellevue, Hauptstraße 2:
Ordentliche General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Ergänzungswahl des Vorstandes (zwei Arbeitgeber und drei Arbeitnehmer).
2. Wahl von drei Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung.
3. Statutenänderung (§§ 12, 13, 18, 28 und 29 des Kassensatzes).
4. Beschlußfassung über den Antrag auf Zulassung als besondere Ortskrankenkasse bezgl. auf Ausgestaltung zur allgemeinen Ortskrankenkasse nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung.
5. Namensänderung der Krankenkasse.
6. Verschiedenes. 292/12
Zu dieser Generalversammlung werden alle gemählten Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemäß § 66 des Kassensatzes hiermit eingeladen.
Der Vorstand.
G. Budde, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse
Freitag, den 22. November 1912, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal 4:
Versammlung der großjährigen Mitglieder
unserer Kasse behufs Wahl von 200 Vertretern für das Jahr 1913.
Das Mitgliedsbuch legitimiert.
Donnerstag, den 21. November, abends 8^{1/2} Uhr, Köpenicker Str. 100:
Versammlung der Arbeitgeber,
welche Beiträge für angemeldete Mitglieder unserer Kasse leisten, behufs Wahl von 100 Vertretern für das Jahr 1913.
Die Arbeitgeber können sich auch durch ihre Geschäftsführer oder Betriebsbeamte vertreten lassen. 12436
Der Vorstand.

Spezialarzt
J. Gant, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Weintränke jeder Art, Ehrlich-Gata-Kuren in u. So. fons, Laborat. f. Blutuntersuchung, Säben i. Q. u. u. v. gegenüber Friedrichstr. 81, Panoptikum. Spr. 10-2, 5-9, Sonn. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Dr. Homeyer
Friedrichstr. 81, Panoptikum. Spr. 10-2, 5-9, Sonn. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Gelegenheitskauf! Schwere Schlafdecken
St. 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁰⁰, 6⁰⁰ M.
Pferdedecken!
St. 2⁵⁰, 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁵⁰ M.
Englisch schwarze **Reisedecken**
St. 4⁷⁵, 6⁷⁵, 9⁷⁵ bis 36 M.
für dicke **Fries** Portieren alle Farben
Meter 1.75, 2.50 bis 4.50.
Abgip. Friedmantele 2.25-8 M.
Versand unter Nachnahme.
Emil Lefèvre
Berlin S., Oranienstr. 158.
Der neue Katalog
mit bunten Teppichmustern
750 Abbildungen grat. u. franko

Gelegenheitskauf! Schwere Schlafdecken
St. 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁰⁰, 6⁰⁰ M.
Pferdedecken!
St. 2⁵⁰, 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁵⁰ M.
Englisch schwarze **Reisedecken**
St. 4⁷⁵, 6⁷⁵, 9⁷⁵ bis 36 M.
für dicke **Fries** Portieren alle Farben
Meter 1.75, 2.50 bis 4.50.
Abgip. Friedmantele 2.25-8 M.
Versand unter Nachnahme.
Emil Lefèvre
Berlin S., Oranienstr. 158.
Der neue Katalog
mit bunten Teppichmustern
750 Abbildungen grat. u. franko

IV. Abänderung des Statuts
der **Krankenkasse der Personen-Vohnfahrtwerks-Zunung zu Berlin.**
Die §§ 11, 12, 19 und 29 des Statuts werden wie folgt abgeändert: § 11, Abs. 2.
Derselbe ist festgesetzt:
1. für erwachsene männliche Kassensmitglieder über 16 Jahre ausschließlich der Lehrlinge auf 3,60 Mark;
2. für erwachsene weibliche Kassensmitglieder über 16 Jahre auf 2,20 M.;
3. für männliche Kassensmitglieder unter 16 Jahren und für Lehrlinge auf 1,80 M.;
4. für weibliche Kassensmitglieder unter 16 Jahren auf 1,40 M.
§ 12, Abs. 1, Ziff. 3, lit. a-d für die Mitglieder
a) der I. Klasse von 1,80 M.
b) II. „ „ 1,10 „
c) III. „ „ 0,90 „
d) IV. „ „ 0,70 „
§ 19, Abs. 1, lit. a-d für die Mitglieder
a) der I. Klasse von 108 M.
b) II. „ „ 66 „
c) III. „ „ 54 „
d) IV. „ „ 42 „
§ 29.
Die höchstzulässigen Ansenbeiträge betragen 4 Proz. des nach dem durchschnittlichen Lohnen ermittelten Wochenverdienstes (einschließlich der Sonntage) und zwar:
1. für die erwachsenen männlichen Kassensmitglieder über 16 Jahre, ausschließlich der Lehrlinge 1,00 M.
2. für die erwachsenen weiblichen Kassensmitglieder über 16 Jahre „ 0,60 „
3. für die männlichen Kassensmitglieder unter 16 Jahren und für Lehrlinge „ 0,50 „
4. für die weiblichen Kassensmitglieder unter 16 Jahren 0,40 „
Berlin, den 25. April 1912.
Der Vorstand.
Gustav Rose, Alfred Reiterhoff, Vorsitzender. Schriftführer.

Vorliegende IV. Abänderung des Statuts der Personen-Vohnfahrtwerks-Zunung zu Berlin, betreffend die Annehmungen der Kassensmitglieder, vom 25. April 1912 wird gemäß § 85 der Gewerbeordnung in der Fassung des Gesetzes vom 26. Juli 1897 hierdurch genehmigt.
292/10
Berlin C. 25, den 25. Oktober 1912
Der Polizei-Präsident.
J. B. Dumra i. H.
Genehmigung.
(Stpr. II § 99 der Gewerbeordnung.)

Borussia-Festsäle Acker- u. Georg-Wolffgramm.
Telephon: Amt Norden 2674.
Empfehle den geehrten Vereinen und Geseftschäften meine 4 Säle sowie 2 große Vereinszimmer zu Versammlungen und Festlichkeiten. — Dezember und Januar noch Sonnabende und Sonntage frei. 47528

Spezialarzt
J. Gant, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Weintränke jeder Art, Ehrlich-Gata-Kuren in u. So. fons, Laborat. f. Blutuntersuchung, Säben i. Q. u. u. v. gegenüber Friedrichstr. 81, Panoptikum. Spr. 10-2, 5-9, Sonn. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Dr. Homeyer
Friedrichstr. 81, Panoptikum. Spr. 10-2, 5-9, Sonn. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Gelegenheitskauf! Schwere Schlafdecken
St. 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁰⁰, 6⁰⁰ M.
Pferdedecken!
St. 2⁵⁰, 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁵⁰ M.
Englisch schwarze **Reisedecken**
St. 4⁷⁵, 6⁷⁵, 9⁷⁵ bis 36 M.
für dicke **Fries** Portieren alle Farben
Meter 1.75, 2.50 bis 4.50.
Abgip. Friedmantele 2.25-8 M.
Versand unter Nachnahme.
Emil Lefèvre
Berlin S., Oranienstr. 158.
Der neue Katalog
mit bunten Teppichmustern
750 Abbildungen grat. u. franko

Gelegenheitskauf! Schwere Schlafdecken
St. 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁰⁰, 6⁰⁰ M.
Pferdedecken!
St. 2⁵⁰, 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁵⁰ M.
Englisch schwarze **Reisedecken**
St. 4⁷⁵, 6⁷⁵, 9⁷⁵ bis 36 M.
für dicke **Fries** Portieren alle Farben
Meter 1.75, 2.50 bis 4.50.
Abgip. Friedmantele 2.25-8 M.
Versand unter Nachnahme.
Emil Lefèvre
Berlin S., Oranienstr. 158.
Der neue Katalog
mit bunten Teppichmustern
750 Abbildungen grat. u. franko

Phänomen-Gold Feinste Cigarette Specialmarke **Phänomen-Club 3 Pf.**

Gewerkschaftliches.

Ausperrung und Geschäftsergebnis.

Im Sommer dieses Jahres setzte in der hannoverschen Metallindustrie eine große Arbeiterbewegung ein, bei der es sich um eine Verkürzung der Arbeitszeit handelte. Als der Verein der Metallindustriellen die wohlberechtigten Forderungen der Arbeiter rundweg ablehnte, scheiterten die Verhandlungen und die Unternehmer sperrten den noch beschäftigten Rest der organisierten Arbeitnehmer aus.

Die betrübten Aktionäre, deren Dividende um 2 Proz. geschnitten wird, sucht die Verwaltung damit zu trösten, daß sie die Zusammenfassung all der feigen und lauen Elemente der Werkstätten in den gelben Verein als eine „erfreuliche Folgeerscheinung der Arbeiterbewegung“ bezeichnet, die für die nächsten Jahre ein besseres Ergebnis erwarten läßt.

Berlin und Umgegend.

Forderungen der Arbeiter und Handwerker bei der Großen Berliner Straßenbahn.

Zum 15. November sind von der Direktion der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft Verhandlungen mit dem Fahrpersonal angefaßt. Diese Gelegenheit wollten die Handwerker und Arbeiter benutzen, um auch ihre Forderungen auf glünstigere Arbeitsbedingungen vorzutragen. Sie versammelten sich am Dienstagabend in den Sophienkellern zur Besprechung der Situation.

Deutsches Reich.

Der Streik der Drahtspinner bei der Firma L. Dentschel ist in Hannover und Hildesheim zugunsten der Arbeiter beendet. Die Verhandlungen im Laufe der Woche führten zu dem Resultat, daß seitens der Firma die neue, stark reduzierte Akkordabelle zurückgezogen wurde.

akzeptable Akkordpreise der Firma vorzuschlagen, fand eine Einigung auf der Grundlage statt, daß zunächst einige Wochen zu den alten Akkordpreisen gearbeitet wird. Es sollen dann neue Verhandlungen über die Höhe der Akkordpreise stattfinden.

Vom Arbeiterrecht auf einer fiskalischen Grube.

In der Respektierung des Koalitionsrechts der Arbeiter zeigen sich die Staatsbetriebe wohl nie als Musterbetriebe. Immer wieder sehen wir sie eifrig am Werk, in völlig gesetzwidriger Weise den Arbeitern in den fiskalischen Betrieben das Recht der Vereinigung nehmen zu wollen.

Ich erkläre hiermit, daß ich während meiner Beschäftigungszeit auf dem betreffenden Werke keinem Verbands-, insbesondere nicht dem Deutschen Bergarbeiterverband zu Bochum angehören werde.

Der § 152 der Gewerbeordnung, der doch allen Arbeitern, also auch denen der königlich preussischen Kalkwerke, das Koalitionsrecht gibt, existiert für die Berginspektion anscheinend gar nicht, auch nicht § 154a der Gewerbeordnung, der nochmals besonders das Vereinigungsrecht der Bergarbeiter betont.

Doch die königliche Berginspektion hat allen Grund zu berechnen. Werden auf dem fiskalischen Schacht in Viehseife doch die niedrigsten Löhne gezahlt; 2,80 M. wurde vor einiger Zeit nach Arbeit anfordernden Arbeitern pro Schicht geboten.

Dieser Lohnabgabemodus scheint sehr unter den polnischen Arbeitern schwere Differenzen hervorgerufen zu haben. Es kam zu tätlichen Auseinandersetzungen. Bürgerliche Blätter schreiben schon von einer „Revolte“, hervorgerufen durch angewiesene Arbeiter.

Die Zutreiber der christlichen Gewerkschaften.

In Bayern scheint der Krebsgang der christlichen Gewerkschaften in ein schnelleres Tempo eingetreten zu sein, weil die Geistlichen abenthaltend eine ganz fieberhafte Tätigkeit entfalten, um den Christlichen Mitglieder zuzutreiben. Ganz besonders in der schwärzigen Oberpfalz haben die Herren alle Hände voll zu tun, um die infolge der Grobtaten der christlichen Führer endlich kopfschüttelnden Arbeiter beisammen zu halten.

„Wollen Sie auch sicher kommen, um sich in den christlichen Verband umschreiben zu lassen, um ihr jetziges Verbandsbuch mitzunehmen. Ich würde Sie dann als Vertrauensmann oder Kassierer vorschlagen.“

„Mein lieber A. In deinem eigenen Interesse, gebe ich dir zu bedenken, ob du auf der betretenen Bahn weitergehen oder zu uns zurückkehren willst. Die Rückkehr steht dir offen.“

Derartige Briefe von Geistlichen liegen zu Dutzenden vor. Es sei hier nur noch ein Schreiben angeführt, das zeigt, wie sehr man auch darauf aus ist, die Jugend für die gute Sache zu präparieren und wie man dabei zu Werke geht.

„Vieles Freund! Schon lange war es mein Wunsch, auch einmal die fröhliche Jugend um mich versammelt zu sehen. Im Streife der Jugend hat es mir immer am besten gefallen.“

„Auf diese und noch verschiedene andere Arten bemüht die Geistlichkeit ihre geistliche Autorität dazu, um das gläubige Volk im Vorkreife der Zentrumspartei zu erhalten.“

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

wird heute abend in der „Neuen Welt“ die am 30. Oktober verlagte Generalversammlung forschen. Inzwischen hat hat der Konsumgenossenschaft es für angemessen gehalten, in einer am 8. November in den Wasserwerken stattgefundenen Sitzung sich mit der letzten Generalversammlung und mit anderen zeitlichen Äußerungen zum Geschäftsbericht der Konsumgenossenschaft zu beschäftigen.

Gelegenheit geboten ist, seine Ansichten in der Generalversammlung vor den Mitgliedern zu entwickeln im Gegensatz der genannten Genossen.

Dem und zugegangenen Bericht, den wir auf seine Richtigkeit nicht näher prüfen können, entnehmen wir folgendes:

Genosse Paulig protestiert zunächst gegen den in der Generalversammlung erhobenen Vorwurf, daß der Konsumgenossenschaft eine „Sagamaschine“ für den Vorstand sei. Aus allgemeinen Wahlen der Mitglieder hervorgegangen, fühle der Konsumgenossenschaft sich stets als Vertreter der Gesamtheit und habe auch dem Vorstande und Aufsichtsrat gegenüber immer energisch die Interessen der Mitglieder wahrgenommen.

Der Rechtsbeistand des Vereins, Genosse Steinschneider, führte folgendes aus: Bei der Verschmelzung des Konsumvereins mit der Konsumgenossenschaft ist zum Teil die Organisation des letzteren übernommen worden, die ein Repräsentativsystem enthält. In diesem Bereich war an die Stelle der Generalversammlung die Delegiertenversammlung, jetzt der Konsumgenossenschaft genannt, getreten und daneben bestand als eine wahre demokratische Einrichtung die Urabstimmung. Da damals die Propagandakommission verlangte, daß die Form des freien Vereins aufgegeben und die verschmolzenen Vereine unter das Genossenschaftsgesetz gestellt würden, so mußte man sich mit diesem Gesetz abfinden lassen.

Nach dem Gesetze liegt die Wahl des Aufsichtsrates unbedingt in der Hand der geschlichen Generalversammlung, und die einmal getroffene Wahl könne nur mit 2/3 Majorität widerrufen werden, so daß die Wahl ungeeigneter Personen der Konsumgenossenschaft verhängnisvoll werden kann.

Wenn demgegenüber verlangt wird, daß die Konsumgenossenschaft sich offen als eine sozialdemokratische bezeichne, so heißt dies, ihr unter dem heutigen Genossenschaftsgesetze die Existenz unmöglich machen. Eine Verquickung der politischen Partei und der Konsumgenossenschaft, wie sie schon vor sechs Jahren in einem „Vorwärts“-Artikel verlangt wurde, entspreche weder den Interessen der einen noch denen der anderen Organisation.

Bei den Wahlen zum Konsumgenossenschaftsrat und Aufsichtsrat ist bisher daran festgehalten worden, nur solche Mitglieder zu wählen, die sich praktisch im Genossenschaftlichen betätigt haben. Das hat sich bewährt. Wenn wir die Durchschnittleistung in Betracht ziehen (einzelne Fehler werden in jedem Geschäft gemacht), so liegt nichts vor, was Anlaß zu einem Wandel in den leitenden Persönlichkeiten bietet.

Genosse Reinhard kam auf den Streik bei Gerold zu sprechen. Die führenden Parteigenossen haben es unterlassen, ihr Augenmerk auf diese Konfurrenz der Konsumgenossenschaft im Lebensmittelhändler, die selbst in die Parteibetriebe hineinreicht, zu richten. Treueföhrer seien die Ausführungen Stadthagens und Ritters in der Generalversammlung über die Gründe des Rücktritts des Genossen Rüdke vom Vorstande gewesen. Der Standpunkt Rüdkes

In der Neutralitätsfrage sei gerade der entgegengesetzte von dem Stadthogens.

Genosse Junger verliest einen Artikel des „Thomather Tageblattes“, der beweist, daß die Angriffe Stadthogens bereits der bürgerlichen Presse Stoff zur Heke gegen die „sozialdemokratischen“ Konsumvereine bieten. Redner zeigt an einzelnen Beispielen, daß die Warenhäuser den Lebensmittelhandel nur der Reklame wegen und zu diesem Zwecke sogar mit Verlust betreiben.

Genosse Störmer hält es nicht für angängig, daß Genossen, wie Glade und Lange, deren Angehörige in der Genossenschaft beschäftigt sind, für den Aufsichtsrat kandidieren.

Auf Antrag Buchholz beschließt die Versammlung, einen Bericht über diese Sitzung dem „Vorwärts“ beizufügen und zu übersenden.

Soweit der uns zugegangene Bericht. Entspricht er den tatsächlich gemachten Ausführungen und hat der Genossenschaftsleiter in seiner Gesamtheit die in der Sitzung zum Ausdruck gebrachten Ansichten zu den seinigen gemacht, so zeigt das aufs Klarste, daß der Genossenschaftsrat bis heute noch nicht begriffen zu haben scheint, worauf es bei einer gutgeleiteten Konsumgenossenschaft, die sich auf die moderne Arbeiterbewegung stützen will, ankommt.

Es ist niemanden eingefallen, zu verlangen, daß die Genossenschaft sich sozialdemokratisch nennen soll. Was verlangt wurde war, daß eine Konsumgenossenschaft, die im Sinne der Arbeiterklasse wirken will, mit sozialistischem Geiste durchdrungen sein soll, und daß die Furcht, sich als Sozialdemokrat offen zu bekennen, eine durch nichts begründete Angstlichkeit darstellt.

Die Hinweise des Syndikus des Vereins, Herrn Steinschneider, auf die demokratische Einrichtung des Genossenschaftsrates sind durchaus einseitig. Wie werden denn heute die Wahlen zum Genossenschaftsrat vollzogen? Die Antwort auf diese Frage lautet: Durch die einzelnen Abteilungen. Das ist es eben. In den meisten Fällen erfahren die Mitglieder ganz zufällig, wann diese sogenannten Abteilungsversammlungen stattfinden, in nur wenigen Fällen werden die Mitglieder besonders eingeladen. Und dann ist über die Befugnisse des Genossenschaftsrates nach dem heutigen Statut sehr, sehr viel zu sagen. Die Statuten von Konsumvereinen verschiedener anderer größerer Städte beweisen auch, daß es anders geht. Aber hierüber dürfte bei der Statutenberatung mehr zu sagen sein.

Was die Bemerkung zu Stadthogens Hinweis betrifft, der Konsumgenossenschaft fehle ein Stück Wertheim, so ist die Steinschneiderische Aeußerung über die Angestellten Wertheims vollends deplaziert. Die Teilnehmer in der Generalversammlung konnten die Stadthogensche Aeußerung gar nicht anders auffassen, daß damit ausgesprochen sein sollte: Der Konsumgenossenschaft fehle der großzügige kaufmännische Blick, den die Mitglieder einer solchen großen Genossenschaft verlangen müssen. Anstatt diesen vollkommen berechtigten Hinweis zu beachten und für Abhilfe zu sorgen, kauft der Genossenschaftsrat dagegen Sturm und möchte die ungewissen Kritiker durch heimliches, engherziges Beharren auf dem eingeschlagenen Wege als Leute abtun, die die Genossenschaftsbewegung in falsche Bahnen bringen wollen.

Das darf nicht sein! Die Genossenschaftsbewegung in Berlin ist erst erloschen, nachdem Partei und Gewerkschaft sie aus den Steinschneiderischen Bahnen herauszuführen versucht haben. Sie wird weiter erloschen, wenn sie entsprechend den Parteitagbeschlüssen mit sozialistischem Geiste erfüllt wird. Wenn die Leitung der Genossenschaft, wenn der Genossenschaftsrat sich dagegen sträuben, müssen die Mitglieder selber auf den Plan treten und die Genossenschaft in ihrem Sinne ausgestalten. Dazu ist in der heute abend in der „Neuen Welt“ pünktlich 8 Uhr beginnenden Generalversammlung Gelegenheit. Mögen die Mitglieder diese Gelegenheit nicht ungenutzt vorübergehen lassen und so zeitig auf dem Plan sein, wie der Genossenschaftsrat noch uns zugegangenen Mitteilungen für seine Mitglieder angeordnet hat.

Soziales.

Konsumvereine und Sozialdemokraten.

Mit Zug und Recht sucht die organisierte Arbeiterschaft nach und nach auch in den Konsumvereinen Einfluß zu gewinnen, die noch unter bürgerlichem Einfluß stehen, d. h. deren Verwaltungsmitglieder bürgerliche Herren sind, die den Aufsichtsrat und Vorstand ängstlich vor dem Eindringen von Sozialdemokraten zu behüten suchen. So war es auch in Ulm. Bei den Wahlen zur Verwaltung hatte sich einer unserer Parteigenossen besonders darum bemüht, „den Verein unter die Leitung von Sozialdemokraten zu bringen“, wie die Verwaltung sich ausdrückte. Sie ging soweit, unseren Genossen wegen dieser „Bestrebungen“ aus der Genossenschaft auszuschließen. Dagegen erhob dieser Zivilklage beim Landgericht. Das Gericht gab dem Kläger recht und entschied, daß er zu unrecht ausgeschlossen sei. In der sehr klaren Begründung des Urteils wird gesagt: „Es ist als erwiesen anzusehen, daß der Kläger Bestrebungen unternimmt, welche darauf abzielen, den Verein unter die Leitung von Sozialdemokraten zu bringen. Dagegen konnte nicht als erwiesen erachtet werden, daß der Kläger durch die Handlungen, mit denen er jene Absicht betätigt hat, gegen die Interessen des besagten Vereins verstößt hat. Daß nur Männer von bestimmter politischer Gesinnung zur Wahl in den Aufsichtsrat vorgeschlagen wurden, kann, obwohl der Verein ein rein wirtschaftlicher ist, nicht als den Interessen desselben zuwiderlaufend angesehen werden, so lange hierdurch nicht die Auswahl tüchtiger, für ihre Amt befähigter Männer in Frage gestellt wird. Daß die Befähigung der auf Betreiben des Klägers gewählten Männer eine ungenügende sei, wird vom Beklagten nicht behauptet. Es fehlt hiernach an genügendem Beweis dafür, daß der Kläger die Wahl der fraglichen vier Männer in der Absicht betrieben hat, der sozialdemokratischen Partei Einfluß auf die Vereinsangelegenheiten zu verschaffen.“

Das Oberlandesgericht als Berufungsgericht erkannte stillschweigend die materiellen Gründe des Urteils an, hob es aber doch

aus formellen Gründen auf, weil Kläger vor der Klage nicht mit einer Beschwerde an die Generalversammlung gegangen war.

Das Urteil des Gerichts entspricht dem Gesetz und steht von dem Verhalten der Personen vorteilhaft ab, die die Sozialdemokraten wegen Betätigung ihrer Lieberzeugung zu Würgern zweiter Klasse stempeln wollen oder die sich selbst zu den Sozialdemokraten zählen, aber auf Schritt und Tritt Lieberneutralität betätigen. Hierin müssen wir leider auch die Leitung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine rechnen, die, wiewohl sie die Stellung der Sozialdemokratie zu der Konsumvereinsbewegung aus den Beschlüssen auf dem internationalen Kongress in Kopenhagen und dem deutschen Parteitag in Magdeburg kennt, sich in ihrem letzten Jahrbuch unter anderem zu der Behauptung versteigt, alle Parteien (auch die sozialdemokratische) nehmen „eine einheitliche Stellung zum Konsumvereinswesen ein“. Die Stellung der Sozialdemokratie ist eine klare. Sie hält die genossenschaftliche Tätigkeit für eine wirksame Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Hebung der Arbeiterklasse und unterstützt die im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine. In sozialistischem Geiste sollen und müssen die Sozialdemokraten in den Konsumvereinen wirken, damit die Konsumvereine nicht aus einem wertvollen Mittel der Organisation und Erziehung der Arbeiterklasse zu einem Mittel herabsinken, das den Geist der sozialistischen Solidarität und Disziplin schwächt.

Aus Industrie und Handel.

Wahrheiten — im Finanzteil.

Wenn der „Matin“ seiner Tradition der Chauvinistischen Stimmungsmache auch in der jetzigen internationalen Krise nicht untreu geworden ist, so hat er sich gleichwohl der Vernunft und Wahrheit nicht ganz verschlossen. Man muß sie allerdings an einer Stelle suchen, die nicht eben als die Stätte der Redlichkeit gilt: in seiner finanziellen Rubrik. Einer der besten Kenner der französischen Volkswirtschaft und der internationalen Finanzfragen, Herr Edmond Lhéry legt an dieser Stelle dar, welche furchtbaren Folgen ein europäischer Krieg für die europäische Wirtschaft und damit für die ganze europäische Kultur habe. Er schreibt:

„Europa besitzt im Jahre 1912 etwa 750 Milliarden Frank in mobilen Werten (als Nominalkapital). Dieser Betrag repräsentiert seine Produktionsmittel, das Umlaufkapital seiner Industrie und Landwirtschaft und seines Handels, seine Reserven, seine Fürsorgefonds usw. Diese Werte nehmen jährlich um 20 bis 25 Milliarden zu und zirkulieren von Hand zu Hand, wie Bargeld, weil die Käufer und Inhaber gewiß sind, sie zum Tageskurs auf der Börse oder in einem Kreditinstitut realisieren zu können. Das gleiche gilt von Banknoten, Schecks und Wechseln, die in Zahlung gegeben werden. In normalen Zeiten funktioniert dieser Organismus ausgezeichnet, weil das Bargeld unendlich viel schneller umläuft als die Hilfsmittel, die es vorstellen, und weil eine geringe Menge dieses Bargeldes ermöglicht, an einem einzigen Tag Regelungen vorzunehmen, die seinen Wert zehn- und zwanzigfach übersteigen. Im Augenblick politischer und besonders internationaler Schwierigkeiten vermindert das Bargeld seine Umlaufgeschwindigkeit, weil die augenblicklichen Inhaber es zurückhalten. Wenn man nun in Betracht zieht, daß gegenüber den 750 Milliarden mobiler Werte, die Europa besitzt, und den 50 bis 60 Milliarden Banknoten, Schecks und Handelssektoren, die im Umlauf sind, es in allen europäischen Ländern nur 35 bis 40 Milliarden Frank in Bargeld gibt, wovon noch ein gutes Drittel in den Staatskassen und Emissionsbanken festliegt, wird man die Ungeheuerlichkeit der Katastrophe begreifen, die ein Krieg zwischen den großen Nationen Europas für ihren öffentlichen Kredit zur Folge hätte. Im Jahre 1870 überstieg die Masse der mobilen Werte und der anderen Kreditmittel Europas sicher nicht 200 Millionen, das verfügbare Geld war nicht unter 30 Milliarden und die Nachrichtenpresse hatte noch nicht ihren heutigen Einfluß aufs Publikum. — Bei der Ankündigung eines großen Kontinentalkrieges würden alle Kapitalisten zu gleicher Zeit einen mehr oder minder großen Teil ihrer Werte zu realisieren versuchen, und dies in dem Augenblick, wo niemand kaufen würde.“

Herr Lhéry meint, die Aussichten auf das Unheil, das aus einem Kriege für alle Klassen der Gesellschaft folgen würde, ließen es unmöglich erscheinen, daß die Regierungen ihn nicht jetzt — und immer — vermeiden sollten. Der gute Redner, der der kapitalistischen Gesellschaft ihr Maß so genau abzumessen bemüht ist, übersieht nur eines — daß die Gegenstände, die sie erzeugt, ihr lieber den Kopf wachsen.

A. G. G.

Der soeben veröffentlichte Geschäftsbericht der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft für das Jahr 1911/12 gibt ein Bild von dem weiteren Aufschwung, der in der Erhöhung des 130 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals um 25 Millionen seinen finanziellen Ausdruck findet. Ueber die Rückwirkung der Hochkonjunktur auf die Elektrizitätsindustrie äußert sich die A. G. G. selbst:

„Der Absatz unserer Erzeugnisse und die vorliegenden Aufträge haben die gehegten Erwartungen weitaus überstiegen. Die Ausdehnung unserer Organisation auf fast alle Teile der bewohnten Erde läßt es begreiflich erscheinen, daß ein Jahr allgemein industriellen Aufschwungs im In- und Auslande und vermehrte Absatzmöglichkeiten brachte. Dazu kommt, daß die Stromversorgung weiter Gebiete aus großen Zentralen schnell fortgeschritten und an die Leistungsfähigkeit der Werkstätten außerordentliche Anforderungen stellt. Um ihnen zu entsprechen, waren bedeutende Erweiterungen der Fabriken notwendig, die teils ausgeführt, teils geplant sind. Die Erwerbung und Bebauung von Grundstücken, die Ausdehnung und Vervollkommnung von Fabrikeinrichtungen, die den wirtschaftlichen Aufgaben entsprechende finanzielle Beteiligung an Unter-

nehmungen und unser Anteil an der Kapitalerhöhung der Bank für elektrische Unternehmungen erfordern bedeutende Mittel.“

Der Geschäftsbericht gibt dazu nähere Angaben über die Beschäftigung und Entwicklung der zahlreichen Fabrikanlagen. So waren alle Abteilungen der Fabriken in der Brunnenstraße überaus stark beschäftigt. Der Umfang der Lieferungen konnte trotz der Neubauten nicht mit den Bestellungen gleichen Schritt halten, so daß für die weiteren Neubauten schon auf Grund der gegenwärtig vorliegenden Aufträge auf längere Zeit reichliche Arbeit vorhanden ist. Die Turbinenfabrik hatte eine steigende Zahl großer Maschinen zu liefern. In der Apparatefabrik zeigte besonders die Fabrikation und der Absatz von Schreibmaschinen stetige Zunahme. Die Tageslieferung beträgt zurzeit bereits 100 Schreibmaschinen. Der Absatz von Heiz- und Kochapparaten für Haushalt und Werkstätten erfuhr eine Steigerung von mehr als 75 Proz. Im Kabelwerk Oberpree waren sämtliche Betriebe so stark beschäftigt, daß nur durch Einrichtung doppelter und dreifacher Schichten der vermehrte Auftragsbestand erledigt werden konnte. Bei der Lampenfabrik stieg vor allem die Nachfrage nach Metalldrahtlampen, während der Absatz in Kohlesadenglühlampen etwas zurückging. In der Automobilfabrik erhöhte sich der Umsatz um etwa 50 Proz. Die Abteilung für Licht- und Kraftanlagen versieht in steigendem Maße sämtliche Industrien mit elektrischen Ausrüstungen.

Die A. G. G. liefert aber nicht nur die Ausrüstungen mit Maschinen usw., sie errichtet selbst eigene Elektrizitätswerke oder beteiligt sich finanziell an ihnen. Bei einer großen Zahl von Kraftstationen, Ueberlandzentralen, städtischen Elektrizitätswerken in Deutschland, Skandinavien, Holland, Italien, Südafrika ist ihr die Einrichtung oder Erweiterung übertragen worden. Für elektrische Straßen-, Hoch-, Untergrund-, Stadt- und Fernbahnen liefert sie Motortwagen, Lokomotiven und sonstige Einrichtungen in vermehrter Zahl. Insgesamt wurden von den in- und ausländischen Fabriken 183 500 Maschinen abgeliefert. Die Zahl der Angekauften beträgt 70 182; 6550 davon entfallen auf die Fabriken in Wien, Riga und Mailand.

Das Geschäftsjahr schloß mit einem Reingewinn von 24,386 Millionen Mark ab. 18 Millionen davon werden als 14prozentige Dividende ausgeschüttet; 650 000 R. erhält der Aufsichtsrat. Von dem außerordentlich günstigen Stand des Unternehmens geben diese Zahlen noch kein volles Bild. Den Reserven werden weitere 3 Millionen zugewiesen, so daß sie jetzt bereits 65 Millionen, d. h. die Hälfte des Aktienkapitals erreicht haben. Die Finanzgewinne (aus dem Besitz an Wertpapieren) werden wiederum völlig zur gänzlichen Abschreibung neuerkapitaler Fabrikabschreibungen verwendet. Wie groß die stillen Reserven bereits sind, beweist die Bilanz, in der die Maschinen, Modelle und Werkzeuge sämtlicher Fabrikanlagen mit je einer Mark zu Buche stehen. Buchmäßig erscheinen auch das Konto aller von der „Union“ übernommenen Werte, das Patentkonto und das Inventarierkonto mit nur 1 R. Wenn die Aktiva der Bilanz mit 378 Millionen abschließen, so erschöpft diese Zahl bei weitem nicht die tatsächlich vorhandenen Werte.

Aus der Frauenbewegung.

Der Geburtenrückgang — eine Gefahr?

Ueber dieses Thema veranstaltete der Bund für Mutterschutz am letzten Dienstag einen Diskussionsabend im Architektensaal. Frau Helene Stöcker kennzeichnete von kulturellen Gesichtspunkten aus das Interesse der Frau, nicht bloß als Gebärmutter zu dienen. Genosse Eduard David sprach darauf vom Standpunkt des Soziologen über diese Frage. Er schilderte eingehend am der Hand ausführlicher Statistiken die bekannte Erscheinung, daß seit den achtziger Jahren die Geburtenhäufigkeit abnimmt. Während bis zu Anfang dieses Jahrhunderts dieser relative Rückgang der Geburten durch den Rückgang der Sterblichkeit ausgeglichen wurde, so daß sogar der Geburtenüberschuß nochstieg, haben wir seit 1906 einen Rückgang des Geburtenüberschusses zu verzeichnen. Solange Deutschland ein Agrarstaat war, zeigt sich die Geburtenzahl direkt abhängig von dem inländischen Ernteausschlag und zeigte daher auch einen stetigen Verlauf. Will man den rasch gestiegenen Bevölkerungszuwachs nicht wieder abnehmen lassen, so muß die Lebenshaltung derjenigen verbessert werden, die heute infolge von Existenzsorgen auf die Fortpflanzung ganz oder zum Teil verzichten müssen. Soweit die Forderungspolitik an dem Geburtenrückgang schuld ist, ließe sich durch Veränderung unserer Wirtschaftspolitik wohl Abhilfe schaffen. Falsch wäre es aber, die Einschränkung der Kinderzahl bei den Verheirateten ohne weiteres als einen Nachteil anzusehen. Nicht die Quantität, sondern die Qualität entscheidet auch hier. Die Gesundheit der Mutter ist ein ebenso wichtiges Gut wie das Leben des Säuglings, und das Interesse der Eltern ist wohl berechtigt, lieber wenigen Kindern gute Lebensbedingungen zu schaffen als durch die Erzeugung vieler die eigene Existenz und die der Kinder zu gefährden. Gegenüber diesem begründeten Streben erscheinen die Verbote von Präventivmitteln ausdiesiglos. Gerade in bemittelten Kreisen — die noch vor nicht allzu langer Zeit Lohnforderungen der Arbeiter mit der Antwort abwiejen: weshalb zugen Sie so viele Kinder? — nimmt man die Kinderbeschränkung als ein Recht für sich in Anspruch, das man den Proletariaten verwehren will.

Ueber die Frage des Geburtenrückganges vom Standpunkt des Arztes sprach sodann Dr. Julius Marcuse-Wünchen. Er schilderte ausführlich, wie Geschlechtskrankheiten und Alkoholismus auf die Zeugungsfähigkeit der Eltern, die Schwangerschaft der Mutter und die Sterblichkeit der Kinder schädlich einwirken. Sodann ging er auf die sozialen Ursachen der Säuglingssterblichkeit und den Einfluß der Fabrikarbeit bei den Müttern ein. Als eine Schädigung von Müttern und Kindern mußte aber auch die Vielgebärderei bezeichnet werden. Von Ärzten ist mehrfach (auch für Bauernfamilien) festgestellt worden, daß die Gesundheit der Eltern und der Kinder eine um so größere ist, je weniger Kinder in der Familie geboren wurden. Gerade im Proletariat, das mit dauernden Existenzschwierigkeiten zu kämpfen hat, ist eine Einschränkung der Geburtenzahl berechtigt. Die Rationalisierung des Gebärprozesses ist eine durchaus notwendige Forderung. Solange nicht eine gesunde Wirtschaftspolitik, die durchgreifende Wohnungsreform, Entlastung der Mütter von der Fabrikarbeit usw. stattfindet, schäht gerade willkürliche Kinderbeschränkung vor unnützer Vergeudung von Gesundheit und Wohlstand.

Ein guter Rat in teurerer Zeit.

Ohne teures Fleisch kann die Hausfrau wohlschmeckende, nahrhafte Suppen herstellen, wenn sie die bekannten Maggi's Suppenwürfel zu 10 Pf. für 2-3 Keller kauft. Maggi's Suppen stehen den besten mit Fleischbrühe zubereiteten Suppen in nichts nach. — Mehr als 40 Sorten. — Beim Einkauf achte man aber auf den Namen Maggi und die Schutzmarke „Kreuzchen“.

Heute

verkaufen wir

Seefische

zu nachfolgenden Preisen:

Schellfisch . . . pro Pfd. 26 Pf. | **Seelachs** ohne Kopf pro Pfd. 26 Pf.
Kabliau (ohne Kopf) . . . 24 . | **Schollen** 25 .

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

E. G. m. b. H. — Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 22/26.

108/2

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

E. G. m. b. H.

Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 19/26.

In **Weißensee, Lehderstr. 62**
 eröffnen wir heute unsere
95. Verkaufsstelle.

108/1

Der Vorstand.



Das Ideal der Hausfrau

ist eine

Singer Nähmaschine

Zu haben in sämtlichen Läden mit nebenstehendem „S“-Schild oder durch unsere Agenten

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
 Berlin, Leipziger Straße 92.

Filialen in allen Stadtteilen.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
 10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

Vorjährlige

feinste Anzüge, Paletots, schicke Ulster, Gehrockanzüge, Smokings auf Selde 30-70 M.
Versandhaus Germania
 21. Unter den Linden 21.

Getragene Monatsgarderobe.

Heute und folgende Tage: Verkauf von gebrauchten Maßanzügen, Maillots, Ulster etc., welche teils von ersten Schneidern sind, auch einzelne auf Selde gearbeitet. Ferner eleganteste neue Herrenkleidung in prima Ausführung:

Jackett-Anzüge	M. 12.-	16.-	22.-	etc.
Herren-Paletots	10.-	14.-	18.-	
Ulster	12.-	16.-	24.-	
Rock-Anzüge	12.-	16.-	24.-	
Gehrock-Anzüge	16.-	23.-	29.-	
Frack- u. Smoking-Anzüge	24.-	28.-	33.-	
Herren-Beinkleider	5.-	7.-		

Frack-Gesellschaftsanzüge werden verliehen.

Herrn-Garderobenhaus nur Friedrichstr. 127

Sonntags nur v. 12-2 Uhr geöffnet.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 14. Novbr. 1912.

Urania. Bilder aus dem Orient. (In natürlichen Farben.)
 Anfang 4 Uhr.

Regl. Opernhaus. Cavalleria rusticana, Bajazzo.
Königl. Schauspielhaus. Die Hermannschlacht.
Deutsches. Tolentanz.
Sirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Sirkus Busch. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Die wichtigsten Kulturpflanzen der Weltwirtschaft. Mit dem Zeppelin-Luftschiff von Sylt nach Hamburg.
Hörspiel: Konstruktions-Ingenieur H. Kerner: Herstellung gut-eiserner u. schmiedeeiserner Röhren.
Kammerspiele. Maria Magdalena. Verina. Gabriel Schillings Flucht.
Deutsches Opernhaus. Fidele. Steines. Magdalena.
Königsgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Schiller O. Flachsmann als Erzieher.
Schiller O. Coaristenburg. Die Kinder der Exzellenz.
Berliner. Filmzylinder.
Residenz. Prinzenerziehung.
Komödienhaus. Die Generalbude.
Deutsches Schauspielhaus. Der gutgehende Frad.
Thalia. Antolinchen.
Theater am Rollendorfsplatz. Orpheus in der Unterwelt.
Kurfürsten-Oper. Der Aufrichtige.
Montis Operetten. Der Frauenfresser.
Kroll. Vögelblut.
Luisen. Des andern Ehre.
Kofe. Die größte Sünde.
Metropol. Chauffeur — ins Metropol.
Urania. Liebesbarometer.
Herrnfeld. Die Alpenbrüder. Endlich allein.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Regl. Opernhaus. Cavalleria rusticana, Bajazzo.
Königl. Schauspielhaus. Die Hermannschlacht.
Deutsches. Tolentanz.
Sirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Sirkus Busch. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Die wichtigsten Kulturpflanzen der Weltwirtschaft. Mit dem Zeppelin-Luftschiff von Sylt nach Hamburg.
Hörspiel: Konstruktions-Ingenieur H. Kerner: Herstellung gut-eiserner u. schmiedeeiserner Röhren.
Kammerspiele. Maria Magdalena. Verina. Gabriel Schillings Flucht.
Deutsches Opernhaus. Fidele. Steines. Magdalena.
Königsgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Schiller O. Flachsmann als Erzieher.
Schiller O. Coaristenburg. Die Kinder der Exzellenz.
Berliner. Filmzylinder.
Residenz. Prinzenerziehung.
Komödienhaus. Die Generalbude.
Deutsches Schauspielhaus. Der gutgehende Frad.
Thalia. Antolinchen.
Theater am Rollendorfsplatz. Orpheus in der Unterwelt.
Kurfürsten-Oper. Der Aufrichtige.
Montis Operetten. Der Frauenfresser.
Kroll. Vögelblut.
Luisen. Des andern Ehre.
Kofe. Die größte Sünde.
Metropol. Chauffeur — ins Metropol.
Urania. Liebesbarometer.
Herrnfeld. Die Alpenbrüder. Endlich allein.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Regl. Opernhaus. Cavalleria rusticana, Bajazzo.
Königl. Schauspielhaus. Die Hermannschlacht.
Deutsches. Tolentanz.
Sirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Sirkus Busch. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Regl. Opernhaus. Cavalleria rusticana, Bajazzo.
Königl. Schauspielhaus. Die Hermannschlacht.
Deutsches. Tolentanz.
Sirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Sirkus Busch. Gala-Vorstellung.

Anfang 10 Uhr.

Regl. Opernhaus. Cavalleria rusticana, Bajazzo.
Königl. Schauspielhaus. Die Hermannschlacht.
Deutsches. Tolentanz.
Sirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Sirkus Busch. Gala-Vorstellung.

Berliner Theater. 8 Uhr:
Filmzauber.

Theater in der Königsgrätzer Straße
 8 Uhr: **Die fünf Frankfurter.**

Montis Operetten-Theater (früher Neues Theater)
 Abends 8 Uhr:
Der Frauenfresser.

Schiller-Theater O. Wallner-

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Flachsmann als Erzieher.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Flachsmann als Erzieher.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
König Lear.

Schiller-Theater Charlotten-

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.
 Freitag, abends 8 Uhr:
 Zur Feier von Gerhard Hauptmanns 50. Geburtstag
 Zum ersten Male: **Elga.**
 vorher: **Die Geschwister.**
Deutsches Schauspielhaus
 8 Uhr: **Der gutgehende Frad.**
Theater am Rollendorfsplatz (Neues Schauspielhaus)
 Täglich abends 8 Uhr: Gastspiel des Münchener Theatertheaters.
Orpheus der Unterwelt.
 Jeden Mittwoch u. Sonnabend 8 1/2 Uhr:
Schneewittchen.

Residenz-Theater

Anfang 7 1/2 Uhr.
Prinzenerziehung.
 Satire in 3 Akten v. Maurice Donnay.
 Bearbeitet und inszeniert von H. Volten-Bardach.

Luisen-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Des andern Ehre.
 Freitag: **Des andern Ehre.**
 Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinder-
 vorstellung: **Kumpelstücken.**
 Abends 8 Uhr: **Das Käthchen**
 von Heilbrunn.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
 Abends 8 Uhr:
Die größte Sünde.
 Drama in 5 Akten von Otto Ernst.
 Freitag: **Papagena.**

Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr: **Kanaken geflattet.**
Chauffeur — ins Metropol!
 Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern von J. Freund.
 Musik v. Rud. Wolfen. Länge arrang.
 von Ed. Vilgop. In Szene geht
 vom Direktor H. Schulz.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr.
 Nie dagewesener Erfolg
 des neuen Programms!
 12 große Attraktionen!
 Ganz Berlin spricht von
M. Bendix und **E. Schnabel**
 als Droschkenkutscher u. Fiaker.

Boigt-Theater.

Donnerstag, den 14. November 1912:
 Gastspiel in Puhlmanns Theater,
 Schönhauser Allee 148:
Zapfenstreich.
 Sittendrama in 5 Akten von
 Urban Seydewitz.
 Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Freie Volksbühne

Sonnabend, den 16. November, abends 8 1/2 Uhr,
 in den Konkordia-Festsälen:

Heiterer Konzert-Abend

Mitwirkende:
Neues Tonkünstlerinnen-Orchester
 Dirigent: Herr Kapellmeister Ivan Fröbe.
Gesang: Herr Artur Sistermann.
 Flügel: Herr Kapellmstr. Alex. Neumann.
Rezitation: Herr Ludwig Hardt.
Brettel: Fräulein Claire Waldoff.

Festmarken inkl. Programm und Festball à 60 Pf. in allen Zahlstellen. 244/1

Abend-Abteilungen

nächste Serien (ab 18. November 1912):

Strindberg: Die Kameraden.
 Komödie in 4 Akten.

Mitgliedskarten zu den Abend-Abteilungen sind in den Zahlstellen zu haben.

„Clou“ :: Berliner ::

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Heute: Doppel-Konzert!

Berliner Konzerthaus-Orchester. Dir. Frz. v. Blon, Komponist.
Musik. Kaiser-Alexander-Reg. Dirig. Kgl. Musikdir. Brase.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
 Freitag, den 15. cr.: **Großer Wohltätigkeits-Monster-**
Konzert-Abend zum Besten der Reichsfliegerstiftung. 7 Kapellen.
 Mitwirk. erster Bühnenkünstler. Vorverkaufsk.-Gedenkmünzen à 2,50 im
 Clou zu haben! Abonnements u. Passepart. haben keine Gültigkeit!



Technische Schwierigkeiten halber findet die Eröffnungs-Vorstellung des
Theater Groß-Berlin
 am Donnerstag, den 21. November cr.,
 7 1/2 Uhr, statt. Die für die Premiere gelösten
 Billetts behalten ihre Gültigkeit.
 Die für spätere Vorstellungen verkauften
 Billetts werden auf Wunsch an der Kasse um-
 getauscht oder zurückgenommen.
 Die Direktion.

Zirkus

Albert Schumann.
 Heute Donnerstag, 14. Nov.,
 abends 7 1/2 Uhr:

Große Gala-Vorstellung.

Auftreten sämtlicher neu
 engagierten Attraktionen.
 Um 9 1/2 Uhr:

Der unsicht-

bare Mensch.
 Vier Bilder aus Indien.
Der Clou der Saison!

Herrnfeld

Theater
 8 Uhr:
 Die mit beispiellosem Lacherfolge
 aufgenommene Novität

Die Alpenbrüder.

10 Uhr:
Endlich allein!
 Beide Stücke mit den Autoren
 Anton und Donat Herrnfeld
 in den Hauptrollen.
 Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Passage-Panoptikum

Das größte Naturwunder!
 Die
HEILIGE
WEISSE
NEGERIN
 und ihre schwarze Priester-
 Schwester.
 Beide lebend
 ohne Extra-Entree
 zu sehen.

Folies Caprice.

Sum 75. Male
Die drei Schläger:
 Der teufliche Joseph.
 Der Hebdod.
 Der Gindrecher.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
 Abends 8 Uhr:
Die Nacht
der Töne.
 Sonntag-
 nachmittag
 3 Uhr:
Der Kom-
pagnieball

Urania

Taubenstraße 48/49.
 4 Uhr: **Gerais-Courtellemont:**
Bilder aus dem Orient.
 (In natürlichen Farben.)
 Abends 8 Uhr:
 Die wichtigsten Kulturpflanzen der
 Weltwirtschaft. Mit dem Zeppelin-
 luftschiff von Sylt nach Hamburg.
 Hörspiel 8 Uhr:
 Konstruktions-Ingen. A. Kerner:
 Herstellung gut-eiserner und
 schmiedeeiserner Röhren.

Zirkus Busch.

Heute Donnerstag, 14. Nov.,
 abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
 Neu! **Albas Kopf-Drahtseilfahrt**
 durch den Zirkusraum.
Neu! Kapit. Spaulding.
 Schein oder Wirklichkeit?
Tourbillon-Troupe,
 akrobatische Lady-Cyclisten.
3 Blackburns, Luftleiter-
 Akrobat auf dem Schiffsmaast.
 Zum
 Schluss: **Unter Gorillas.**
 Große Pantomimen-Barleske
 in 4 glänzenden Bildern.

Trianon-Theater.

Abends 8 Uhr:
Liebesbarometer.

Theater Königstadt-Casino.

Holzmärktstraße 74,
 1. Rln. v. Bahnh. Jannowitzbrücke.
 Tägl. abends 8, Sonntag 5 1/2 Uhr:
8 erstklassige Spezialitäten
 und **Kalt** gestellt
 oder: **Fehlgeschossen.**

Casino-Theater

Lotzbringer Str. 37. Täglich 8 Uhr:
 Das sensation. November-Programm
Robert Neesemann,
 Berlins Lieblingshumorist mit neuen
 Schlägern. **Riesen-Lacherfolg** des
 lustigen **Der Großfürst!**
 Sonntag 4 Uhr: **O diese Männer!**

Nibles Fest-Säle

Dennewitzstraße 13.
 Jeden Donnerstag:
Tanzfränzchen
 bei freiem Entree. O. Nible.

Concordia-Festsäle.

Inh.: M. Wendt u. A. Schütze.
 64 Andreasstr. 64.
 Jeden Donnerstag:
Große Soiree
 der allgemein beliebten
 und bekannten
Hoffmanns Sänger.
 Direktion Fr. Fanster
 mit vollständig
 neuem Programm
 Anfang 8 Uhr.
 Nach der **Frei-Tanz.**
Soiree:
 Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Auf Credit
erhält
Jeder Herr
zu äusserst leichten
Zahlungsbedingungen
elegante Garderobe.
Ulster, hochmodern
Winter-Paletots
Sakko-Anzüge
Rock-Anzüge
Jünglings- und
Knab.-Garderobe

Mit **1** Mark
wöchentl.
Abzahlung
bei
Richard Krumbeck
Frankfurter Allee
154
Sonntags
von 12-2

de Josetti

JUNO

QUALITÄTS- **2** PFG. CIGARETTE



Blendol

Bei mir jibt's andre Mittel nicht,
Ick bin bloß uff Blendol verpicht

Das beste flüssige Metallputzmittel.
In Glasfl. zu 10, 15 und 25 Pfg. in Blechfl. aller
Größen überall erhältlich.
Fabrik Urban & Lemm, Charlottenburg.

Patente etc. erwirkt u. verweriet anerkt. schnell.
Civ.-Ing. Jaeger & Dr. Breslau
Berlin, Gieselerstr. 106. n. d. Pat.-Amt

Das beratende Nachschlagebuch: „Wie muss
eine Erfindung für die Verwertung beschaff. sein?“ **gratis** u. franko

5. Ziehung 5. Kl. I. Preuss.-Süddeutsche
(227. Königlich Preuss.) Klassen-Lotterie
Ziehung vom 12. November 1913 vormittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne zu zahlen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

22 369 73 61 427 55 558 502 712 534 94 1133 93
73 341 417 67 713 19 73 10000 893 94 933 45 2055
220 28 49 306 98 490 537 610 12 776 77 87 [500] 819
22 25 978 3002 18 229 85 898 436 625 778 811 [500]
4028 48 147 72 348 444 723 859 [500] 994 8209
8303 34 [500] 41 769 927 77 6120 258 327 [1000] 84
88 99 692 769 521 916 7084 170 423 [5000] 810 24 730
15000 89 71 837 610 8114 69 353 67 426 41 539 48 64
67 68 98 887 827 [5000] 67 831 9028 32 68 118 77
10001 394 86 [500] 533 775 908 16

10024 201 473 984 614 43 790 [5000] 814 60
11033 33 92 113 48 208 67 879 489 536 [1000] 65
923 12133 94 414 [500] 806 [1000] 48 669 99 803
13113 [5000] 90 231 937 708 803 11 18 45 14108
206 67 814 441 827 618 989 15020 171 416 87 689
612 40 85 768 88 899 16059 131 526 [1000] 44 413
14 [1000] 824 [500] 735 17075 127 82 348 [5000] 80
412 620 600 88 743 [500] 48 18287 90 308 93 409
42 77 81 836 652 975 [1000] 19099 249 387 40
407 41 93 889 727 41 837 849

20136 [500] 70 469 833 87 823 21583 92 [5000]
601 44 821 22148 42170 [500] 249 900 98 512 84 823
709 64 67 845 928 44 84 23038 98 338 708 873
24154 387 82 578 833 863 99 935 23041 73 187 403
[1000] 99 817 78 804 [500] 731 96 28024 [1000] 83
98 240 61 482 27043 189 815 48 870 751 887 89
28043 [500] 48 187 226 383 37 87 521 716 17 34
816 49 697 20100 6 37 313 10 440 63 630 772 888 923
30105 430 40 46 898 906 31053 213 324 27 434
79 740 804 32008 138 262 312 536 814 33287 [1000]
403 592 82 99 624 801 016 34188 82 851 688 [500]
689 926 35483 803 67 707 87 976 38067 140 412 [500]
89 708 30 887 37031 155 65 842 88 484 592 614 86
888 900 [1000] 9 38056 70 104 62 [1000] 63 97 416
67 51 61 803 605 744 831 49 [500] 61 62 78 39077
303 10 871 629

40898 281 957 58 78 84 723 41056 220 47 808
403 869 719 894 42170 [500] 249 900 98 512 84 823
43080 83 [500] 62 [5000] 82 485 609 819 87 44078
104 284 406 763 618 987 45043 55 220 441 563
96 [500] 690 782 962 48013 [500] 158 95 273 831 489
619 85 47883 [1000] 291 530 493 77 [500] 879 699
[500] 715 648 [1000] 91 909 95 48082 109 67 68
289 409 28 98 536 79 623 90 939 47 [1000] 49008
123 85 234 94 408 630 [500] 80 644 707 825 936 64
50037 260 446 [500] 374 693 877 952 81076 110
207 [1000] 501 [500] 670 676 723 841 828 52096
170 328 653 968 86 53020 204 408 23 45 882 630 65
800 [500] 54048 428 872 [500] 55007 135 81 550
86148 844 [500] 821 405 878 628 82 763 944 57314
84 41 497 661 611 25 62 740 876 88061 75 195 [500]
288 331 67 652 880 27 827 88 50 87 89095 308 19
[1000] 848 467 867 [500] 709 77 809 93 940

60000 168 293 98 332 [1000] 424 83 728 815 61
81012 872 82 487 808 608 828 62227 63 410 53
112 15 697 [1000] 806 84 85 63115 40 88 960 498
605 37 39 83 819 79 735 64094 [500] 168 379 74 450
62 889 803 717 83 986 65399 [500] 854 72 680 921
83 50 68024 65 226 413 630 81 618 864 97 953 69
87092 284 484 76 843 886 68152 277 381 839
68119 237

70389 218 481 [5000] 188 804 71214 [500] 826
69 400 819 98 97 878 72011 565 28 203 402 17 678
683 811 988 [5000] 73138 271 98 984 [500] 743
45 73 825 [500] 958 50 74027 85 76 217 347 461
651 98 607 37 804 [1000] 234 28 75085 [500] 123 30
414 13 630 [500] 22 858 78088 102 68 218 24 362
73 94 574 891 23 28 708 [1000] 821 98 [500] 88
77183 85 331 484 [500] 87 843 92 [500] 78094 174
228 [1000] 309 86 841 894 76 917 79084 [1000] 76 118
288 862 404 88 809 358 88 [500] 92 810 10

80048 [1000] 106 868 [500] 96 378 645 807
81094 121 286 94 882 85 483 528 80 607 683 [5000]
82087 [1000] 86 69 804 27 896 8 35 98 415 834 45
600 19 62 762 68 879 908 11 83017 87 27 307 [5000]
51 408 71 78 816 917 86 84111 215 821 412 818 682
709 920 52 84 85476 [500] 621 87 718 [1000] 998
88016 48 51 85 138 56 83 230 90 98 [500] 360 73 471
79 889 824 70 785 86 82 818 71 983 87140 87 [5000]
245 80 [1000] 818 496 638 842 88072 180 304 844 88
807 48 915 71 99161 487 630 719 28 885 944 [500] 88
100002 45 65 88 107 71 333 442 800 673 97 753

5. Ziehung 5. Kl. I. Preuss.-Süddeutsche
(227. Königlich Preuss.) Klassen-Lotterie
Ziehung vom 12. November 1913 nachmittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne zu zahlen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

830 161306 76 547 61 604 799 800 56 955 19 30
102118 380 97 499 648 897 910 70 [500] 103225 32
90 337 82 487 650 51 743 104133 51 84 81 436 105087
240 376 88 451 622 44 701 106032 37 93 [1000] 317 18
610 87 84 819 [500] 68 99 107190 42 48 74 229 39 94
310 414 21 60 72 831 46 108068 297 [1000] 307 680 99
727 [5000] 95 804 49 910 60 70 109067 213 776 85
110006 [500] 80 80 81 823 86 807 835 993 111011
874 434 [1000] 625 883 71 908 76 112025 139 294
99 407 [500] 616 43 812 910 39 42 113064 178 387
484 850 85 609 114000 102 270 856 468 90 847 738
545 947 115172 89 99 [5000] 343 404 548 69 [500]
87 100 43 836 41 939 [500] 118053 72 79 187 71 208
884 463 685 714 [5000] 865 117058 288 804 8 9 60
[5000] 703 [1000] 10 39 [5000] 44 76 840 118112 219
88 [500] 921 [5000] 29 118021 127 [500] 333 307 94
[1000] 744 971

120091 181 238 410 850 944 121184 [500] 77
[5000] 308 898 980 122023 45 77 352 480 514 647 98
748 [500] 899 932 58 123041 181 62 304 804 76
478 527 [500] 806 124288 88 889 489 608 10 796 906
128285 11 424 44 [1000] 501 6 718 50 813 963 128991
137 225 339 [10000] 450 549 87 88 [500] 860 850 900
127000 81 399 48 388 555 75 831 88 829 87 827 89
128002 158 453 548 857 882 [500] 939 129087 [1000]
299 348 87 439 80 88 885 95 845 737 65 82

130193 263 328 482 623 51 84 708 834 84 95 927
131013 170 233 339 532 71 899 744 850 878 132089
77 [5000] 252 429 79 608 831 900 133082 87 153 [500]
80 399 683 [1000] 60 610 68 [5000] 776 938 [500]
134252 322 74 493 637 702 135282 247 792 924 63
138219 872 78 468 [500] 553 98 778 941 [500] 63
137095 178 78 665 86 386 [5000] 447 652 781 695
138317 85 [1000] 425 784 801 988 139429 772 92
912 76 [1000] 90

140146 92 [1000] 347 525 703 141071 156 [5000]
229 801 [1000] 59 81 508 [500] 54 60 74 874 70 93
944 142038 389 438 74 75 512 [1000] 15 870 603
143054 120 67 [500] 88 329 309 86 435 92 67 838 72
853 84 849 [1000] 78 1000] 95 [1000] 144003 98 143
87 [1000] 205 82 866 494 630 [500] 40 455 145069
146 324 87 619 [500] 69 717 80 146048 380 405
618 50 67 96 648 874 84 147092 112 38 353 331 48
[500] 585 827 77 944 [500] 148030 100 234 49 804
83 451 654 [5000] 71 87 612 76 798 819 938 149343
786 800 1 78 88 93 970

150097 89 [5000] 372 99 610 82 782 812 40 83
151047 138 67 98 89 311 337 638 627 55 790 624 65
152123 99 318 95 818 41 481 988 632 725 26 802
68 272 153126 32 41 334 489 511 632 893 918 [500]
154162 [500] 233 73 809 63 84 [500] 411 658 657 705
95 886 924 31 59 155021 83 209 437 661 87 [5000]
754 76 889 598 158090 189 49 284 [5000] 489 546
66 811 157098 345 83 843 188005 108 [500] 24 41
69 [5000] 83 264 438 159193 99 307 897 601 87 748
682 95 910 83 95

160308 [5000] 29 37 401 [500] 78 893 735 45
800 921 25 79 161119 42 247 49 314 405 28 91 760
162018 88 [1000] 97 110 29 200 23 72 455 61 95 692
95 718 [5000] 64 65 809 84 916 163881 [500] 382 409
15 74 661 611 67 793 805 164115 21 85 [500] 451 66
678 711 928 59 84 165001 81 528 624 834 168002
25 [1000] 162 18 27 61 860 303 409 47 828 628 84
[500] 707 827 167108 16 351 64 433 690 711 63 884
948 168193 45 85 214 45 486 [500] 709 40 44 894 13
169022 134 898 [1000] 85 819 47 664 716 88 849 75
608 77

170040 190 847 522 625 48 83 778 [500] 883 934
71 171108 27 49 25 317 [1000] 83 489 536 84 83 848
89 829 58 172001 108 93 236 623 628 784 173013
164 [500] 31 298 302 38 79 486 813 708 10 18 435 911
[1000] 174178 298 638 [5000] 616 86 99 994 87
175262 888 740 61 869 982 [1000] 176067 78 111 18
17 21 281 96 468 512 80 81 826 36 63 700 898 98 962
177107 [5000] 300 9 37 470 605 89 689 735 85
178185 270 424 588 [1000] 660 730 178105 95 848
63 458 711 93

180127 235 302 419 545 91 738 181198 216 403
632 880 781 87 818 45 182082 [500] 187 77 233 327
403 [5000] 19 80 530 [500] 906 183005 [5000] 18 43
64 117 [5000] 63 819 632 53 664 740 960 28 835 [5000]
842 668 [1000] 605 722 185147 423 708 28 835 [5000]
918 98 87 186083 87 276 [1000] 378 [500] 801 833 883
974 99 187001 89 276 [1000] 378 [500] 801 833 883
681 188185 236 659 610 36 64 708 889 [5000] 189084
140 364 87 434 873 847 65 887

190198 [500] 806 31 367 477 713 84 191046 260
91 833 648 192038 [500] 114 377 443 517 75 655 730
193086 291 368 [1000] 419 [500] 638 713 88 938
194108 82 201 [5000] 435 607 83 [500] 614 39 [1000]
612 57 195083 319 97 684 85 929 [5000] 198115 41
[5000] 234 538 64 681 911 197156 343 408 49 55 512
24 82 68 82 685 789 97 198089 448 885 79 888 848
912 [1000] 199063 83 113 719 454 83 581 628 [1000]
200089 [500] 77 231 819 454 83 581 628 [1000]
73 748 816 62 916 77 201063 98 [1000] 440 378 98
[500] 687 848 983 84 [5000] 202144 [500] 378 431
[1000] 371 988 12 [1000] 75 203084 91 188 1289
219 20 43 364 407 51 828 [500] 85 988 204014 289
226188 932 203080 9 198 320 [1000] 583 603 43 899
206118 372 487 889 [500] 707 353 908 23 [1000]
207028 81 283 [5000] 309 14 29 52 569 54 682 737
838 902 39

Im Gewinnverzeichnis 2 Prämien zu 200000 M,
2 Gewinne zu 500000, 2 zu 100000, 2 zu 75000, 4 zu
60000, 4 zu 50000, 2 zu 40000, 14 zu 30000, 83 zu
15000, 78 zu 10000, 146 zu 5000, 2170 zu 3000, 3784
zu 1000, 8068 zu 500 M

5. Ziehung 5. Kl. I. Preuss.-Süddeutsche
(227. Königlich Preuss.) Klassen-Lotterie
Ziehung vom 12. November 1913 nachmittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne zu zahlen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

84 590 985 96029 77 230 72 484 523 42 668 65 70 783
97045 82 100 489 67 [1000] 98 932 88338 [1000] 334
84 418 880 [500] 686 97 868 89 89389 92 428 578
629 776 88 882 903 35

100275 935 67 401 85 523 39 748 995 101124 48
311 408 543 99 602 102006 91 201 635 67 [1000] 739
103184 501 29 695 79 896 928 [500] 68 [500] 104081
315 64 589 747 89 997 105047 181 68 278 387 417 87
76 81 828 609 719 838 972 106039 48 176 852 67 439
[5000] 908 316 92 107088 250 443 48 53 78 803 67
109016 243 818 [500] 29 481 625 823 33 [5000] 859
77 [500] 109175 383 84 447 [500] 811 [500] 22 809
71 748 80 [500] 802 73 983 25

110031 129 37 440 98 686 87 89 717 97 111036
[1000] 78 112 243 44 307 458 [1000] 716 45 82 665
112026 27 207 418 72 85 113250 305 35 806 [10000]
22 688 114080 67 184 93 262 429 644 728 [500] 64
889 115037 88 98 140 45 806 486 93 626 708 116132
281 29 345 28 418 67 839 [5000] 603 23 38 117084 144
65 260 90 507 484 758 79 89 82 81 899 913 40 [500]
118049 380 819 28 740 844 118084 248 397 788 875
120042 99 184 [500] 386 425 [1000] 500 693 228
120042 99 184 [500] 386 425 [1000] 500 693 228
69 828 [500] 86 121014 [1000] 122 228 74 405 58
636 95 767 70 818 [5000] 38 478 122021 167 310 89
70 837 98 123053 81 145 80 78 879 [500] 61 85 712
[500] 80 88 825 81 984 124084 171 237 [1000] 43 44
801 14 [1000] 125080 30 54 586 685 [5000] 89 747
83 831 42 82 822 126234 318 39 417 827 768 803 616
127020 75 105 13 278 346 47 [500] 74 489 623 25
774 97 [1000] 978 128072 289 699 838 78 972 95
129088 [1000] 189 938 98 442 532 62 690 26 74 [500]
719 31 848 88 [500] 919 92 [500]

130024 88 92 146 380 342 684 685 736 43 60 615
[500] 919 131086 [500] 281 [500] 85 848 [500] 783
[500] 99 907 984 85 132107 70 345 477 555 64
814 133109 [1000] 230 40 374 89 587 617 97 88
134080 302 [1000] 418 639 70 818 879 939 89 135332
104 46 321 21 811 49 55 63 700 38 803 35 81 94 [5000]
138179 84 287 333 53 808 87 97 913 81 138018 282
137908 43 52 230 349 640 77 900 14 [5000] 85 138042
321 [1000] 898 612 89 640 77 900 14 [5000] 85 138042
127 48 254 82 408 24

Freitag, den 15. Nov., abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung.

Die Genossen werden ersucht, sich vollzählig in den Bezirkslokale einzufinden.

Partei-Angelegenheiten.

6. Wahlkreis.

Am Sonnabend, den 16. November, veranstalten die 12.-15. Ab- teilung einen heiteren Kunstabend im Stadttheater Moabit. Mit- wirkende sind: Musikische Solisten-Kapelle. Herr F. Richard: Regi- tationen. Fräulein Marianne Geher: Lieber zur Laute. Herr W. Gramwald: Humoristische Vorträge. Eintrittskarte 50 Pf.

Ferner findet am selben Tage ein Theaterabend bei Bassinmieder, Badstr. 16, statt. Zur Aufführung kommt: Jopfenreich. Billetts a 50 Pf. einschließlich Garderobe sind für Mitglieder zu haben bei: Gendel, Stralimder Str. 17, Hoffmann, Swinemünder Str. 47, Schade, Köstner Str. 9, Bar, Badstr. 44, Kofe, Koloniestr. 15.

Billetts zur Urania-Vorstellung am Sonntag, den 17. November, vormittags 10 Uhr, sind noch im Bureau, Neue Nachstr. 23, zu haben.

Lichtenberg. Morgen Freitag, abends 7 Uhr, findet von den Zahlabendlokale aus eine Flugblattverbreitung statt. Kein Mit- glied darf fehlen.

Charlottenburg. Heute Donnerstag findet der zweite Licht- bildervortrag im naturwissenschaftlichen Kursus des Genossen Dr. Drüder im Volkshaus abends 8 1/2 Uhr statt. Die Eintritts- karten für diesen und die vier folgenden Vorträge kosten 50 Pf.

Der Bildungsausschuss. Im großen Saale des Volkshauses, Rosinenstr. 3, veranstaltet die 4. Gruppe des Wahlvereins am Sonntag, den 17. d. M., einen Unterhaltungsabend. Wir möchten besonders darauf aufmerksam, daß dieser Abend den Genossen neben dem Vergnügen auch einen künstlerischen Genuß zu bieten verspricht. Es ist den Genossen ge- lungen, für diese Veranstaltung hervorragende musikalische Kräfte (Mabier, Weige, Gesang) zu gewinnen. Außerdem wird durch Theater, Verlosung und Tanz für die Unterhaltung der Teilnehmer gesorgt. Anfang 8 Uhr. Wir erwarten, auch im Interesse unseres Volkshauses eine recht gute Beteiligung der Genossen an dieser Ver- anstaltung. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf. Der Vorstand.

Über-Schönweide. Freitag, den 15. November, abends 7 Uhr ab: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Pankow-Schönhausen. Morgen abend findet im Türkischen Zeit, Weitestr. 14, der dritte Vortragsabend vom Genossen Julian Borchardt mit dem Thema: „Die historischen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus“ statt. Um rege Beteiligung ersucht. Der Bildungsausschuss.

Zegeh. Freitag, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus.

Borsigwalde-Wittenau. Am Freitag, den 15. November, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus.

Am Sonnabend, den 16. November: Handzetteldistribution in Wittenau von den bekannten Lokalen aus.

Am Montag, den 18. November, abends 8 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung im Wittenauer Gesellschaftshaus statt. Referent: Genosse Adolf Hoffmann.

Königsplatz, Zepherus, Busch. Heute, abends 8 1/2 Uhr: Gemein- schaftlicher Jahlabend bei Starke in Busch, Bahnhofs, Ecke Schönower Straße.

Spandau. Freitag, den 15. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant Ivoli (G. Borchardt, Seeburgerstr. 26) eine außer- ordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tages- ordnung: 1. Vortrag des Genossen M. Groger-Neußlin über: „Kommunale Steuerpolitik“. 2. Wahlen. 3. Verschiedenes. Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.

Dahendorf bei Köpen. Am Sonnabend, den 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Wieje: Mitgliederversammlung. Sehr wichtige Tages- ordnung.

Berliner Nachrichten.

Der Verkauf des ausländischen Fleisches

durch Schlächtermeister hat vielfach dazu geführt, daß durch die Art, wie der Verkauf betrieben worden ist, viele Käufer- rinnen von dem Kauf abgesehen worden sind. Die Schlächtermeister, die anfänglich gegen den Verkauf aus- ländischen Fleisches Protest einlegten, fanden sich bald in die neue Situation und suchten nach Uebernahme des Verkaufs nunmehr ihr Schicksal ins Trodne zu bringen, indem sie sich nicht im geringsten an die vorgeschriebene Preisfestsetzung hielten. Sie umgingen diese Preisfestsetzungen, indem sie mit der Knochenbeilage einen großen Unfug trieben und den Käuferinnen vielfach mehr Knochen als Fleisch verkauften oder die einzelnen Fleischsorten nicht so auseinanderhielten, wie die Stadt das verlangt hatte.

Durch diese Verkaufsmethoden suchten viele Verkäufer den Ver- käuferinnen den Kauf ausländischen Fleisches zu verlei- den. Wie wir hören, soll jetzt eine eingehendere Kontrolle über die Verkäufer stattfinden, außerdem wird erwogen, ob nicht doch der Magistrat den Verkauf durch eigene Leute vollziehen lassen will.

Unserer Meinung nach hätte der Magistrat von vorn- herein das tun sollen. Nur so ist eine gewisse Garantie gegen Mißbrauch gegeben. Der Magistrat kann das um so leichter tun, als die Schlächtermeister mit der Lebensbeschäftigung des Verkaufs russischen Fleisches die Woche bis 200 Mark ver- dient haben.

Der Magistrat muß aber noch mehr tun. Außer in den Markthallen muß der Fleischverkauf in einer größeren An- zahl Läden betrieben werden. Leerstehende Läden, die auf Zeit zu haben sind, gibt es in den proletarischen Bezirken genügend. Unsere Arbeiterfrauen sind vielfach genötigt, ge- werblich tätig zu sein, sei es außerhalb der Häuser oder in der Heimarbeit. Lange Wege zur Markthalle bedeuten erheblichen Zeit- und Arbeitsverlust. Außerdem wird lebhaft gewünscht, dafür zu sorgen, daß wieder an den Vormittagen der Fleischverkauf erfolgt. Werden diese Anregungen be- herzig, so dürfte der minderbemittelten Bevölkerung mit der magistratlichen Maßnahme erheblich genützt werden.

„Bessere Zeiten“ für die Armenpflege der Stadt Berlin.

Die Armenverwaltung hat in ihrem Jahresbericht über das Ver- waltungsjahr 1911 (1. April 1911 bis 31. März 1912), den der Magistrat jetzt bekannt gibt, endlich einmal wieder etwas über sehr Gefährliches zu melden. Der ihr zustehende Teil der Armenpflege, d. h. hauptsächlich die sogenannte offene Armenpflege durch Unter- stützung mit barem Geld oder mit Lebensmitteln usw., hat im letzten Jahre eine Minderung der Ausgaben und des erforderlichen Zuschusses gehabt.

In 1911 wurden von der Armenverwaltung ausgegeben 13 252 485 Mark, um 86 948 M. weniger als im Vorjahr, eingenommen aus Rückstellungen von Unterstützungen nur 1 096 021 M., um 145 884 Mark mehr als im Vorjahr, mithin waren als Zuschuß aus dem Stadtsäckel erforderlich 12 156 864 M., um 232 812 M. weniger als im Vorjahr. Von der gesamten Ausgabe wurde das meiste, 10 497 740 M., für die von den Armenkommissionen zu gewährenden Unterstützungen aufgewendet, im besonderen 7 425 223 M. Almosen, 1 300 571 M. Pflegegeld (für Kinder von Waisen), 1 367 506 M. Einzelunterstützungen, dazu 314 440 M. Winterunterstützungen (für Armenempfänger und Pflegegeldempfänger). Gegenüber dem Vor- jahr haben die Aufwendungen für Almosen sich noch um 22 526 M. erhöht, entsprechend der weiteren Mehrung der Durchschnittszahl der Armenempfänger von 35 344 im vorletzten Jahr auf 35 390 im letzten Jahr. Dagegen wurden die Aufwendungen für Pflege- geld um 11 275 M. ermäßigt, wie auch die Durchschnittszahl der Pflegekinder von 13 179 auf 12 874 zurückgegangen ist. Ermäßigt hat sich ferner der Gesamtbetrag der Ertraunterstützungen um 6453 M., weil die Durchschnittszahl der Einzelunterstützungsfälle pro Monat vom vorletzten zum letzten Jahr von 10 118 auf 9769 herabgedrückt wurde. Ermäßigt haben sich schließlich auch die Winterunterstützungen um 2096 M. Gegenüber dem Voranschlag des Etats sind exportiert worden an den Almosen 74 777 M., an den Pflegegeldern 29 429 M., an den Einzelunterstützungen 32 494 M., an den Winterunterstützungen 5560 M.

Der Bericht der Armenverwaltung will die Erhöhung der Ein- nahmen aus Rückstellungen auf die „eingetretene allmähliche Besserung der Gewerbestände“ zurückführen. Daß die Summe der Ausgaben für Unterstützungen keine Erhöhung mehr aufweist, meint die Armenverwaltung gleichfalls aus einer „Besse- rung der Lebensbedingungen der ärmeren Volks- klassen“ erklären zu sollen. Hier fällt uns ein, daß im Herbst 1911 der Armenverwaltung ein Antrag der ihr angehörenden sozial- demokratischen Stadterordneten vorlag, den Armenkommissionen mehr Rücksicht auf die herrschende Teuerung zu empfehlen. Der Antrag wurde von freisinnigen Mitgliedern der Armenverwaltung beämpft, weil die Armenkommissionen vorziehen, die man auf die Teuerung nicht erst hinzuweisen brauche, dadurch nur veranlaßt werden könnten, mehr als nötig zu geben. Im Voran- schlag des Etats für 1911 war erläutert gefügt worden, es sei, wenn auch an sich auf günstigere Gestaltung der Verhältnisse ge- hofft werden dürfe, doch zu berücksichtigen, daß die Zahl der Al- mosenempfänger, überwiegend alter Leute, hier von im ganzen un- verändert bleibt, und andererseits die Teuerung der Lebensmittel die Armenkommissionen zur Erhöhung der Almosen drängt. Hiermit vergleiche man jetzt das Ergebnis des Betriebes der Armenpflege aus dem Jahre 1911! Der Gesamtbetrag der Ausgaben für Al- mosen ist noch gestiegen, aber in demselben Maße ist gestiegen die Durchschnittszahl der Armenempfänger. Den Durch- schnittsbetrag des Monatsalmosens berechnen wir für das vorletzte Jahr auf 17,45 M., für das letzte Jahr auf 17,48 Mark, das macht durchschnittlich ganze 3 Pfennige mehr. So sieht die Rücksicht auf die Lebensmittelteuerung aus. „Bessere Zeiten“ für die Armenpflege — aber nicht für die Armen!

Eltern, die aus Armut ihre Kinder hungern lassen?

Ueber die Eltern der Waisenkinder der Stadt Berlin wird von der bürgerlichen Presse eine Mitteilung veröffentlicht, für die als Quelle die „Blätter für die Berliner Armen- und Waisenkinderpflege“ genannt werden. In diesem von der Armen- verwaltung der Stadt Berlin herausgegebenen amtlichen Organ, das den Armenkommissionen und Waisenträgern von Amtswegen zugestellt wird, lautet die Mitteilung so:

„Die Eltern der städtischen Waisen in Berlin. Das städtische Waisenhaus in der Alten Jakobstraße, das vor etwa drei Jahren fertiggestellt und bedeutend erweitert wurde, erweist sich als zu klein und soll möglichst bald durch Neubauten vergrößert werden. Wie beim Odbach wächst die Frequenz von Jahr zu Jahr. Sie ist schon auf rund 4000 Kinder gestiegen. Von diesen sind rund 13 Proz. Wai- sen und nur etwa 3300 in Berlin geboren. Aber auch die Mehrzahl dieser 3300 sind von Rechts wegen keine geborenen Berliner. Sie sind vielmehr von auswärtigen Müttern hier in Entbindungshäusern, dem Odbach, der Charité usw. geboren und dann verlassen worden. Von rund 400 fehlt überhaupt jede An- gabe des Geburtsortes. Von rund 300 sind Angaben gemacht worden, die darauf schließen lassen, daß sie weder in Berlin, noch in der Mark geboren sind. Der Rest der Kinder ist in den Vor- orten und der Mark zur Welt gekommen. Im Jahre 1910/11 wurden rund 4325 Kinder neu aufgenommen, davon wurden 1291 aufgenommen wegen Armut der Eltern, die die Kinder hungern ließen, 551 weil der Aufenthalt der Eltern nicht zu ermitteln war, ferner 1000 wegen Krankheit der Eltern, 129 weil Vater oder Mutter ausgedrückt war. Auch wegen Trunksucht der Eltern mußten Kinder dem Waisenhaus überliefert werden.“

Hast unüberändert im Wortlaut ist diese Notiz von der bürger- lichen Presse unter Angabe der amtlichen Quelle übernommen worden. Das Erreichte dabei ist, daß die Notiz in nahezu demselben Wortlaut schon vor vier Monaten von bürgerlichen Blättern veröffentlicht wurde. Sie gelangte dann, ent- weder direkt oder noch auf einem Umweg, in das amtliche Organ der Armenverwaltung, das eine Quelle zu nennen nicht für nötig hielt. In die bürgerliche Presse ist sie als eine nunmehr von amtlicher Stelle herrührende Mitteilung zurückgelangt, und zwar haben auch solche Zeitungen, die schon vor vier Monaten diese Darstellung bedenkenlos aufgenommen hatten, sie jetzt ihren Lesern nochmals vorgelegt. Doch nicht das ist es, was uns an der Notiz interessiert. Wir beschäftigen uns mit ihr nur, weil die von der Armenverwaltung der Stadt Berlin in ihrem amtlichen Organ aufgenommene Darstellung nach Inhalt und Form große Bedenken erregen muß. Im „Vorwärts“ wurde das bereits vor vier Monaten gegenüber jener ersten Ver- öffentlichung gesagt, aber das amtliche Organ der Armen- verwaltung hat offenbar nichts Bedeutsames darin ge- funden.

Im Waisenhaus Alte Jakobstraße soll die „Frequenz“ schon „auf rund 4000 Kinder gestiegen“ sein! Gemeint ist wohl, daß im Jahre 1910/11 „rund 4000“ in Waisenkinder kamen; nach Aus- weis des Verwaltungsberichts der Waisendeputation waren es 4326. Die meisten gelangen zunächst in das Waisenhaus Alte Jakob- straße, werden aber baldigst anderwärts untergebracht. Das Waisen- haus selber hat in 1910/11 nur eine tägliche Durchschnittsfrequenz von 270 Kindern gehabt. „Nur etwa 3300“ jener „rund 4000“ sind in Berlin geboren! Darüber wundert sich die Armenverwaltung? Hat sie sich schon einmal ausgerechnet, ob in der Gesamtheit der Kinder Berlins, von den Säuglingen bis zu den Vierzehnjährigen hinauf, der Anteil der in Berlin geborenen günstiger ist? Aber auch die Mehrzahl dieser 3300 sind

von Rechts wegen keine geborenen Berliner. Sie sind vielmehr von auswärtigen Müttern in Entbindungshäusern, dem Odbach, der Charité usw. geboren und dann verlassen worden.“ Die „Mehrzahl“ der 3300! Will nicht die Armenverwaltung sich darüber äußern, womit sie die Angabe be- weisen zu können meint? Gewiß, es kommt so manche züchtige Provinzlerin nach Berlin, um hier im geheimen ihr uneheliches Kind zur Welt zu bringen, das dann in der Statistik unehelicher Geburten den Berlinerinnen mit aufs Konto gesetzt wird. Aber im Waisen- haus will man unter den Aufgenommenen eines einzigen Jahres die von auswärtigen Müttern hier geborenen und dann ver- lassenen Kinder so zahlreich bemerkt haben, daß sie die „Mehrzahl“ von 3300 waren? Auf diesen die Provinzjugend schwer kom- promittierenden Unfug war vor vier Monaten sogar die „Deutsche Tageszeitung“ hineingefallen, die doch sonst nur der Großstadt Sünden zutraut. Der Reinsfall wurde im „Vorwärts“ schon damals festgenagelt, aber das hat das Agrarierblatt nicht davor bewahrt, jetzt ahnungslos den Unfug zu wiederholen.

Wahrscheinlich war es wieder der Ton der gegen die Eltern der Waisenkinder sich richtenden Notiz, der den bürgerlichen Blättern so zusagte, daß sie zum zweiten Mal sie begierig aufgriffen. Man beachte, wie die dem Verwaltungsbericht der Waisen- deputation entnommenen Angaben über die Gründe der Auf- nahme in Waisenkinder durch Jutaten verhöht worden sind, die sie der bürgerlichen Presse erst schmackhaft machen sollten. Der Verwaltungsbericht sagt, daß 1291 Kinder „wegen Armut der Eltern“ aufgenommen wurden, aber die Notiz hat daraus gemacht: „wegen Armut der Eltern, die die Kinder hungern ließen“. Wörtlich so war es schon vor vier Monaten in der bürgerlichen Presse wiedergegeben worden. Das amtliche Organ der Armenverwaltung hat jetzt das alles, indem es die Notiz übernahm und ohne Quellenangabe abdruckte, wie eine eigene Meinung vorgetragen. Und als Meinung der Armen- verwaltung wird es nun von der bürgerlichen Presse kolportiert, nachdem es mit dem Amtsstempel versehen an sie zurückgelangt ist. Nach eigener Angabe des amtlichen Organs der Armenverwaltung sollen in Berlin in einem einzigen Jahre 1291 Kinder in Waisen- pflege genommen worden sein, weil die Eltern in ihrer Armut die Kinder hungern ließen. Ist denn so etwas möglich in unserer „Kaiserstadt“ Berlin? In welchem Lichte erscheint da die Berliner Armenpflege!

Wird die Armenverwaltung, was da als eine von ihr her- rührende Mitteilung durch die bürgerlichen Blätter läuft, un wider- sprochen lassen! Sie wird's wohl müssen, es ist ja ihrem eigenen Organ entnommen ist.

Der erste weibliche Rektor in Berlin. Unter den 12 Kandidaten, die die Rektorprüfung bestanden haben, befindet sich auch eine Lehrerin der hiesigen 17. Gemeindeschule, Fel. Margarete Brill.

Fachklassen für Kellner und Köche. In der letzten Sitzung der Deputation für die städtischen Fach- und Fortbildungsschulen wurde u. a. beschlossen, in den Klassen für Kellner und Köche der Pflicht- fortbildungsschule zur Ergänzung der Berufskunde eine V. und VI. Pflichtstunde für praktischen Fachunterricht (Tafeldecken) ein- zuzurichten. Das Kuratorium der Fachschule der Vereinigten Gastwirts- gewerbe hat sich bereit erklärt, die Kosten dieses Unterrichts — Lehrer- honorar, Tischwäsche, Geschirre usw. — zu tragen. Der Unterricht soll durch einen Fachmann erteilt werden, den das genannte Kuratorium vorschlagen wird.

Zwangversteigerung des Bellealliance-Theaters. Nach einer Ver- sammlung des Amtsgerichts Berlin-Tempelhof, Abteilung 9, sollen die Grundstücke Bellealliancestraße 7, 8, 9 und 10, auf denen sich auch das schicksalreiche Bellealliance-Theater befindet, am 9. De- zember, 10 Uhr, versteigert werden. Als Besitzer der Grundstücke sind Theaterdirektor Hermann Bruchhoff und Schriftsteller Hermann Sternheim eingetragen. Die Grundstücke umfassen 60 Ar 35 Quadrat- meter und sind mit einem jährlichen Nutzungswert von 64 755 M. zur Gebäudesteuer veranlagt.

Gewerbegerichtswahlen und Magistrat.

Die sozialdemokratische Fraktion hat der Stadtverord- netenversammlung folgenden Dringlichkeitsantrag unterbreitet:

„Die Versammlung wolle bei dem Magistrat beantragen, daß dieser an den königlichen Polizeipräsidenten das Ersuchen richtet, seine an die Polizeireviere erlassene Verfügung, nach der zur Gewerbegerichtswahl am 17. November 1912 Arbeit- nehmern, die länger als 6 Wochen arbeitslos sind, die Legiti- mationen nicht unterstempelt werden sollen, zurückzunehmen, und der Polizeipräsident die Polizeireviere anweise, ent- sprechend den Bestimmungen des Gewerbegerichtsgesetzes allen in Berlin wohnenden arbeitslosen Arbeitern, die darum nach- suchen, die Legitimation abzustempeln.“ Nach dem § 14 des Gewerbegerichtsgesetzes und § 9 des Ortsstatuts der Stadt Berlin für das Gewerbegericht, sind wahlberechtigt Arbeit- nehmer, die das 25. Lebensjahr vollendet haben und in Berlin Wohnung oder Beschäftigung haben.

Unsere Genossen wollen unter allen Umständen die bis zur Wahl zur Verfügung stehende Zeit benutzen zur vollen Propaganda für die

Liste II der freien Arbeitgeber

und für die

Liste V der freien Gewerkschaften.

Die Wahl für die Arbeitgeberbeisitzer findet am morgigen Freitag, die für die Arbeitnehmer am Sonntag, den 17. No- vember, statt.

Zur Gewerbegerichtswahl.

Die heute dem „Vorwärts“ beiliegende Zusammenstellung der Wahlstellengebiete enthält einige im letzten Augenblick ein- gefügte Änderungen, auf die wir hier besonders aufmerksam machen wollen. Die Grundstücke Lütticher Straße 1/2, Lütticher Straße 50/51, Antwerpener Straße 1/2 gehören mit zu Wahlstelle 48 (Wahllokal Müllerstr. 48), weil sie untrennbar verbunden sind mit den zu Wahlstelle 48 gehörenden Eckgrundstücken Seestr. 25, 26, 33.

Eine Kindesleiche wurde gestern nachmittag von einem Arbeiter aus dem Spreehafen an der Seckerbude gefunden. Es handelt sich um die Leiche eines jungen Mädchens, die schon längere Zeit im Wasser gelegen haben muß. Sie ist schon stark in Verwesung übergegangen und läßt sich daher die Todesursache nur noch schwer feststellen. Die kleine Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

Der Magistrat teilt heute mit: Der Konsum des durch die Stadt Berlin aus Ausland bezogenen Fleisches ist andauernd stark. Es hat sich nicht nur bei der minderbemittelten Bevölkerung seiner guten Qualität und seines billigen Preises wegen gut eingeführt, sondern es wird jetzt auch von den besser situierten Kreisen, wie in verschiedenen Markthallen beobachtet werden konnte, mehr und mehr gekauft. Dieser Umstand beweist, daß die Beschaffenheit des Fleisches andauernd gut ist und dem Geschmack des Publikums entspricht. Wie wir bereits mitteilten, wird das Fleisch, da die Witterung dies zuläßt, von jetzt ab in Warschau nicht mehr unmittelbar nach der Schlachtung abgehandelt, sondern es bleibt dort bis zur Leiste hängen. Dadurch wird vermieden, daß das Fleisch beim Kochen schwer weich wird, wie es bei fröhen geschlachteten und alsbald zum Absatz gebrachten Fleisch möglich ist. Die auf dem fleischigen Schlachthof eingetroffenen Sendungen von Rind- und Schweinefleisch sind nach der Ansicht aller mit der Abnahme bekannten Personen guter Qualität. Sie reichen aus, um den steigenden Absatz zu decken.

Ueber den Selbstmord einer Greisin wird aus der Hagelbergerstraße berichtet. Im Keller des Hauses Nr. 35 bewohnte seit einem Vierteljahr die 77 Jahre alte Witwe Henriette Lehmann geb. Krause eine Stube für sich allein. Ihr Mann war schon lange Zeit tot. Sie selbst konnte keiner Beschäftigung mehr nachgehen und lebte von Armenunterstützung. Die Leiden des Alters veranlaßten die Frau, freimütig aus dem Leben zu scheiden. In der Nacht zum 1. d. M. öffnete sie die Gashähne und erwarbte den Tod. Nachbarn bemerkten aber noch rechtzeitig den starken Gasgeruch, drangen in ihre Stube und riefen sie wieder ins Bewußtsein zurück. Auch gestern machte sich wieder ein starker Gasgeruch aus ihrem Zimmer bemerkbar. Als die Nachbarn jetzt hinzukamen, war es schon zu spät. Die Greisin war bereits gestorben. Ihre Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

Unhaltbare Verkehrsverhältnisse herrschen des Morgens auf dem Bahnhof Hermannstraße. Wie uns berichtet wird, ist der 6.15 Uhr von Potsdam kommende nach Nieder-Schöneweide fahrende Zug überfüllt, daß die zahlreichen Fahrgäste, die diesen Zug benutzen müssen, unmöglich ist, mitzukommen. Auch am Dienstag früh herrschte ein großer Andrang. Da eine Anzahl Fahrgäste in den überfüllten Abteilen dritter Klasse nicht mehr unterkommen konnte, stiegen sie, um nicht zu spät auf der Arbeitsstelle zu erscheinen, in die völlig leeren Stümpfe zweiter Klasse. Bald darauf wurden fünfzehn Personen aus den Wagenabteilen zweiter Klasse herangezogen und aufgeschrien.

Wahrscheinlich wird die Eisenbahnverwaltung nun die Aufgeschriebenen, bloß weil sie in ihrer Haft, noch zur rechten Zeit nach ihren Arbeitsstellen zu gelangen suchten, bestrafen.

Das wäre jedoch bitteres Unrecht. Die Schuld an diesen Zuständen trifft die Eisenbahnverwaltung, die für ausreichende Verkehrsleistungen nicht Sorge trägt. Ist es notwendig, daß um diese Zeit drei bis vier Wagen zweiter Klasse leer mitgeführt werden, weil Hunderte von Fahrgästen dritter Klasse nicht wissen, wie sie wegen der überfüllten Stümpfe dritter Klasse noch mitkommen können? Warum werden die Wagen zweiter Klasse, in denen nur selten ein Fahrgast zu erblicken ist, nicht erheblich vermindert und dafür die jetztigen dritter Klasse vermehrt?

Ein falscher Kassenbote treibt seit einiger Zeit sein Unwesen. Es ist ein Schwindler und Dieb, der Leute, besonders alleinstehende Frauen, die durch Zeitungsinserate Beschäftigung suchen, in ihren Wohnungen aufsucht und sich als Kassenbote irgend eines großen Geschäfts oder einer bekannten Persönlichkeit vorstellt. Er sagt, daß er im Auftrage seines Chefs komme und bespricht mit den Leuten die Bedingungen einer zeitweiligen Anstellung. Dann entfernt er sich mit der Vorgabe, mit seinem Arbeitgeber Rücksprache zu nehmen. Abends, bei andauernder Dunkelheit, sucht er die Leute wieder auf und sagt ihnen, daß alles geregelt sei und sie die Stelle antreten können. Mit den hochfrequenten „Angestellten“ läßt er sich dann in ein Gespräch ein und entfernt sich, nachdem er reichlich betörtet worden ist. Kurz nach seinem Weggange merken die Leute dann, daß ihr Vormonatslohn oder ihre Schmutzlöhne fehlen. Ihre Verdacht, daß der „Kassenbote“ sie gestohlen haben könnte, bestätigt sich, wenn sie sich bei dem angeblichen Auftraggeber des „Kassenboten“ erkundigen.

Zu dem furchtbaren Familiendrama in der Wöllnerstraße, über das wir ausführlich berichteten, wird uns mitgeteilt, daß gestern nachmittag die Leiche der 24 Jahre alten Frau Frida Boh, geborene Hallenberg, die von ihrem 31 Jahre alten Bruder Willi ermordet wurde, vom Gerichtsarzt Dr. Strauch im Leichenhaushaufe obduziert wurde. Der Befund ergab, daß der Mörder in sinnloser Wut auf die Schwester eingeschlagen und diese sich auch zur Wehr gesetzt hat. Ihre Leiche weist nicht weniger als 16 bis 18 schwere Stiche an den Armen, der Brust, dem Hals und dem Rücken auf. Die erste Annahme, daß der Tod der Ueberfallenen durch den tiefen Sturz in die linke Gasse eingetreten sei, erwies sich als nicht richtig. Tödlich waren vielmehr einige Herz- und Lungenstiche. Außer diesen tiefen Wunden weist die Leiche noch einige Schnittwunden auf, die der Mörder seiner Schwester durch deren Schwere beibrachte. So ist das Gesicht unterhalb der Nase bis auf die Knochen durchgeschnitten, so daß die Fleischstücke lose herunterhängen.

Eisenbahners Tod. Im Verlauf verunglückt ist gestern vormittag der 44 Jahre alte Bahnhofsdiener Oskar Schmidt aus der Müllerstraße 102. Schmidt, der auf dem Bahnhof Wedding beschäftigt war, überfiel, als er gegen 7 Uhr die Gleise überquerte, das Gerann eines rangierenden Güterzuges. Er wurde von der Lokomotive erfaßt und umgestoßen. Er fiel so heftig hin, daß er einen Schädelbruch erlitt und an dessen Folgen starb, bevor noch ein hinzugerufener Arzt, der gleich nach dem Unfall erschien, Hilfe leisten konnte. Der Verunglückte hinterläßt seine Frau mit einem Kinde.

Zwei große Dachstuhlbrände wüteten gestern früh in der Friedrich-Wilhelm-Straße 18 und in der Smdener Straße 33. Das Feuer in der Friedrich-Wilhelm-Straße wurde kurz nach 2 Uhr morgens bemerkt, als aus dem Dachstuhl des Quergebäudes heftige Flammen hervorsprangen. Diese griffen dann mit rasender Schnelligkeit um sich und erfaßten in wenigen Minuten den ganzen Dachstuhl. Die Flammenentwicklung war so stark, daß sich der Himmel rötlich färbte und infolge dessen der Feuerchein weitlich sichtbar war. Die Feuerwehre wurde daher auch von verschiedenen Seiten alarmiert und rückt mit drei Jagen an. Der Angriff erfolgte teils über eine mechanische Leiter, die auf dem Hof errichtet war, teils über die Treppen. Trotzdem konnte nicht verhindert werden, daß auch die beiden Dachstühle der angrenzenden Seitenschliffe teilweise vom Feuer ergriffen wurden. Die Lösch- und Aufräumungsarbeiten nahmen volle fünf Stunden in Anspruch. Der Dachstuhl des Quergebäudes ist vollständig vernichtet, während die Dachstühle der Seitenschliffe nur bis zu den Treppenhäusern zerstört wurden. Vermutlich ist das Feuer in der Wöllnerstraße auf dem Boden des Quergebäudes entstanden, wo größere Mengen Brennmaterialien lagerten. In einigen Stellen ist auch die Decke zum vierten Stock durchgedrungen; einzelne Wohnungen haben starken Wasserschaden erlitten, da zum Ueberfließen auch noch ein großes Wasserreservoir besetzt wurde.

Während die Löscharbeiten hier noch in vollem Gange waren, wurde ein neuer Dachstuhlbrand aus der Smdener Str. 36 gemeldet. Dort stand bei Anbruch des 15. Löschzuges der Dachstuhl des Vorderhauses in ganzer Ausdehnung in Flammen. Es gelang den Mannschaften, die Nachbargebäude wirksam zu schützen. Dagegen durchschlug das Feuer an einigen Stellen die Decke nach dem vierten Stock und richtete in mehreren Wohnungen Schaden an. Der Dachstuhl des Vorderhauses ist total eingestürzt. Erst nach vierstündiger Tätigkeit konnte die Wehr den Brandplatz verlassen. Die Ursache des Feuers ist nicht ermittelt.

Die Ortsgruppe Berlin des Arbeiter-Kassabauer-Bundes „Solidarität“ hielt am 31. Oktober bei Boeler in der Weberstraße ihre ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß im Quartale eine Generalversammlung, eine Mitglieberversammlung, drei ordentliche und eine außerordentliche Zentralvorstandssitzung stattgefunden haben, außerdem war der Vorstand an fünf Gauvorstands- und 24 anderen Sitzungen beteiligt. An Unterstufungen wurden gezahlt: Unfallunterstützung 333,50 M. für 287 Krankentage; Kostalunterstützung 40 M., Sterbunterstützung in drei Fällen mit 180,80 M., so daß eine Gesamtunterstützungssumme von 554,30 M. gezahlt wurde. Grenzarten wurden ausgestellt vier nach Desterreich, zwei nach Italien. Aus dem Kassenbericht ist zu entnehmen, daß die Bilanz im Einnahme und Ausgabe die Summe von 2326,54 M. aufweist. Das für die Ortsgruppe im Kaiserbahnhof „Preis auf“ angelegte Kapital beträgt 2035,80 M. Im vergangenen Quartale waren 191 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Der Mitgliedsbestand betrug am Schluß des Quartals 1870. Ansolat der im April d. J. erfolgten gerichtlichen Entscheidung, wonach der Verein ein politischer sei, war die Ortsgruppe genötigt, alle Mitglieder unter 18 Jahren abzumelden, wodurch ein Verlust von circa 100 Mitgliedern entstand. Eine größere Agitationstour wurde nach Stolpe-Hohen-Neuendorf unternommen, die dem Andenken des von dem Gendarm Jude erschossenen Bundesgenossen Adolf Herrmann galt. Alle für die Ortsgruppe bestimmten Sendungen sind wie bisher an den Genossen Richard Karyas, Schulzeinstr. 11, vorn 4 Treppen, zu richten.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Wahltagen. Mit einem vierseitigen Flugblatt beflücht die Vorhutpartei die Wähler. Nebenbei flattern noch kleinere Flugblätter den Wählern zu, und das „Lichtenberger Tageblatt“ führt sich in erhebliche geistige Wahlkämpfe. In einem spaltenlangen Artikel, den man sogar im Separatdruck als Flugblatt verbreitet, wird behauptet, ein sozialdemokratisches Flugblatt enthalte „so viele Unrichtigkeiten und Entstellungen der Tatsachen, daß wir zur Steuer der Wahrheit darauf eingehen genötigt sind“. — Angeblich haben wir den einzelnen Grundbesitzer in unserem Flugblatt „als bestiegertes Mandat, das den Mietern das Recht aus den Händen jagt“, herabgerückt. Das ist natürlich eine willkürliche Konstruktion sozialdemokratischer „Behauptungen“. An anderen Tagen war im „Lichtenberger Tageblatt“ zu lesen, „daß die bisher erschienenen sozialdemokratischen Flugblätter offenbar nur deshalb in einem von dieser Seite ungewohnt zähen Tone gehalten sind, weil jeder vernünftige Mensch sich eben sagen muß, daß die Verdienste der bisherigen bürgerlichen Majorität schließlich unbestreitbar sind“. Weiter wird dann noch gesagt, daß „mit den wenigen von sozialdemokratischer Seite erhobenen Einwänden“ gründlich aufgeräumt worden sei. — Soffentlich wird man nun auch noch gründlich aufeinander sehen, wann man die Leier beschwindelt hat mit der Behauptung, die Sozialdemokraten wären ruppig, schwindelhaft furchtbar usw., oder mit der Mitteilung, daß sie ungewöhnlich zahm seien und keine Anklagen gegen die bürgerliche Majorität erheben. Damit man weiß, welche Vorwürfe wir gegen die sich in Selbstgefälligkeit Sonnenden erheben, sei nur folgendes angeführt: Einige Grundbesitzer trieben den Preis für Baugelände fortgesetzt in die Höhe. Dadurch belassen sie die Mieter, weiter aber auch die Gemeinde, die dadurch in der Erfüllung sozialer Aufgaben gehindert worden ist. Charakteristisch ist folgender Vorgang. Als bei der Auffstellung eines neuen Bebauungsplanes aus hygienischen und sozialen Gründen gegen die Errichtung von Hofwohnungen Bedenken erhoben wurden, erklärte einer der potenten Leute: Vorderhäuser bringen kein Geld. Hinterhäuser bringen es ein! Also die Vermieten müssen am meisten zahlen. — Die bürgerliche Majorität verhielt sich bisher auch eine Reform der Witterungs- und Wasserpflege sowie Einführung eines Säuglingshauses. Sie verschleppte den Krankenhausbau, verhinderte die Errichtung einer Badeanstalt. Das Lichtenberg noch keine Fahrverbindung vom Norden nach dem Süden besitzt, verdanken wir ebenfalls ihrer Passivität. Die noch recht hohe Klassenfrequenz in den Volksschulen, die teilweise noch vorhandenen sehr mangelhaften Einrichtungen sind ihre Werk. Daß wir noch kein ordentliches Schulartzsystem haben, verdankt die Bevölkerung ebenfalls ihr. Daß Lehrer und Beamte in Lichtenberg mit ihren Bezügen hinter ihren Kollegen in Berlin meist noch zurückstehen, ist ebenfalls ein Erfolg der bürgerlichen Majorität. Ihr verdanken wir ferner hohe Gewerbesteuer und das Festhalten an hohen Gaspreisen. — Das sind so einige Blätter aus dem Ruhmestranze bürgerlicher Kommunalpolitik in Lichtenberg.

Der beste Beweis für die Vorkassabank der Vorhutpartei ist das Aufkommen der neuen Mittelstandspartei. Diese wird nun von den Vorkassabankleuten fast noch ärger verachtet und beschimpft, als wie die Sozialdemokratie. Wenn sich die Jäger um die Beute rufen, dann wird es immer lustig — für den Zuschauer! Der Tagesdiener verachtet auch, die Beamten genau so zu machen. Mit erhobenem Schulmeisterfinger beschuldert er sie, um alles in der Welt jede direkte oder indirekte Förderung der Sozialdemokratie zu unterlassen. Warnend und höhnisch ruft er den Beamten zu: „Und wenn ja nun durch die Schwächung der bürgerlichen Parteien die Sozialdemokraten die Mehrheit im Stadtparlament erzwingen, dann wird der Minister sofort die Erhebung in die Serviceklasse verfügen. Komische Schlussfolgerung!“ — Wo, komisch ist die Schlussfolgerung des Artikelschreibers, daß nämlich der Minister nachpolitisch treibe. Das ist doch gänzlich ausgeschlossen! Der Terrorismanderlung des Tagesblattes wird seine Wirkung nicht verfehlen, nämlich die, der Vorkassabankpartei den letzten Wähler außer dem Kreise der Grundbesitzerinteressen ganz bestimmt abzugewinnen.

Allerdings, auch bei der sogenannten Mittelstandspartei werden die Gewerbetreibenden und Beamten nicht besser fahren, als wie bei der Vorkassabankpartei. Weiter Programme — auf dem Papier — sind ziemlich gleich, und in steuerpolitischen und anderen bedeutungsvollen Fragen waren die Herrschaften auch stets ein Herz und eine Seele im Kampfe gegen die das Allgemeininteresse wahrnehmende Sozialdemokratie. Offenbar rechnen die Mittelständler wegen der auf dem Rathaus betriebenen Wahlbezirksgeometrie auf Erfolge in der dritten Abteilung. Unsere Genossen werden ihre Augenmerk auf diesen Punkt richten müssen, um vor unliebsamen Uebererregungen geschützt zu sein. Was von der Mittelstandspartei zu halten ist, geht schon genügend aus der Tatsache hervor, daß sie mit keinem Worte gegen den skandalösen Wahlrechtsraub protestiert, in der Wahlagitation mit keinem Worte auf diese Angelegenheit eingeht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß durch den Wahlrechtsraub gerade die zweite Abteilung, zu der die allermeisten Mittelständler gehören, in ganz erheblicher Weise geschädigt wird. Man kann nur annehmen, daß das Zurückziehen einer Anzahl Arbeiter aus der zweiten in die dritte Klasse die mittelständlichen Volksgenossen mit dem Wahlrechtsraub ausführt. Daß man von solchen Hülfern und Wählern der Volkrechte keine soziale und das Allgemeininteresse herausstellende Politik erwarten darf, liegt auf der Hand.

Reinickow.

Wegen verähter Stiefhände an seiner 12jährigen Tochter ist der 42 Jahre alte Kaufmann Emil S., der seit einem halben Jahre in der Wein-Handel-Str. 10 mit seiner Frau und fünf Kindern von 7 bis 16 Jahren eine Stube und Küche bewohnt, verhaftet worden. Vor acht Tagen brach Frau S. vor dem Hause Königsberger Str. 50 plötzlich zusammen und starb auf dem Wege nach der Charité. Seit dem Tode der Frau weilt die Kinder tagsüber bei Verwandten, während sie nachts in der väterlichen Wohnung schliefen. Vorgefunden erzählte die 12 Jahre alte Tochter ihrer Tante, daß sich ihr Vater an sie vergesse. Diese erstattete darauf sofort Anzeige bei der Polizei. Bei der Vernehmung wiederholte das Kind seine Angaben und sagte noch, daß sein Vater dies schon getan habe, als seine

Mutter noch lebte. Es habe dieser auch wiederholt darüber geklagt. Die Mutter habe dann dem Vater heftige Vorwürfe gemacht, die dieser aber unbeachtet ließ. Die Polizei verhaftete nach dieser Feststellung den S. und führte ihn dem Untersuchungsrichter vor.

Wilmerdorf.

Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, findet der zweite Vortrag des Genossen Däumig über „Eine Wanderung durch sieben Jahrzehnte deutscher Literaturgeschichte“ statt. Eintritt für Erwachsene 20 Pf., Jugendliche unter 18 Jahren frei. Hohe Beteiligung erwartet der Bildungsausschuß.

Steglich-Friedenau.

Einen heiteren Abend veranstaltet der Bildungsausschuß am Sonnabend, den 10. November, im „Birkenwäldchen“, Steglich, Schützenstraße. Für den künstlerischen Teil ist ein ausgewähltes Programm zusammengestellt, bei dem Frau Henriette de Noos (Vieder für Mezzosopran), Herr Emil Kühne (Vieder für Laute und Rezitation) und die Herren G. Schaubert und K. Hofmann (Rezitationen) mitwirken. Zum Schluß wird von den drei Herren das einaktige Lustspiel: „Die Haseupfote“ aufgeführt werden. Die Vorträge beginnen pünktlich 9 Uhr. An den künstlerischen Teil schließt sich ein geselliges Beisammensein mit Bass. Eintrittskarten a 20 Pf. sind an der Kasse zu haben. Es wird um zahlreiche Beteiligung gebeten.

Rudow.

In einer kurz besuchten Versammlung hielt Genosse Rubell am Sonntag ein mit großem Beifall aufgenommenes Referat über „Volkstreuheit und Volksrechte“. In vortrefflicher Weise legte der Redner dar, wie einzig und allein die Sozialdemokratie für die Ausbeuteten und politisch Entrechteten eintrete. Deswegen müßte es sich ein jeder Arbeiter zur Pflicht machen, der politischen wie auch gewerkschaftlichen Organisation beizutreten, um gemeinsam an der Verwirklichung des Sozialismus mitzuarbeiten. Genosse Schulze machte darauf aufmerksam, daß die Wähler im nächsten Jahre zweimal zur Wahl gerufen würden, einmal zur Landtagswahl und zum anderen Male zur Gemeindevorstandswahl. Er sowohl wie auch Genosse Ragott wies darauf hin, daß die bürgerliche Gesellschaft von Rudow mit schuld hätte, daß die Sozialdemokratie noch keinen Arbeitervertreter im Dorparlament hätte. Des weiteren wurde das Verhalten des Gemeindevorstehers der dritten Wählerklasse gegenüber auf das Schärfste verurteilt, der, als man ihn bei der letzten Gemeindevorstandswahl gebeten habe, die Wahlzeit statt von vor- mittags 10—11 Uhr auf 4—7 Uhr nachmittags festzusetzen, es nicht einmal für nötig befunden habe, zu antworten. Wäre ein Arbeitervertreter im Dorparlament gewesen, so hätte derselbe diese der Arbeiterbevölkerung gegenüber bewiesene Mißachtung des Gemeindevorstehers gebührend getadeln können. Zum Schluß richtete Genosse Ragott noch einige Rathsworte an die Versammelten, in der gegenwärtigen bewegten Zeit der Organisation gegenüber ihre Pflicht zu erfüllen und auch Abkommen auf die Arbeiterpresse zu werden. Einleitend und am Schluß der Versammlung drückte der Arbeiter- gesangsverein Johannisthal einige stimmungsvolle Lieder zum Vortrag.

Reichensfelde.

Ein Schmerzensstud für die Gemeindevverwaltung sowie für die Gemeindefinanzen ist die Schmutzwasserkanalisation. Befanlich stellen sich zwischen der Gemeindevverwaltung und der Tiefbaufirma W. Busch-Berlin, die im Frühjahr 1906 die Ausführung der Kanalisationsarbeiten übernahm, wegen der Höhe sowie der Menge der gelieferten Arbeiten umfangreiche Streitigkeiten ein. Die gesamte Kanalisation inklusive Nieselgut-Mischhöhe kostete rund 4 Millionen Mark. Die Firma Busch liegt nun gegen die Gemeinde Reichensfelde wegen Nichtzahlung von 855.018,82 M. nebst Zinsen für 3 1/2 Jahre. Die Gemeinde bestritt überhaupt diese Forderung und behauptet, die Firma Busch habe bereits 698.181,87 M. mehr erhalten, als wie sie vertraglich zu fordern berechtigt war. Die Klägerin fordert 2.800.150,01 M., sie hat erhalten 3.428.564,73 M. Die Gemeinde will nach dem Vertrage nur eine Forderung von 1.835.874,35 M. anerkennen. Unwillkürlich eruiert die Frage, wie ist es möglich gewesen, daß diese Mehrsumme von der Gemeinde gezahlt worden ist. Die Sache ist wie folgt vor sich gegangen: Der frühere Gemeindevorsteher Schulz nahm die Abschlagsrechnung von der Firma Busch als richtig entgegen, und der frühere Gemeindevorsteher Böhmert wies die Zahlung an. Herr Böhmert verfügte befanlich selbstherrlich, ohne bei der bürgerlichen Mehrheit der Gemeindevorstellung einverständigen Widerstand zu erfahren. Da auch die Wahl einer Kommission von der Mehrheit der Vertretung abgelehnt worden war, bestand keine Kontrolle. Erst als man glaubte, daß nichts mehr zu kontrollieren sei, wurde auch eine Kommission gewählt. Die Kommission lehnte jedoch die Abnahme der Kanalisation wegen der großen Mängel bei der Bauausführung ab. Sie trat ferner in eine gründliche Prüfung der Abrechnung ein. Nicht weniger als 50 Punkte wurden beanstandet, darunter Punkt 19 (Wasserhaltung) mit 587.967,98 M. Nach dem Vertrage, den die Kommission erst auf Erfordern zur Einsicht bekam, waren die Kosten für die Wasserhaltung in den Einheitslagen für Erdbarbeiten enthalten. Nur für Spundwände, welche auf Erfordern der Gemeinde im Erdboden belassen werden mußten, hatte die Caustina Entschädigung zu verlangen. Im übrigen hatte die Firma selbst auf eigene Kosten für die Entfernung des Grundwassers Sorge zu tragen; ob dabei Spundwände geschlagen werden mußten oder nicht, kümmerte die Gemeinde nichts, da die Kosten hierfür in den Einheitslagen für Erdbauarbeiten enthalten waren. Nunmehr ließ sich die Firma nach dem Gemeindevorsteher Böhmert befähigen, daß sie berechtigt ist, an Stelle der teuren Spundwände die billigere Abwendung des Grundwasserpiegels mittels Dampfmaschinen vornehmen zu können. Bei der Abrechnung wurden alsdann die Kosten der gesamten Grundwasserbeseitigung mit 69 M. der laufenden Meter der Gemeinde in Rechnung gestellt und dieser Betrag auch angewiesen und bezahlt. Erst als der Sturm der Entrüstung über die Mehrkosten von circa 1 Million den Gemeindevorsteher und auch den Gemeindevorsteher hinweggefegt hatten, kamen diese Manipulationen an die Öffentlichkeit. Ein bei der Staatsanwaltschaft eingeleitetes Strafverfahren gegen den Faunisten Schulz wegen Annahme von Bestechungsgeldern mußte wegen Mangel ausreichender Beweise eingestellt werden. Die Gemeinde verzweigte hierauf die Zahlung weiterer Gelder an die Firma Busch und machte Rückforderungsrechte gegen dieselbe wegen der zuviel gezahlten Gelder geltend.

Interessant für Landgemeinden ist die Stellungnahme der Sachverständigen in dem Rechtsstreit. Einige dieser Herren vertreten die Auffassung, in der Landgemeinde habe der Gemeindevorsteher die alleinige Verfügung über die Gemeindegelder. Die Gemeindevorstellung vertritt demgegenüber den Standpunkt, der Gemeindevorsteher kann nur verfügen, so weit noch § 88 der Landgemeindevorordnung diese Summe von der Gemeindevorstellung bewilligt ist. Da dies unzweifelhaft nicht der Fall ist, habe die Gemeinde auch nicht zu zahlen. Es sei Sache der Caustina gewesen, sich zu überlassen, ob ein solcher Beschluß vorliege. (Entscheidung des Reichsgerichtes vom 20. 12. 07, 7. Senat.) Daß ein solcher Beschluß nicht vorliegt, sei aus dem Antwortreiben des früheren Gemeindevorstehers Böhmert an die Firma zu ersehen gewesen. Darin habe nur, daß sich der Gemeindevorstand mit der betreffenden Abrechnung der Grundwasserablenkung durch Dampfmaschinen einverstanden erklärt und den offerierten Preis von 69 M. pro laufenden Meter angenommen habe. Unter dieser Erklärung ist wieder das Gemeindegeld, noch die volle Unterfertigung des Gemeindevorstehers Böhmert gefügt worden. Unterzeichnet war dieses Dokument vom 23. April 1906, welches der Gemeinde 600.000 M. Kosten soll, nur mit L., dem Anfangsbuchstaben des Namen „Löhner“. Der Ausgang dieses Rechtsstreites wird in der Gemeinde mit größter Spannung erwartet.

Petershagen bei Friedersdorf.

Aus der Gemeindevorstellung. Zu der am 1. April 1918 in Kraft tretenden Grundwertsteuer fand ein zweiter Abänderungs-

antrag Annahme, wonach die bebauten sowie die unbebauten Grundstücke zu gleichen Steuerjahren herangezogen werden sollen. Einem für die Grundwertsteuer eingeführten Steuerzuschuß von vier Personen gehören auch die Genossen Rada und Hölzbarth an. Ein Antrag des Gemeindevorstehers auf Erhöhung seiner Bezüge fand keine Erwähnung, daß als Dienstaufwandsentschädigung statt der bisherigen 600 M. ab 1. Januar 1913 bis Ablauf der Amtsperiode, d. i. 30. Juni 1915, pro Jahr 1500 M. und als Hauskassumme für Portoauslagen pro Jahr 200 M. bewilligt wurden. Der Antrag von der Gemeindevertretung bei der Postdirektion gestellte Antrag auf Einführung des Nachbarortverkehrs zwischen Petershagen und Fredersdorf ist von der Oberpostdirektion abgelehnt. Auf den von der Kirchengemeinde an die politische Gemeinde gestellten Antrag, die Kosten eines Umbaus in der Küsterei zu übernehmen, wurde auf Anfrage beim Ortschulinspektor nach den hierfür gewährten Kompensationen geantwortet, daß, solange das Amt des 1. Lehrers mit dem Küstereamt organisch verbunden, der Schulraum im Küstereihaus der politischen Gemeinde unentgeltlich zu überlassen ist.

Koffen.

Tödlich verunglückt ist der in der Internationalen Schlafwagenfabrik beschäftigt gewesene Arbeiter Hermann Fanzl. Als derselbe auf dem Dache eines Schlafwagens mit Streichen beschäftigt war, glitt er plötzlich aus und stürzte stützlös so unglücklich herunter, daß er das Rückgrat brach. Kurz nach der Einlieferung in das Ritterwolder Krankenhaus verstarb der Verunglückte. Fanzl hatte sich erst vor kurzem verheiratet.

Am Sonntag, den 16. November, feiert der Gesangsverein „Freie Sänger“ im Lokal des Herrn Scherder (früher Kurzer) sein 10. Stiftungsfest. Außer Gesangsporträgen wird der dreistimmige Schwank „Charleys Tante“, von Mitgliedern gespielt, gegeben. Die Jüngeren Arbeiterklasse wird ersucht, diese Festlichkeit zu besuchen.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Eggerdorf, Niederbarnim. Donnerstag, den 14. November, abends 7 Uhr, im katholischen Saale. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Aus der Frauenbewegung.

Veranstaltungen — Vorkaufungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 18. November, 8½ Uhr, in Rekers „Neue Philharmonie“, Köpenicker Straße 96/97. Vortrag: „Die Umbildung des Frauenkopfes durch die Berufsarbeit.“ Referentin: Wally Zepfer.

Aus aller Welt.

Studentenexzeß in Darmstadt.

Die von der reaktionären Presse systematisch betriebene Hetze gegen die russischen Studierenden hat am Mittwochmorgen in Darmstadt zu einem blutigen Konflikt zwischen deutschen und russischen Studenten geführt, wobei Revolver und Messer eine große Rolle spielten. Der Zusammenstoß endete mit dem Tode eines russischen Studenten und schweren Verletzungen mehrerer anderer Teilnehmer.

Ueber den tief bedauerlichen Vorfall wird uns aus Darmstadt gemeldet: Nach einer durchlochten Nacht kam ein Trupp deutscher Studenten in der sechsten Morgenstunde in ein Café. Die schwer besetzten jungen Leute gerieten mit anwesenden russischen Studenten in einen Wortwechsel

und wurden schließlich aus dem Lokal entfernt. Als später die Russen das Lokal verließen, trafen sie auf der Rheinstraße mit ihren Gegnern zusammen und es kam zu einem Streit. Im Verlauf der Schlägerei gab der russische Student Alfred Weiser aus Czernochau einen Revolvererschuß ab, worauf der Student Oswald Bahr aus Solbin mit einem Messer über ihn herfiel. Weiser erhielt einen Stich in die Schläge und sank zu Boden. Der Student Erich Allstädt aus Langensalza ist während des Kampfes durch einen Schuß schwer verletzt worden, so daß er nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Auch Bahr und noch einige andere Studenten erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen.

Wieder eine Eisenbahnkatastrophe in Nordamerika.

Noch sind die Verunglückten der furchtbaren Katastrophe bei Passaic nicht alle geborgen, und schon wieder kommt aus den Vereinigten Staaten die Meldung über ein neues schweres Eisenbahnunglück. Infolge falscher Weichenstellung erfolgte Mittwoch morgen zwischen zwei Zügen der Cincinnati-Hamilton- und Dayton-Eisenbahn in der Nähe von Indianapolis ein Zusammenstoß, wobei 18 Personen getötet und 25 verletzt wurden.

Ein anderer folgenschwerer Zusammenstoß hat sich am Dienstag auf der belgischen Station Deaufort zgetragen. Aus noch nicht genügend aufgeklärter Ursache stieß ein Schnellzug mit einem Güterzuge zusammen. Ein Reisender wurde sofort getötet, 15 andere schwer verletzt. Mehrere Wagen wurden vollständig zertrümmert.

Ein Musterpatriot.

Singabe an das teure Vaterland! Gut und Blut opfern für Kaiser und Reich! Das sind so die landläufigsten Schlagworte unserer Patrioten in kritischen Zeiten. Wie es aber in der Praxis um den Patriotismus vieler Beherrschenden bestellt ist, zeigt folgende Meldung des „F.“:

In einer Berliner Depositionskasse erschien dieser Tage ein Herr, legte 100 000 Mark in Banknoten auf den Ladentisch und ersuchte den Kassierer, ihm dagegen bis zum anderen Vormittag die gleiche Summe in Zwanzigmarkstücken anzuschaffen. Am anderen Tage erschien der Kunde wieder und ließ sich von dem Kassierer einen Sack anweisen, in welchem er die ihm in Goldmünzen ausgehändigte Summe von 100 000 Mark verhielt. Auf die erstaunte Frage des Vorstehers der Wechselkassa, was er damit beabsichtige, erwiderte der Kunde, daß er nunmehr auf Grund des Besizes an Bargeld allen weiteren Verwickelungen, welche sich möglicherweise aus dem Balkankriege ergeben könnten, mit Ruhe entgegensehen könnte.

Dieser Vorgang hat zweifellos seine Bedeutung. Man kann wohl annehmen, daß es in Deutschland, wie auch in den anderen Kulturstaaten, eine Reihe von wohlhabenden Persönlichkeiten gibt, die aus Furcht vor einem Weltkriege bares Geld aufstapeln.

Es geht doch nichts über das nationale Ehrgefühl — wenn man bei Zeiten seinen Reichtum in Sicherheit gebracht hat!

Seine Religion.

Aus München wird uns geschrieben: Vor einem unterfränkischen Gericht war unlängst ein siebenjähriger Junge als Zeuge vernommen. Auf die Frage nach Name und Alter gab der kleine Mann laut und klar Antwort. Dann kam die Frage nach der Religion, und schlanweg antwortete das Bürschchen ebenso klar und deutlich: Zentrum!

Kein Wunder, wenn man's in Wahlgängen so oft von der Kanzel hört.

Kleine Notizen.

Hochkonjunktur für den Scharfrichter. Am Mittwoch wurden nicht weniger als drei Menschen auf gefällige Weise vom Leben zum Tode befördert. In Preußen wurden die beiden Raubmörder Schlägtermeister Kaczyn und Schlägter Konziolla durch den Scharfrichter Schwieg aus Breslau hingerichtet. In Elberfeld wurde der Raubmörder Schobbenhaus mittels des Fallbeils geföpft.

Vergiftung durch Bonbons. Nach dem Genuß von Bonbons erkrankten unter schweren Vergiftungserscheinungen in Duisburg eine Anzahl Kinder. Eines derselben ist unter gräßlichen Schmerzen verstorben, während der Zustand der anderen äußerst bedenklich ist. Wen das Verichiden in diesem traurigen Falle trifft, dürfte die eingeleitete Untersuchung ergeben.

Ein Spiel der Weten. Der alte französische Kreuzer „Aleurus“ wurde, als er von dem Spio „Caudan“ von Vortent nach Rochefort gekloppt wurde, vom Sturm losgerissen und abgetrieben. Der „Caudan“ ist in La Rochelle angekommen. Von der „Aleurus“, auf der sich etwa 15 Matrosen befanden, liegt keine Nachricht vor; ein Torpedojäger ist abgegangen, um das Schiff zu suchen. Die „Aleurus“ ist ein altes Schiff ohne Maschine, das als Ponton dienen sollte.

Wortbericht von Berlin am 12. November 1912, nach Ermittlung des künftigen Preisniveaus. Weizen (Reinhand) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 35,00—50,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinbbl.) 5,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,80. Schweinefleisch 1,80—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Danmstfleisch 1,40—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,50—5,50. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40. Kase 1,60—3,20. Sauer 1,40—3,60. Hefe 1,40—2,90. Borste 1,00—2,40. Schote 1,60—3,20. Biele 0,50—1,60. 60 Stück Arvie 2,00—3,00.

Witterungsbericht vom 13. November 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in °C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in °C
Emmende	741,5	2 Regen	3	3	Saparanda	769,0	2 bedeckt	—	—
Hamburg	745,5	1 Nebel	2	2	Petersburg	761,0	2 bedeckt	—	—
Berlin	744,5	3 bedeckt	—	—	Seife	757,2	6 neblig	7	7
Krausl a. M.	747,5	3 bewölkt	3	3	Abersberg	757,2	6 Regen	6	6
München	754,5	4 halb bb.	4	4	Paris	750,5	2 bedeckt	4	4
Wien	751,5	2 halb bb.	3	3					

Wetterprognose für Donnerstag, den 14. November 1912.

Ein wenig wärmer, zeitweise aufklarend, vorwiegend neblig oder wolfig mit geringeren Niederschlägen und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 12. 11.		am 11. 11.	
	cm	cm ³	cm	cm ³
Nemel, Mühl	212	+5	207	+9
Bregel, Unterburg	12	+13	—	—
Wieschel, Thorn	172	+10	162	+8
Oder, Rahlow	384,5	+8,4	376	0
Großen	196	0	196	+1
Frankfurt	194	+2	192	+9
Wärthe, Schrum	64	+2	62	+9
Landberg	20	+5	15	+18
Neße, Bornham	8	+6	2	+2
Gibe, Zeimert	50	+41	9	+8
Bredben	—	+15	—	+12
Borbe	269	+16	253	+16
Magdeburg	156	+4	152	+29

+) + bedeutet Hoch, — Fall. — *) Unterpegel. *) Um 5 Uhr nachmittags: 176 cm.



Sunlicht Seife

greift nichts an, nur den Schmutz, den aber gründlich! Das wissen alle Putz- und Waschfrauen, welche diese Seife aller Seifen einmal versuchten und nun immer wieder verwenden! — Beweis: Stetig wachsender Absatz!



Samtmäntel - Billig!

Wenn es ein Samtmantel sein soll, dann können Sie nicht besser tun, als Ihren Einkauf jetzt bei uns zu besorgen. — Ein ganz besonders günstiger Einkauf ermöglicht uns — soweit Vorrat reicht —

Samt- und Plüsch-Mäntel

in nur guter Qualität und gut verarbeitet zu beispiellos billigen Preisen und weit unter ihrem eigentlichen Wert zu verkaufen, so dass Sie bedeutend billiger ein so vornehmes, elegantes Kleidungsstück sich zulegen können, als Sie angenommen haben.

17.50 19.75 22.50 26.75 29.— 32.—
35.— 38.25 39.75 41.75 42.50 46.— u. a. w.



Königstrasse 33 am Bahnhof Alexanderplatz

BRENNINKMEYER GMBH

Chausseestr. 113 Ecke Invalidenstr.



46.25 42.50
Pa. Velours du Nord mit reicher Trossengarnierung, vorzüglich in Schnitt und Verarbeitung.

SONNTAGS GESCHLOSSEN!

29.— 26.75
Prima Köper-Samt, ganz auf Seide, sehr schicke, reich garnierte Fassons.

Wahlkreis 14 für die Stadtbezirke 127-130, 135-144:
Vollst. 24-66, Alexanderstr. 38-43, 87-91, Ammerstr. 11-40, ...
Wahlkreis 15 für die Stadtbezirke 145-152, 154, 162, 163:
Alexanderstr. 8-17, 19-36, Andreasplatz, ...
Wahlkreis 16 für die Stadtbezirke 167A-E, 177B, E, F:
Bahnhof, Straßensummebung, ...
Wahlkreis 17 für die Stadtbezirke 175B bis 177A, 177C u. D, 178 A-C:
Vorgänger Str. 1-24, 25-47 (ohne 24a, 24b, 24c), ...
Wahlkreis 18 für die Stadtbezirke 181A, C-J:
Dolger Str. 2-50, Nordendplatz, ...
Wahlkreis 19 für die Stadtbezirke 189A-C, 189D, 189E:
Gödenstr. Deutsch-Romer Str. Dolger Str. 1 u. 51, ...
Wahlkreis 20 für die Stadtbezirke 193, 195-197, 189A, B, E:
Winger Str. 88-89, Or. Frankfurter Str. 1-18, ...
Wahlkreis 21 für die Stadtbezirke 199D, F, 193C, D, G, H:
Alleneier Str. ...
Wahlkreis 22 für die Stadtbezirke 201A-C, 202A-C, 203A u. O:
Bahnhof, ...
Wahlkreis 23 für die Stadtbezirke 205, 208-212, 214A u. B:
Vollst. 2-35, 143-171, ...
Wahlkreis 24 für die Stadtbezirke 215A, B, C, D, E, F, G, H, I, J, K, L, M, N, O, P, Q, R, S, T, U, V, W, X, Y, Z:
Vollst. 1-10, ...

bis Greifswalder Str. ...
Wahlkreis 25 für die Stadtbezirke 215-218, 219-221:
Alexanderplatz, ...
Wahlkreis 26 für die Stadtbezirke 222-224, 227-229:
Alexanderstr. 53-68, ...
Wahlkreis 27 für die Stadtbezirke 232, 234, 227-229:
Vollst. 1b, ...
Wahlkreis 28 für die Stadtbezirke 237-241, 242B, 243A-245:
Vollst. 1a, ...
Wahlkreis 29 für die Stadtbezirke 242A u. C, 247A-E:
Vollst. 1a, ...
Wahlkreis 30 für die Stadtbezirke 246A, B, D, 248A-D:
Vollst. 1a, ...
Wahlkreis 31 für die Stadtbezirke 249A-F:
Vollst. 1a, ...
Wahlkreis 32 für die Stadtbezirke 254A, C, D, E, 321:
Vollst. 1-15a, ...
Wahlkreis 33 für die Stadtbezirke 254A, C, D, E, 321:
Vollst. 1-15a, ...
Wahlkreis 34 für die Stadtbezirke 251-253, 254B, 258-260, 263 bis 267:
Vollst. 37-70, ...
Wahlkreis 35 für die Stadtbezirke 261A-264, 276-278:
Vollst. 71-116, ...

Wahlkreis 36 für die Stadtbezirke 255-257, 268-272, 274A u. B:
Vollst. 2-35, 143-171, ...
Wahlkreis 37 für die Stadtbezirke 273, 275, 200-204:
Vollst. 1-16, ...
Wahlkreis 38 für die Stadtbezirke 279-287C:
Vollst. 1-25 (ohne 10a und 10b), ...
Wahlkreis 39 für die Stadtbezirke 288A-290C, 294A und B:
Vollst. 35-106, ...
Wahlkreis 40 für die Stadtbezirke 291A-C, 292A-C, 293A u. O:
Vollst. 44, ...
Wahlkreis 41 für die Stadtbezirke 293B u. D, 295-299:
Vollst. 1-61, ...
Wahlkreis 42 für die Stadtbezirke 305, 308A-E:
Vollst. 2-28, ...
Wahlkreis 43 für die Stadtbezirke 306, 318-320A, 320C, 325B:
Vollst. 52-67, ...
Wahlkreis 44 für die Stadtbezirke 320B, 322, 323A-324:
Vollst. 16-51, ...
Wahlkreis 45 für die Stadtbezirke 313, 325A, 326A-D:
Vollst. 23-102, ...
Wahlkreis 46 für die Stadtbezirke 307, 314A-317:
Vollst. 1-20, ...
Wahlkreis 47 für die Stadtbezirke 309-310D:
Vollst. 1-10, ...
Wahlkreis 48 für die Stadtbezirke 311A-312:
Vollst. 1-12, ...
Wahlkreis 49 für die Stadtbezirke 311A-312:
Vollst. 1-12, ...
Wahlkreis 50 für die Stadtbezirke 311A-312:
Vollst. 1-12, ...